

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Emil IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 8. Dezember 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Emil IV. Nr. 1983.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen oder drei Raum 60 Pfg., für dreistellige und gemeinschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 80 Pfg., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 30 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Einzelexemplare und Schließel-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.50 RM., monatlich 1.10 RM., wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummern 6 Pfg. Sonntagsnummern mit Illustrieren. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnement: 1.10 RM. Post-Prämien sind in die Post-Prämien einbezogen. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich. Ungefähr 2 Mark für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhältlich täglich außer Montags.

An die Parteigenossen Preußens!

Der preußische Parteitag des Jahres 1904 hat die Parteigenossenschaft Groß-Berlins mit dem Auftrage betraut, im Jahre 1906 einen

zweiten preußischen Parteitag zu berufen.

Indem wir dieser Pflicht nachkommen, bitten wir die Genossen Preußens, diese am

Donnerstag, den 27. Dezember, früh 9 Uhr,

in Berlin in den Räumen des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15, stattfindende Tagung der Delegierten zu beschicken. — Für die Erledigung der Geschäfte sind Donnerstag, der 27., Freitag, der 28., und Sonnabend, der 29. Dezember, in Aussicht genommen.

Gemäß weiteren Beschlusses des preußischen Parteitages 1904, den Entwurf einer Landesorganisation für das Königreich Preußen ausgearbeitet, haben wir und dem unterzogen. Die Veröffentlichung des Statuts ist in Nr. 267 des „Vorwärts“ erfolgt.

Als vorläufige Tagesordnung ist in Aussicht genommen:

1. Die Organisation für Preußen. Referent Reichstagsabg. Genosse Haase-Königsberg.
2. Die bisherige Tätigkeit des preußischen Landtages und das Wahlrecht in Preußen. Referent Genosse Edmund Adler-Riel.
3. Die Lage der Staatsarbeiter in Preußen. Referent Reichstagsabgeordneter Genosse Karl Legien.
4. Die Landtagswahlen 1908. Referent Genosse Dr. Leo Krons.

Die Verendung der Mandate ist erfolgt. Jeder preußische Reichstagswahlkreis kann sich durch drei Delegierte vertreten lassen.

Die Einreichung der Anträge und Anmeldung der Delegierten ist bis zum 17. Dezember ex. an den Mitunterzeichneten Leopold Siepmann, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, zu bewirken.

Mit Parteigrüß!
Eugen Ernst, Emil Voelke, Leopold Siepmann.

Ein würdiges Brüderpaar.

Als während der Kolonialdebatte Genosse Bebel Herrn Dr. Arendt die Anklage ins Gesicht schleuderte, daß er zugunsten des Hängepeters eine schamlose Hintertreppenspolitik betrieben und sein parlamentarisches Mandat dazu mißbraucht habe, die Gegner des Peters zu beseitigen und diesem selbst für ein Kolonialamt wieder freie Bahn zu schaffen, beschloß Herr Arendt die Sitze, zu leugnen, daß er sich jemals dergleichen Nachsinnigkeiten bedient habe. Wie bewußt Herr Arendt bei seiner Verteidigung die Unwahrheit gesprochen hat, beweist eine interessante Reminiszenz, die die „Vossische Ztg.“ heute ausgräbt.

Das freisinnige Blatt führt den altentwässerten Nachweis, daß Herr Arendt nicht nur, wie Bebel am Fall Gellwig zeigte, nach der Beurteilung des Peters im Jahre 1897 alles aufgegeben hat, um den Peters wieder in den Kolonialdienst hineinzulancieren, sondern daß er dieselben Mittel einer schamlosen PreSSION bereits im Jahre 1896 angewendet hat, um den damaligen Kolonialdirektor Kaiser zu zwingen, dem Peters wieder ein hohes Kolonialamt zu schaffen.

Die von der „Voss. Ztg.“ mitgeteilten Tatsachen bestehen im wesentlichen in dem folgenden: Am 2. April 1896 griff Herr Arendt in dem inzwischen längst eingegangenen „Deutschen Wochenblatt“ den Kolonialdirektor Kaiser in der heftigsten Weise an, weil er seinen Schützling Peters nicht hinreichend protegirt habe. Sein Verhalten sei geeignet, ihn „für seinen Posten völlig unzulänglich zu machen“. Seine Preisgabe eines Beamten entspreche nicht „dem in Deutschland bisher üblichen Verfahren“. Herr Arendt schrieb damals, nachdem er allerhand Intimitäten ausgeframt, wörtlich:

„Herr Dr. Kaiser wird nicht in der Lage sein, all das in Abrede zu stellen. Läte er es, so müßte eine deutlichere Sprache folgen, die in der Hoffnung noch erst vermieden ist, daß der jetzige Urlaub des Dr. Kaiser sich verlängert und allmählich in eine Dispositionstellung übergeht.“

Es ist völlig unzulänglich, daß Dr. Kaiser noch einmal den Kolonialrat im Reichstag vertritt.

Mit Recht bemerkt die „Vossische Zeitung“, daß diese Drohungen mit „deutlicherer Sprache“ nichts anderes seien, als das von Dernburg aufgedeckte System Roeren, über dessen Bloßstellung gerade die Freunde des Herrn Arendt in ein solches Jubelgeheul ausgebrochen waren. Dabei habe es sich nicht um einen Bezirksbeamten, sondern um den Kolonialdirektor selbst gehandelt!

Am 14. April 1896 brachte die „Allg. Ztg.“ einen offenbar offiziellen Artikel unter der Ueberschrift: „Eine anmaßende Nebenregierung“. In diesem Artikel wurde unter kräftigen Ausfälligkeiten die anmaßliche Drohungen des Herrn Arendt festgestellt, daß der Kolonialdirektor vom Urlaub zurückgekehrt sei, daß also sowohl er, als auch die Regierung sich dem Nachtgebot des Herrn Arendt nicht gefügt hätten. Gegen diesen Artikel legte dann wieder Herr Arendt im „Deutschen Wochenblatt“ los. Seine Kenntnis von der

Stellung des Kolonialdirektors zu Peters rühre von Mitteilungen des Kolonialdirektors selbst her, der ihn als Mittelsperson benützt habe: „Auf Grund meiner vermittelnden Tätigkeit kam die Berufung des Dr. Peters zum Landeshauptmann am Tanganyika-See zustande“. Herr Dr. Kaiser habe solches Gewicht auf seine vermittelnde Tätigkeit gelegt, daß er ihn sogar während einer schweren Erkrankung wiederholt in seine Privatwohnung gebeten habe. Als daraufhin in der Presse erklärt wurde, daß Herr Arendt selbst seine Vermittlung angeboten, nicht aber der Kolonialdirektor darum nachgesucht habe, wagte Herr Arendt diese Tatsache nicht zu bestreiten!

Wald darauf jedoch brachten es die Herren Arendt und Konforten wirklich fertig, dem Kolonialdirektor seine Stellung zu vereiteln. Am 19. Oktober 1896 erklärte Dr. Kaiser bei der Eröffnung des Kolonialrates seinen Rücktritt. Die Veranlassung dazu seien pöbelhafte Angriffe gegen ihn, und als anständiger Mensch ziehe er es vor, aus dem Wege zu gehen, wenn mit Schmutz geworfen werde. Es handele sich dabei nur um eine kleine Clique von Leuten, die jedes Mittel amwenden, um ihr rein persönlliches Ziel zu erreichen. Nur die Achtung vor der Versammlung hindere ihn, einzelne dieser Menschen bis in ihr innerstes Mark wie mit Königstrahlen zu durchleuchten. Ueber einige sei das Gottesgericht schon heringebrochen (eine Anspielung auf den Planagenbesther Schröder, der zu 15 Jahren Zuchthaus, in zweiter Instanz zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden war) und in kürzester Zeit werde die Luft gereinigt sein. Dann fuhr der Kolonialdirektor fort:

„Als Major v. Bismann zum Gouverneur ernannt worden war — im Frühjahr 1895 — kam noch während meiner damaligen schweren Krankheit Dr. Arendt als Abgesandter des Dr. Peters, um wegen dessen Verwendung mit mir zu verhandeln. Die Verhandlungen mit Dr. Arendt dauerten lange Zeit, zumal ich von meinem Krankenbett aus nicht viel zu tun vermochte. Nach meiner Genesung im Juni wurden die Verhandlungen im Amt fortgesetzt. Dr. Arendt begann dieselben mit folgenden Worten, deren Text ich mir damals, nachdem er mich verlassen, sofort notiert hatte: „Dr. Peters erwartet eine gute Behandlung; Sie wissen, daß er ein hervorragender Agitator ist und sehr mächtige Freunde hat, und ich brauche wohl nicht aneinanderzusehen, was dies zu bedeuten hat.“ Nur die Achtung, die ich vor der Eigenschaft eines Abgeordneten hatte, hielt mich damals zurück, das Gespräch in gebührender Weise abzubrechen. Aber dieser deutliche Wink mit Verfolgungen, die sich ja später in höherem Grade, als ich ahnte, verwirklicht haben, machte mich noch mehr als bisher zurückhaltend. Dr. Arendt besaßte in derselben Unterredung, daß Dr. Peters nicht zum Gouverneur gemacht und von mir nicht in Vorschlag gebracht worden sei. Ich wußte, daß Dr. Arendt die Vorgänge kannte; denn seine Freunde, die Herren von der Hedi und Dr. Schröder, hatten ohne mein Vorwissen dem gegenwärtigen Herrn Reichsanzler den Obersten Liebert vorgeschlagen, und an diesen hatte Dr. Peters, wie mir von verschiedenen Seiten bestätigt worden ist, geschrieben, daß er ihn zum Vizegouverneur in Antrag bringen sollte. Ich wich der Frage des Dr. Arendt aus und bemerkte nur, er überlasse meine Stellung; für die wichtige Stelle eines ostafrikanischen Gouverneurs bedürfte ein Reichsanzler keiner Vorschläge, ebensowenig wie für diejenige eines Postkastens. Wenn also Dr. Arendt behauptet, ich hätte ihm gesagt, daß ich Dr. Peters zum Gouverneur vorgeschlagen habe, so ist diese mir unterlegte Mitteilung unwahr. Das Gegenteil ist der Fall. Ich hatte aber, nachdem mir Dr. Arendt Verfolgungen des Dr. Peters und seiner Freunde — unerblickt aber deutlich — in Aussicht gestellt hatte, keine Veranlassung, eine Frage zu beantworten oder ihm meinen dem Herrn Reichsanzler erstatteten Bericht mitzutheilen. Bekanntlich haben sich die Verhandlungen mit Dr. Peters wegen der Stelle am Tanganyika monatelang hingezogen, weil er Bedingungen über Bedingungen stellte, Erklärungen wieder zurückzog und auf Erlasse wochenlang nicht antwortete. Zuletzt rief dem Herrn Reichsanzler die lang bewährte Geduld, und es wurde Dr. Peters ein Ultimatum gestellt. Dr. Arendt kam, um über die Modalitäten des Rücktritts zu verhandeln. Ich machte ihn darauf aufmerksam, daß die bloße Weigerung, die Stelle zu übernehmen, den Abschied ohne Pension zur Folge haben würde, daß aber der Herr Reichsanzler, um sein besonderes Wohlwollen zu bezeugen, geneigt sein würde, Dr. Peters zur Disposition zu stellen. Dr. Arendt griff dieses Anerbieten mit Freuden auf, vergaß aber nicht hinzuzufügen, daß dies um so angenehmer sei, als Dr. Peters doch einen Fuß im Steigbügel behielte und wieder in den Dienst treten könnte, wenn das gegenwärtige Regiment, das das doch nicht von Dauer sein werde, sein Ende erreiche. Auf Wunsch von Dr. Arendt habe ich ihm das von Dr. Peters zu stellende Gesuch in die Feder diktiert. Das sind meine Verhandlungen mit Dr. Arendt; die entgegenstehenden Veröffentlichungen des Dr. Arendt sind unrichtig.“

Gegen diese in aller Öffentlichkeit erhobenen Anklagen wendete sich Herr Arendt mit der Drohung, daß er die Ausführungen Kaisers durch Veröffentlichung von Privatbriefen als unwahr entlarven werde, wenn Herr Kaiser fortfahren sollte, seine Wahrhaftigkeit in Zweifel zu ziehen. Dr. Kaiser hat aber keinerlei Veranlassung genommen, irgend etwas von seiner Darstellung zurückzunehmen!

Man sieht aus diesen Tatsachen, wie recht Genosse Bebel hatte, als er die läppische Behauptung des Reichsanzlers, bei uns gäbe es keine Kamarilla, gebührend ironisierte. Die Kamarilla Arendt und Konforten hat den Kolonialdirektor Kaiser zur Strecke gebracht. Sie hat zehn Jahre später auch den Geheimen Legationsrat Hellwig durch ihre schamlosen Intrigen aus dem Amte getrieben. So bietet gerade das

persönliche Regiment dem Kamarillawesen und dem System der Nebenregierungen den üppigsten Nährboden! —

Die koloniale Nebenregierung des Zentrums bildet durchaus ein Seitenstück zu der Nebenregierung des Herrn Arendt und seiner Intimen. Denn der Unterschied, der auf den ersten Blick vorhanden zu sein scheint, verschwindet bei näherer Prüfung. Es ist nämlich keineswegs richtig, daß während die Arendt und Konforten ihren unverschämten Druck auf die Regierung zugunsten der Vertuschung der Kolonialskandale übten, das Zentrum durch seine Nebenregierung die Sühne der Kolonialskandale bezweckt habe. Haben wir doch bereits nachgewiesen, daß die Roeren und Konforten keineswegs einen rücksichtslosen Kampf gegen die Kolonialkorruption überhaupt führten, sondern nur einem kleinen, ihrem speziellen Patronat unterstehenden Personenkreis Schutz gegen die Beamtenwillkür zu gewähren suchten. Erst als sie dabei kein Glück hatten, unternahm Herr Roeren nach zwei Jahren einen schärferen Vorstoß gegen die Kolonialkorruption überhaupt. Die Nebenregierung des Zentrums diente also im letzten Grunde nicht minder als die des Herrn Arendt der Verschleierung und Vertuschung des kolonialen Korruptionssystems!

Wir nennen aber Herrn Roeren nicht aus diesem Grunde in einer Reihe mit Herrn Arendt, sondern hauptsächlich um zu beweisen, daß seine Wahrheitsliebe auf keinem höheren Niveau steht, als die des Herrn Arendt!

Bekanntlich hat Herr Roeren sowohl in seiner ersten Rede als auch namentlich bei seiner jammervollen Abbitte am 4. Dezember behauptet, daß das Zentrum als solches keinerlei Nebenregierung versucht habe, daß vielmehr er als Privatperson die ganzen Verhandlungen mit Stübel geführt habe. Herr Roeren sagte am 4. Dezember nach dem Stenogramm wörtlich:

„Ich erkläre ferner, daß ich die Verhandlungen im Kolonialamt sowohl über Wistuba sowie über die Mission in Logo lediglich in meinem Namen geführt habe, ohne die Fraktion hiervon auch nur in Kenntnis zu setzen, daß ich deshalb die Verantwortung für meine Verhandlungen auch allein trage.“

Diese Erklärung klang von vornherein außerordentlich unwahrscheinlich. Daß sie aber faktisch der Wahrheit widerspricht, beweist ein Artikel, den die „Tägl. Rundschau“ heute über den Fall Schmidt veröffentlicht. In diesem Artikel, der offenbar von dem Verteidiger des ehemaligen Vizeleiters in Logo ausgeht, wird nämlich mitgeteilt, daß Herr G. A. Schmidt am 12. Januar 1904 ein Schreiben vom Gouverneur erhalten hat, indem es heißt:

„Am Interesse des Friedens wünscht die katholische Mission ihre Entfernung aus Logo. Der Reichstagsabgeordnete Prinz Arendt hat diesen Wunsch dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amtes übermitteln.“

Es war also nicht allein der Abg. Roeren, der sich in der Angelegenheit des Herrn Wistuba und der katholischen Mission im Jahre 1904 als koloniale Nebenregierung etablierte, sondern auch der Zentrumsabgeordnete Prinz Arendt, der Zentrumspezialist für Kolonialangelegenheiten, hatte gleich Roeren auf die Regierung einzuwirken gesucht! Wenn aber auch Prinz Arendt an der kolonialen Nebenregierung beteiligt war, so sind die Versicherungen des Herrn Roeren, daß alle Einwirkungen nur von ihm ausgehen, eine Unwahrheit. Der klägliche Rückzug des Herrn Roeren und des Zentrums erweist sich also nur als ein unehrlicher Trick, um ferneren peinlichen Auseinandersetzungen mit der Regierung — die ihrerseits die Unwahrheit der Roerenschen Darstellung un widersprochen ins Land gehen ließ! — und einer weiteren Bloßstellung vor der Öffentlichkeit zu entgehen!

Man sieht, die Herren Roeren und Arendt sind einander vollständig wert!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Dezember.

Marokkorummel und Zollwuchererbüßen.

Um die Algecirasakte vollziehen zu können, unterbreitete die Regierung dem Reichstag eine Gesetzesvorlage, die eine für diesen Fall vorhandene Lücke in der deutschen Gesetzgebung ausfüllen soll. Die Vorlegung der Akte gab den Rednern verschiedener Parteien Anlaß, Stellung dazu zu nehmen. Genosse Dollmar schätzte die getroffenen Abmachungen für die deutschen Interessen sehr gering ein und mahnte, angeichts der spanisch-französischen Aktionen gegen Marokko äußerst vorsichtig zu handeln, um Verwicklungen zu vermeiden.

Da der Staatssekretär des Auswärtigen, Herr von Tschirschky, eine zur Akte gehörige Note über französisch-spanische Vereinbarungen verlas, die der Vorlage nicht gedruckt beigegeben war, verlangte der Abgeordnete Spahn, künftig möge die Regierung mehr Rücksicht gegenüber dem Reichstag üben und das zusammengehörige Material geschlossen zur Einsicht vorlegen. Der Staatssekretär entschuldigte sich und verwahrte die Regierung gegen den Vorwurf, die Rücksicht auf den Reichstag verletzt zu haben; nur der abgetakelte ehemalige Legationsrat, Abgeordneter von Dirksen, suchte die Regierung zu verteidigen. Nach seinen vorsintflutlichen Ansichten hat es für den st. er deutschen

Mittel und seine gesetzgeberische Vertretung keinen Zweck, diese Aktienstücke über auswärtige Angelegenheiten vorzulegen!

Ein kleines Intermezzo mit staatsrechtlichen Anträgen wurde während der Abstimmung über die Vorlage zwischen dem Präsidenten v. Ballerem und dem stellvertretenden Reichskanzler, Grafen Posadowsky, ab. Letzterer protestierte gegen die Abstimmung über die Algeriasache; denn diese sei von der Zustimmung des Reichstags nach Artikel 11 Absatz 3 resp. Artikel 4 der Verfassung nicht abhängig. Der Präsident berief sich zwar auf die formale Verknüpfung der Akte mit der Gesetzesvorlage, aber er bezogerte und meinte, die begonnene Abstimmung sei ja kein Schaden, darum führe er sie zu Ende. Der Staatssekretär ließ es bei seinem Einspruch bewenden.

Es folgte die Beratung der Interpellation Sved über die Einschränkung der Ausfuhr von Eisenerzen aus Schweden. Die „betrogenen Betrüger“ nahmen auch heute in unangenehmster Weise die Zeit des Reichstags für die Interessen der Zollwucherer in Anspruch. Die Abg. Sved, Peumier, Graf Knies usw. konnten nicht laut genug jammern über die angebliche Verletzung des deutsch-schwedischen Handelsvertrags durch die schwedische Regierung, welche die Ausfuhr von Eisenerzen beschränkt habe. Peumier verlangte sogar eine ernste Erinnerung an die schwedische Regierung, ihre moralische, völkerrechtliche Pflicht zu erfüllen, denn sie verhalte sich exportfeindlich. Graf Posadowsky suchte aus der Entwidlung der schwedischen Erzausfuhr die Unmöglichkeit eines Eingreifens auf Grund des Handelsvertrages zu erweisen, aber er stellte eine Rücksprache mit der schwedischen Regierung in Aussicht. Er befriedigte aber mit dieser Erklärung die Zollwucherer nicht, denn dem Grafen Knies scheint schon wegen dieser kleinen Differenz ein bißchen Zollkrieg angebracht! Genosse Hue konstatierte gegenüber der Sucht, den Zollwucherer für das Unternehmertum lukrativer zu gestalten, die schädlichen Folgen dieser künstlichen Preisverteuerung für die Arbeiter, die so zu Lohnkämpfen gezwungen werden. Und Genosse Vernein erklärte die Differenz aus den Fehlern bei den Verhandlungen über den Abschluß des Handelsvertrages.

Nächste Sitzung: Montag, 3 Uhr.

Die württembergischen Landtagswahlen.

Stuttgart, 6. Dezember. (Fig. Ver.)

Ueber die Ergebnisse der Neuwahlen zum Landtage ist bereits telegraphisch das Wichtigste mitgeteilt. Hier dazu noch einige Ergänzungen. Zunächst ist die erfreuliche Tatsache festzustellen, daß von allen Parteien die Sozialdemokratie am stärksten gewachsen ist, und daß sie von der vierten Stelle, an der sie in der Reihenfolge der Parteien bisher marschierte, an die erste Stelle gerückt und die stärkste Partei Württembergs geworden ist. Die Parteien zeigen in ihrer Entwicklung folgendes Bild:

Sozialdemokratie	im Jahre 1900	58 721	
	im Jahre 1906	91 717	Zunahme 32 996
Zentrum	im Jahre 1900	76 036	
	im Jahre 1906	87 958	Zunahme 11 922
Volkspartei	im Jahre 1900	77 523	
	im Jahre 1906	79 872	Zunahme 2 349
Nationalliberale	im Jahre 1900	61 659	
	im Jahre 1906	58 190	Abnahme 3 479
Bauernbund u. Konservative	im Jahre 1900	30 515	
	im Jahre 1906	50 180	Zunahme 19 665

Das Wachstum des Zentrums entspricht der natürlichen Bevölkerungszunahme in seinen sicheren oberjohannischen Domänen. Dagegen zeigt sich, daß die beiden Parteien der Mitte, Nationalliberale und Volkspartei, wenn sie zusammengezählt werden, nicht nur keine Zunahme erfahren, sondern sogar noch etwa 1100 Stimmen einbüßten. Was sie verloren, haben sie nach rechts und links abgeben müssen. Auch hier zeigt sich der überall sichtbare Prozeß der Zerbreitung der Mittelparteien zwischen den agrarischen und proletarischen Milieus. Die Volkspartei hatte im Anfang der Wahlbewegung die Absicht, mit den Nationalliberalen ein Kartell abzuschließen, das den „geeinigten Liberalismus“ nach rechts und links verteidigen sollte. Sie erfuhren damit eine Ablehnung, da die Nationalliberalen, vermutlich mit Recht, fürchteten, daß bei einer solchen Verbindung ihnen ihre bäuerlichen Wähler davonlaufen und in heißen Haufen zum Bauernbunde übergehen würden. Infolgedessen würde der Löwenanteil an der Seite dieses Kartells von der Volkspartei eingestrichen worden sein. Die Volkspartei war ob dieser Ablehnung erbost und führte nunmehr den Kampf mit besonderer Erbitterung gegen die Nationalliberalen mit der ausgesprochenen Absicht, diese völlig aufzureißen. Das ist ihr nicht gelungen; denn der Bauernbund, an den die Nationalliberalen sich jetzt anlehnten, unterstützte diese mehrfach im ersten Wahlgange. Immerhin hat die Volkspartei es fertig gebracht, die städtischen Wähler der Nationalliberalen zum Teil kopfscheu zu machen. Daraus resultiert der Stimmenrückgang der Nationalliberalen. Für die Volkspartei ist aber dabei kein Mandatgewinn herausgesprungen. Es wird nun von großem Interesse sein, zu beobachten, welche Stellung die Volkspartei bei den zweiten Wahlgängen einnehmen wird. Die Sozialdemokratie steht auf dem Standpunkte, daß sie keineswegs verpflichtet ist, die Volkspartei, weil sie das sogenannte „kleinere Uebel“ darstellt, in jedem Falle gegenüber den Gegnern zu unterstützen. Da es jetzt keine Stichwahlen mehr gibt und im zweiten Wahlgange alle Kandidaten wieder auftreten können, so hängt es durchaus von der Entscheidung der Parteien ab, ob sie ihre Kandidaturen zugunsten einer anderen Kandidatur zurückziehen will oder nicht. Die Volkspartei steht in einigen Kreisen in zweiter Wahl, wo sie die Mandate nur mit der geschlossenen Unterstützung der Sozialdemokratie erlangen kann. So in Wadmann, Galt, Urech, Wöhltingen, wo ihr der Bauernbund, Ludwigsburg-Stadt, Sulz, Ulm-Stadt, wo ihr die Nationalliberalen, Oberndorf, wo ihr das Zentrum hat auf den Herzen ist. Aber es besteht, wie gesagt, bei der Sozialdemokratie nicht die geringste Neigung, diese Wahlhilfe zu leisten, wenn die Volkspartei etwa sich weigern sollte, nun auch in den Kreisen, wo die Sozialdemokratie mit ihrer Hilfe das Mandat erlangen kann, durchaus zuverlässig und energisch eingzugreifen. Bei geeigneter Haltung der Volkspartei können die weiteren Wahlgänge ein Ergebnis zeitigen, wonach Volkspartei und Sozialdemokratie zusammen nicht nur in der Lage wären, die einfache Mehrheit, sondern nahezu die Zweidrittelmehrheit in der Kammer zu bilden. Wenn der Volkspartei dieses Ziel als des Schwere des Götzen wert erscheint, so wird es keine großen Schwierigkeiten machen, es zu erreichen.

Die Ergebnisse der Proportionalwahl in Stuttgart-Stadt sind darum von besonderem Interesse, weil ja zum erstenmal in dieser Form in Deutschland Wahlen zu einer politischen Körperschaft stattgefunden haben. Das angewendete

System läßt dem Wähler in bezug auf die Zusammenstellung seines Zettels große Freiheiten. Er kann den Zettel aus den Vorschlägen der verschiedenen Parteien mischen, er kann aber auch einzelne Kandidaten durch Stimmhäufung bis zu 3 bevorzugen. Doch darf der Zettel nicht mehr als insgesamt 6 Stimmen enthalten. Nur also einem Kandidaten drei Stimmen gibt, darf neben ihm nur noch drei andere Namen auf dem Zettel besetzen. Bei den nachfolgenden detaillierten Angaben über das Wahlergebnis ist also in Betracht zu ziehen, daß jeder Wähler, der sein Stimmrecht voll ausübte, sechs Stimmen abgab. Es entfielen auf

Sozialdemokratie	117 133
Nationalliberale	59 315
Volkspartei	96 051
Konservative	16 537
Zentrum	14 551

Auf die Sozialdemokratie entfielen, wie bereits mitgeteilt, drei, auf Nationalliberale, Volkspartei und Konservative je ein Mandat. Letztere wären völlig leer ausgegangen, wenn sie nicht mit dem Zentrum einen sogenannten „verbundenen Wahlvorschlag“ eingereicht hätten. Das hat zur Folge, daß die Stimmen beider Parteien bei der Mandatsverteilung zusammengezählt werden. Wäre das nicht der Fall gewesen, so wären die vereinigten Konservativen und Zentrum leer ausgegangen und die Nationalliberalen hätten noch ein zweites Mandat erhalten. Die auf die sozialdemokratischen Kandidaten entfallenden Stimmen sind im einzelnen wie folgt:

Kloß	40 365
Fischer	19 257
Heymann	19 095
Reichel	18 809
Knie	11 158
Börsert	8 449

Die ersten drei sind gewählt. Die hohe Stimmzahl von Kloß erklärt sich dadurch, daß er auf dem von der Partei ausgegebenen Stimmzettel mit einer Stimme annulliert worden war, um seine Wiederwahl sicherzustellen.

Jaurès' Rede über die Marokkopolitik.

Die Donnerstag-Sitzung der französischen Kammer war durch die Rede beherrscht, in der Jaurès die auswärtige Politik Frankreichs im jetzigen Augenblick kritisierte und darüber hinausgreifend das ganze Problem der internationalen Politik in der bürgerlichen Gesellschaft behandelte. Jaurès hat den herrschenden radikalen Politikern, die ohne Notwendigkeit den Weg erotischer Expeditionen betreten, manche unangenehme Wahrheit gesagt; aber auch die Herrschenden Deutschlands werden sich etliches aus seiner Rede hinter die Ohren zu schreiben haben. Jaurès Unparteilichkeit, ja seine Sympathie gegenüber dem deutschen Volke hat noch niemand anzweifeln können; um so wertvoller ist das vernichtende Urteil, das dieser Verehrer des deutschen Geistes über die staatlichen Zustände Deutschlands fällt. Die Fenster der deutschen Politik können daraus lernen, wie die Besten des Auslands über ihre Leistungen denken.

Die deutschen Patentpatrioten, so führte Jaurès' etwa aus, haben oft gesagt, daß es der Reiz des Auslands über die deutschen Erfolge sei, der die Abneigung gegen das Deutsche Reich hervorbringe. Nun, heute sieht die Welt dieses Reich in einer schweren inneren Krise, und das Mißtrauen und die Antipathie gegen das dort herrschende System nimmt noch zu! Deutschlands und seines Volkes wahre Größe muß unter der Mißachtung, die seine Regierer auf sich herabbeschworen haben, mitleiden. — Das ist die für die Deutschen wichtigste Erkenntnis, die Jaurès' Rede geweckt hat.

Daß die sozialistische Politik auch einen praktischen Erfolg gehabt hat, ist trotz des Abstimmungsergebnisses, das nur 83 Stimmen für die Jaurès'sche Tagesordnung ergab nicht zu leugnen. Der Minister des Auswärtigen hätte ohne die Warnung der Sozialisten, die die ganze Verantwortung der republikanischen Mehrheit vor dem Lande feststellten, sicherlich seine Politik so fest umgrenzt, so nachdrücklich und bindend die Erklärung abgegeben: jede Eroberungspolitik zurückzuweisen. Da in der Politik auch Worte schon Taten sein können, wird die Rede Bichons in der Richtung zu friedlicherer Entwicklung wirken. Zu sorgen, daß diese Kraft von anderen nicht aufgehoben wird, ist eine Aufgabe, die noch immer vor allem der wachsamem Kritik der sozialistischen Abgeordneten und der Energie des Proletariats obliegt.

Deutsches Reich.

Vorbereitungen zu einem neuen Zentrumsumfall.

Gegen den Zentrumsumfall, die Stärke der Schutztruppen in Südwestafrika vom 31. März n. J. auf 2500 Mann zu bemessen, statt auf 8200 Mann, wie die Regierung fordert, war gestern in der Kommission der Große Generalstab aufgegeben worden. Oberstleutnant Kuhl erstattete ein militärisch-strategisches Gutachten, das „nachweisen“ sollte, 8200 Mann sind unbedingt notwendig. Der Baubefehlerr Morris raube immer noch viel Vieh, schaffe es über die englische Grenze, um Waffen und Munition für die geraubten Rinder einzutauschen. Um das zu verhindern und alle Probiantkolonnen stark zu bedecken, sei eine große Truppenzahl nötig; sogar vorläufig noch 7000 Mann, selbst wenn die Bahn von Kubus bis Keemanshoop fertiggestellt sei! Außerdem müsse der Feind mitleidlos bis zur völligen Erschöpfung und Unterverwundung verfolgt werden; das sei Krieg und Kriegsgebrauch. Nur wenn Verfahren werde, wie der Große Generalstab und Oberst v. Deimling es wollen, könne auf baldige Beendigung des Aufstandes gerechnet werden. Die Annahme des Zentrumsumfalles hieße die Kolonie direkt in Gefahr bringen, sogar ihren Verlust herbeiführen. Der Konservative v. Richthofen will alles bewilligen, was notwendig ist und weil es ihm dazu an jeder Begründung gebricht, benutzte er die Fleischnot, um Stimmung zu machen. Die nicht ausreichende Viehproduktion in Deutschland könne durch Südwestafrika vorteilhaft ergänzt werden. Wie die Herren von der Rechten die Grenzperre bei einer Einfuhr von Vieh und Fleisch aus Südwestafrika gehandhabt wissen wollen, verriet der gute Mann nicht. Der Reichsparteiler Dr. Trendt ist während, daß den Nachtragsetats Erläuterungen beigelegt worden sind; sie hätten nur Bewirrung gestiftet. Dieser Kolonialphantasi und Kulissenstücker würde es am liebsten sehen, wenn der Etat einfach per Vauschale ohne jeden speziellen Nachweis eingefordert werden würde. Für Konservative Wirtschaft würde das ja auch genügen und dem Parlament könnte man öfters und größere Nasen drehen. Trendt schwärmt auch für eine Kolonialmiliz, die zu errichten eine von ihm eingebrachte Resolution fordert; zum Schein auch eine Verminderung der Schutztruppe.

Längere vertrauliche Mitteilungen des Abg. Erzberger und des Kolonialdirektors füllten einen Teil der Sitzung aus. Herr Dernburg war auch so liebenswürdig, der Kommission zu sagen: im Kriege sei nur die Auffassung des Generalstabs maßgebend; auch für die Situation in Südwestafrika treffe das zu, die Regierung werde davon nicht abgehen. Oberstleutnant Duade bezeichnete den Zentrumsumfall als undurchführbar, weil die großen

Entfernungen vom Standort der Truppen bis zur Küste in drei Monaten die Zurücksendung von 7500 Mann ebenso unmöglich mache, wie auch der Umstand, daß die Frage der weiteren Dislokation der Truppen so schnell gar nicht gelöst werden könne. Auf die Freisinnigen machten diese Darlegungen so großen Eindruck, daß Herr Kovich erklärte, auf die Zahl der künftig zu bemessenden Truppenstärke sich nicht festlegen zu wollen. Das Zentrum traf Anstalten zum Kommanden im Fall, indem es seinen Antrag dahin abänderte, daß neben der Entsendung von 4000 Mann die Vorbereitungen getroffen werden sollen, die Schutztruppe auf 2500 Mann herabzumindern. Die Beratungen wurden sodann auf nächsten Dienstag vertagt. Derzeit kann ja hinter den Kulissen die gewohnte Tätigkeit einsehen.

Genosse Hauth verurteilt!

Genosse Hauth ist, wie uns ein Privattelegramm aus Mannheim meldet, gestern (anscheinend wegen Fahnenflucht) mit sieben Monaten Festung, von der die Untersuchungshaft abgerechnet werden soll, und zur Verurteilung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt. Das Urteil ist uns unverständlich. Wir hoffen alsbald näheres über die Anklage und die Begründung des Urteils mitteilen zu können. Nach §§ 70 und 74 des Militärstrafgesetzbuchs wird Fahnenflucht mit Gefängnis von 6 Monaten bis zu zwei Jahren und mit Verurteilung in die zweite Klasse des Soldatenstandes bestraft. Fahnenflucht ist (§ 69 W.-Str.-G.-B.): wer sich einer unerlaubten Entfernung in der Absicht sich einer gesetzlichen oder von ihm übernommenen Verpflichtung zum Dienste dauernd zu entziehen sucht § 67 des W.-Str.-G.-B. bedroht mit Gefängnis oder Festungshaft von 6 Monaten bis drei Jahren eigenmächtige Entfernung von der Truppe (ohne den Willen sich dauernd dem Dienste zu entziehen), wenn die Entfernung im Felde erfolgt ist und länger als sieben Tage gedauert hat. Keines dieser Delikte liegt bei Hauth vor. Hauth ist, soviel uns bekannt, feinerzeit auf Grund des § 140 des Strafgesetzbuchs Ziffer 1 mit 1000 M. bestraft, weil er einer Rekrutenübung durch Auswandern nach der Schweiz sich entzogen haben sollte. § 140 bedroht mit Geldstrafe von 150 bis zu 3000 M. oder mit Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahr einen Wehrpflichtigen, der in der Absicht, sich dem Eintritt in den Dienst zu entziehen, ohne Erlaubnis das Bundesgebiet verläßt. Selbst wenn etwa auf das Vergehen des Genossen Hauth nicht der § 140 des Strafgesetzbuchs sondern eine der angeführten Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuchs zutreffen sollte, würde, nachdem Hauth wegen derselben Tat zu 1000 M. rechtskräftig verurteilt, diese Strafe auch bezahlt ist, eine nochmalige Verurteilung auf Grund eines härteren Gesetzes unzulässig sein, weil sie gegen den Grundsatz *no bis in idem* (wegen derselben Tat darf nur einmal prozessiert werden) verstößt. Dieser Grundsatz umfasst insbesondere auch die Fälle, in denen vordem eine irrtümliche Verurteilung der Tat stattgefunden hatte. So hat z. B. das Reichsgericht eine Verurteilung wegen Mordes aufgehoben, weil der Angeklagte vordem von der unterlassenen Anzeige eines Verbrechens freigesprochen war. Die Verurteilung im Fall Hauth wie das gegen ihn eingeschlagene Verfahren entbehrt demnach der gesetzlichen Basis.

Verdienter Lohn!

Das schmachliche Abtreten des Zentrums von Herrn Koeren wird von der „National-Zeitung“ mit ägendem Hohn übergoßen:

„Nun ist der Teufel ja nicht mehr, dafür aber um so arztüchtiger. Als Herr Erzberger im Späthommer ein fröhliches Entschließen anhub, da proklamierte die „Königliche Volkszeitung“ die Einheit der Anschauungen zwischen ihm und der Zentrumspartei. Als es dann aus der Presse aller anderen Parteien Gerüchte auf das Haupt des allzu sorglosen Entschlüssen regnete, da versicherte man von unterschiedlichen Seiten: Herr Erzberger spreche nicht im Namen des Zentrums, sondern nur für seine eigene, im übrigen sehr schäpferische Person. Und jetzt, in den Kolonialdebatten, erscheint Herr Erzberger als Fraktionsredner und hoher Beschützer des gemilderten Herrn Koeren. Koeren selbst, eine Leuchte der Zentrumspartei und ein Liebling der „Gazeta Wachsensta“, produziert sich in optima forma als Fraktionsredner, erleidet den schwersten Reifall seines Lebens und — hat mit einem Male nur auf eigene Verantwortung gehandelt! Hätte Herr Koeren mit seiner „verrückten Rötung“ Erfolg gehabt — er wäre zweifellos noch heute eins der angesehensten und beliebtesten Mitglieder seiner Fraktion. Da er aber unsanft an die Luft befördert wurde und dabei beträchtlichen Schaden nahm an seiner bis dato tadellosen Gewandung: was geht er noch länger die Zentrumsfraktion an? Mit einer Stille, einer Selbstverleumdung wird der ehemals verhimmelte Mann abgeschüttelt, daß man gestehen muß: Salome, der Herodias würdiges Töchterlein, das um das Haupt des Täufers den Tanz der sieben Schleier tanzt, erscheint fast als ein Engel an Ansehlichkeit und Ehrlichkeit neben diesen Geschäftspolitikern mit der ehernen Stirne, deren drittes Wort Moral und fromme Sitte ist und die morgen kreuzigen, was sie gestern noch angedetel hatten.“

Die Nationalliberalen dürfen sich mit Flug detartig über die Haltung des Zentrums lustig machen. Denn selbst sie, die politischen „Marken-Riesend-Tertianer“, haben sich zu ihren schwachbölligen Zeiten, selbst da, als sie an die Wand gedrückt wurden, daß sie quietischen, niemals so niederrätig feig und unehrlich benommen, wie in der Kolonialdebatte das Zentrum!

Das schloß auch noch.

In Nr. 281 des „Vorwärts“ schilderten wir, gestützt auf ein ärztliches Attest, die Mißhandlung eines organisierten Tölpers im Zoppoter Gefängnis. Der Vorfall hat selbst die Danziger bürgerlichen Zeitungen aufgeschreckt, denn auch sie nahmen nachträglich von der Affäre Notiz. Dabei teilt das eine Blatt, das bei der Polizeiverwaltung in Zoppot angefragt hat, ob die Schilderung der sozialdemokratischen Presse zutreffend sei, nebenbei mit, daß die beiden Polizisten, die den Töpler verhaftet und nach dem Gefängnis brachten, gegen den Mißhandelten Strafantrag wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und tätlichen Angriffs gestellt haben.

Die Angelegenheit nimmt also ihren „normalen“ Verlauf. Warum sollten die Polizisten auch nicht gegen den brutal zugerichteten Töpler Strafantrag stellen; in Breslau leitete man ja sogar ein Strafverfahren gegen den Unglücklichen ein, dem die Hand abgehauen wurde, während dem Handabhaber bis heute noch kein Haar gekrümmt worden ist. Uebrigens erscheint auch einem bürgerlichen Blatt in Danzig die Strafverfolgung des Töplers gar zu widersinnig, denn es meint, dadurch werde die Sache nur noch dunkler. Nun die Sache wird schon „Margefesselt“ werden. Die Polizisten werden sicherlich vor einem preussischen Gericht Glauben finden, wenn sie sagen, daß der Töpler Widerstand geleistet und sie tätlich angegriffen hat, so daß sie sich in der Notwehr befunden und nur von dem Rechte der Notwehr Gebrauch gemacht haben. Das ist schon mehrfach in Preußen vorgekommen: den furchtbar zugerichteten Bürger hat man ins Gefängnis geworfen, während die Polizeibeamten frei ausgegangen sind.

Sie wollen für heute nur noch bemerken, daß der Köpfer als stiller, ruhiger Mensch bekannt ist und daß die in Frage kommenden Beamten nicht die kleinste Verletzung an ihrem Körper aufzuweisen haben. —

Wie man die Junfer verhält.

Vor einigen Tagen hat sich die Plenarsitzung der westpreussischen Landwirtschaftskammer mit der Landarbeiterfrage, mit der Einfuhr von Chinesen nach Ostpreußen und anderen „ostpreussischen“ Dingen beschäftigt und allerlei agrarische Wünsche aufgestellt. So erklärte der Korreferent über die Arbeiterfrage, daß die öffentlichen Bauten und Arbeiten in den Städten in der Zeit vom 15. Juli bis zum 15. August unterbrochen werden müßten, damit die dabei beschäftigten Arbeiter auf dem Lande Arbeit suchen könnten. Diese agrarische Forderung ist geradezu ungeheuerlich. Aber was tut die Regierung? Der Oberpräsident von Westpreußen erhob sich sofort feierlich und erklärte, daß er bezüglich der öffentlichen Arbeiten, z. B. bei der Weichselstrombauverwaltung, angeordnet habe, daß den Wünschen der Landwirte möglichst Rechnung getragen werde. Also ein agrarischer Wunsch ist dem obersten Regierungsbeamten der Provinz Befehl. Dabei erleidet der Staat erhebliche Einbußen, wenn die Arbeiten verzögert werden; und außerdem eignet sich auch nicht jeder Arbeiter für die Landwirtschaft. Doch das alles macht nichts; die Agrarier erhalten die weitgehendste Unterstützung des Staates.

Ferner wurde in der Sitzung der Landwirtschaftskammer der Wunsch ausgesprochen, daß das Militär im Sommer zu Erntearbeiten beurlaubt werde. Schon seit Jahren erhalten die Agrarier Soldaten zu Erntearbeiten, aber sie wünschen eine größere Anzahl der billigen soldatischen Arbeiter. Der Oberpräsident erklärte wiederholt, daß die Militärverwaltung der Beurlaubung von Soldaten zu landwirtschaftlichen Zwecken wohlwollend gegenüberstehe. Demnach wird also in der Erntezeit das Militär die ostpreussischen Gutshöfe in noch größerer Zahl überschwemmen als bisher. Die Folge davon wird sein, daß man die Landarbeiter noch gemeiner behandeln wird. Auf solche Art löst die Regierung die Landarbeiterfrage. Natürlich will man auch „Arbeiterstellen“ gründen und auf diesem Wege die Wohnungsfrage lösen; d. h. der Landarbeiter soll „Eigentümer“ der Häuschen werden, die Grund- und Baukosten verzinsen, sie allmählich abzahlen und auf diese Weise an die Scholle gefesselt werden. Dagegen sträuben sich jedoch die Landarbeiter mit Händen und Füßen, denn sie wissen, daß sie dadurch nur noch tiefer in die Sklaverei geraten. Auch über die Einfuhr von Chinesen wurde debattiert. Der Landeshauptmann der Provinz Westpreußen meinte drastisch, die Einfuhr von Chinesen könnte ihn veranlassen, aus Westpreußen auszuwandern, denn mit dieser Rasse wolle er nichts zu tun haben. Auch ein anderer Redner warnte vor den Chinesen, weil dadurch die landwirtschaftliche Arbeit degradiert werde und die deutschen Arbeiter erst recht weglaufen würden.

Freilich, so lange ihnen die Regierung in der oben geschilderten Weise entgegenkommt, so lange brauchen die Herren nicht ihr Geld für Chinesen auszugeben. Militär ist noch billiger. —

Faule Kredite.

Die „Köln. Volksztg.“ beteuert, daß das schmähliche Aussehen des Zentrums im Reichstage keineswegs so ausgelegt werden dürfe, als ob das Zentrum nunmehr auf die Säumnung der geschuldeten Koloniallandstände und die Befestigung der vorhandenen Korruption verzichte. Das Blatt schreibt:

„Am Regierungstische hat man sich anscheinend der Hoffnung hingegeben, mit einer fulminanten Rede gegen einen unbehaglichen Kritiker alles niederzulegen und die ganze Erörterung der Koloniallandstände zum Schweigen bringen zu können. Fürst Bülow hat dies noch gestern vertagt, indem er am Schlusse insinuiert hat, doch nun endlich einmal einen dicken Strich durch alles Vergangene zu ziehen. Das Zentrum ist so erkläre darauf der Abg. Erzberger, bereit, diesen Strich zu ziehen, vorausgesetzt, daß alles Vergangene nun auch wirklich gesühnt und aus der Welt geschafft wird — eher nicht! Die große Mehrheit des Reichstages stimmte Herrn Erzberger zu. In der Tat kann der Reichstag sich nicht zum Schweigen verurteilen lassen, so lange noch so manche Anklagen schwerster Art keine befriedigende Erledigung gefunden haben. Er wird um so weniger schweigen können, wenn man die Vermittlung von Beschwerden auf anderen Wegen verbietet, erschwert oder gar unmöglich macht und dadurch obendrein die allgemeine politische Temperatur verschlechtert.“

Diese pompösen Versicherungen klingen einstweilen sehr wenig vertrauenswürdig. Welche Mittel will denn das Zentrum anwenden, um die Regierung zur verlangten Meinigung zu zwingen? Will es etwa die Regierung im Reichstag bloßstellen? Nach der negativen Mutprobe des Zentrums am Dienstag wird die Regierung davor wahrscheinlich keine Angst mehr haben! Und den Weg der privaten Pression hat sich ja Herr Dernburg nachdrücklich verboten!

Sie werden aufmerksam darüber wachen, inwiefern das Zentrum die Verprechungen der „Köln. Volksztg.“ einlöst! Wir werden sorgfältig kontrollieren, welche Strafen die Herren Schmidt, Nottberg, Kersting usw. erhalten werden. Wir werden ferner kontrollieren, in welcher Weise die Herren Koeren und Erzberger das nach ihrer eigenen Versicherung viel umfangreichere Aufgabematerial, das sie nicht auspacken, bewerten werden. Wir werden des weiteren darüber wachen, ob, wie und wann das System der Rechtspflege in unseren Kolonien reformiert wird und ob speziell auch das skandalöse Präzedenzsystem verschwindet. Endlich werden wir abwarten, ob das Zentrum es durchsetzt, daß den zu Unrecht gemahregelten Unterbeamten Böplau und Wistuda ihr Recht wird!

Sollte das Zentrum hier versagen oder auch nur verhaspeln helfen, so werden wir und gestatten, alle diese Dinge seinen Wählern in gebührender Erinnerung zu bringen! —

Aus dem Reichetat für 1907.

Der Etat der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung weist ordentliche Einnahmen in Höhe von 610 157 740 M. (+ 58 842 240 M.), ordentliche Ausgaben in Höhe von 627 970 140 M. (+ 41 157 020 M.) nach. Der Ueberschuß beträgt 82 187 600 M. (+ 17 185 220 M.). An außerordentlichen Etat ist eine Einnahme von 835 000 M. als Zahlung der norwegischen Telegraphenverwaltung für den Mißbrauch des Kabels Selt-Arendal eingestellt, und eine Ausgabe von 44 835 000 M. als feste Rate für Fernsprechnetze.

Die fortwährenden Ausgaben des ordentlichen Etats betragen 511 809 911 M. (+ 40 053 166 M.). Bei der Zentralverwaltung werden u. a. zwei neue Stellen für Vortragende Räte, eine Stelle für einen neuen Ober-Telegrapheningenieur gefordert; bei der Betriebsverwaltung u. a. 3 Abteilungsdirigenten bei den Ober-Postdirektionen in Dortmund, Hamburg und Königsberg, 28 Stellen für Posträte, 21 Ober-Postinspektoren, 1 Postbeamteninspektor und eine den Bedürfnissen entsprechende Stellenvermehrung bei den übrigen Beamtenkategorien. Im wesentlichen neu ist die Forderung auf Schaffung von Stellen für Unterdirektoren bei Beamten I. Klasse, deren 31 gefordert werden. In Zugang sollen ferner kommen unter anderen 53 Stellen für Post- und Telegrapheninspektoren, 110 Stellen für Obersekretäre, 150 für Sekretäre, 1200

für Assistenten, 47 für Mechaniker, 44 für Postverwalter, 820 für Post- und Telegraphengehilfen, 1200 für Unterbeamte in gehobenen Dienststellen, 3800 für nicht gehobene Unterbeamte, 600 für Unterbeamte im Landbestellendienst usw. Bei Kap. 85 ist weiter zu erwähnen ein neuer mit 50 000 M. dotierter Titel „Beihilfen zur Herstellung und Unterhaltung von Gemeindegemeinden, die von Beamten und Unterbeamtenvereinen der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung errichtet werden.“

Beim Etat des Reichsjustizamts betragen im ordentlichen Etat die Einnahmen 808 755 M. (+ 25 201 M.), die Ausgaben 2 417 690 M. (+ 62 145 M.). Der Fonds zur Remuneration von Hilfsleistungen sowie von Sachverständigen für gesetzgeberische Vorarbeiten soll besonders mit Rücksicht auf die im Gange befindlichen Vorarbeiten zur Reform des Strafrechts auf 50 000 Mark erhöht werden.

Der Etat der Reichsdruckerei veranschlagt den Ueberschuß auf 3 351 601 M. (+ 489 545 M.) bei einer Einnahme von 9 732 000 M. (+ 799 000 M.) und einer Ausgabe von 6 380 399 M. (+ 309 455 M.). —

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse. Auf Grund einer Anzeige seines Weisters wurde der Reichsgemacher Wilhelm Breitshopp in Nürnberg von der Strafkammer des dortigen Landgerichts zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Er hatte sich dumme Redensarten über das bayerische Königshaus geübt. —

Zu dem Gesetzentwurf betr. die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine nahm das Gewerkschaftsrat in Frankfurt a. M. Stellung. Der Entwurf wurde als für die modernen Gewerkschaften unbrauchbar und gefährlich zurückgewiesen und gegen ihn der schärfste Protest erhoben. —

Ausland.

Ungarn.

Ein Streikbrecher-Minister.

Budapest, 7. Dezember. (B. L. N.) Im Abgeordnetenhaus erklärte heute Ackerbauminister Daranyi in bezug auf die in landwirtschaftlichen Kreisen herrschende Befürchtung eines Arbeiterausstandes während der Ernte, daß Arbeiter und Arbeitgeber gleiche Rechte genießen; es werde jedoch nötig sein, Maßregeln gegen die systematische Agitation unter den Erntearbeitern zu ergreifen und wirksame Vorkehrungen zum Schutze der Arbeitswilligen zu treffen! — Falls die Arbeitervereine ihren Mitgliedern obligatorisch die Bedingungen für den Arbeitsvertrag vorschreiben, könnten sie aufgelöst werden. Der Minister erklärte ferner, er werde eine Arbeiterreserve organisieren, die im Falle eines Ausstandes zur Verfügung stehen würde; es würden dies aber weder Skulis noch andere Ausländer sein. Denjenigen Landwirten, gegen die die Arbeiter im letzten Augenblick kontraktbrüchig würden, sollen Erntemaschinen zugesichert werden. Der Minister wies sodann darauf hin, daß dies jedoch nur Aushilfsmittel wären. Die Arbeitgeber möchten durch gerechtes und menschenfreundliches Vorgehen mit Unterdrückung jedes Grobesses die Arbeitswilligkeit ihrer Leute sichern. (Lebhafter Beifall.)

„Gleiche Rechte“ — und im selben Atemzuge Ausnahmestimmungen gegen die Arbeiter, während von Skautellen gegen die Praktiken der Unternehmer nicht die Rede ist. Diese Erklärung paßt trefflich zu den Schlussbemerkungen des „edlen“ Herrn Daranyi, der sich sogar zum Generalisimus eines Streikbrecherheeres degradiert.

Eine feine Sippe — diese ungarische Ministerelique! —

Frankreich.

Die Rechte der Kirche nach der Trennung vom Staate.

Paris, 3. Dezember. (Sig. Ver.) Ein Rundschreiben, das Briand an die Präfecten erlassen hat, gibt die Interpretation, an die sich die Behörden bei der Ausführung des Trennungsgesetzes zu halten haben werden. Es liefert die Grundlage, auf der die in ihrer Opposition gegen die Gründung von Kultusassoziationen verharrende Kirche nach dem 12. Dezember ihre neue Verfassung errichten muß. Briand ist in diesem Rundschreiben den Katholiken so weit entgegengekommen, daß manche Leute behaupten, es müßten seinem Erlaß heimliche Vereinbarungen mit dem Vatikan vorangegangen sein. Wenn man aber zur Unterstreichung dieser Behauptung sich darauf beruft, daß die Veröffentlichung des Zirkulars mit der päpstlichen Weisung an die Priester zusammenfällt, die diese auffordert, sich bei der Uebernahme der Kirchengüter durch den Sequester auf den passiven Widerstand zu beschränken, so scheint dieses Argument wenig stichhaltig, da der Vatikan die so oft angekündigten Vorschriften doch eadlich, in der letzten Stunde vor dem Inkrafttreten der entscheidenden Gesetzesbestimmungen, erlassen mußte. Jedenfalls erheben die französischen Clerikalen über den Briand'schen Erlaß ein großes Wehklagen, und der „Gaulois“ erklärt sogar, daß der Erlaß für die Priester die Anechtheit bedeute! Auch das „Journal des Debats“ findet heute einen unduldsamen Geist darin. — Im Volke selbst herrscht indes vollkommenste Gleichgültigkeit, und es ist mit ziemlicher Sicherheit voranzusehen, daß der kritische 12. Dezember ohne die von den Reaktionskreisen gewünschten Zwischenfälle vorübergehen wird. Die öffentliche Meinung beschäftigt sich mit dem marokkanischen Handel viel mehr als mit der kirchenpolitischen Frage.

Die wichtigsten Bestimmungen des Briand'schen Rundschreibens sind: Die Katholiken, die keine dem Gesetz entsprechenden Kultusassoziationen gegründet haben, können trotzdem ihren religiösen Kult ausüben und zwar auf Grund des allgemeinen Versammlungsgesetzes. Ihnen werden dabei sogar gewisse Vergünstigungen eingeräumt. So wird in den Kultusversammlungen die öffentliche Diskussion untersagt! Das Bureau der Versammlung wird nicht gewählt, sondern von den Einberufern bestimmt, ja — die Ernennung eines Bureaus ist nicht einmal unbedingt vorgeschrieben, da die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, die sonst dem Bureau obliegt, bei den religiösen Versammlungen durch die besonderen Bestimmungen des Gesetzes von 1905 gesichert ist. Wird kein Bureau gewählt, so sind die Einberufern der Kultusversammlung für den gesetzlichen Verkauf verantwortlich.

Die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Kirchen obliegt der Ortspolizei. Im Falle von Gewalttätigkeiten erfolgt die Auflösung. Es ist nicht nötig, jede Versammlung besonders anzumelden, vielmehr kann dies für mehrere gleichzeitig geschehen. Die Kirchen werden im allgemeinen um 11 Uhr nachts geschlossen, doch bleiben sie für die herkömmlichen, zu späterer Stunde stattfindenden Zeremonien auch länger geöffnet.

Zur Frage der Ueberlassung der bisherigen Kirchengebäude an die Privatpersonen, die Gottesdienste organisieren wollen, bestimmt das Rundschreiben folgendes: Sowohl die im Eigentum der öffentlichen Kirchen, die infolge des Nichtvorhandenseins legaler Assoziationen in den Besitz ihrer Eigentümer zurückkehren, als auch die den Fabriken, Seminaren usw. gehörenden, die gleich den übrigen Kirchengütern unter Sequester gestellt werden, behalten samt der darin befindlichen Einrichtung ihre Verwendung. Um die Kathedralen, Kirchen und Kapellen des Staates und der Gemeinden einer anderen Bestimmung zuzuführen, bedarf es eines Dekrets oder unter Umständen eines Gesetzes. — Auf diese Art gibt der Minister den Katholiken eine Bürgschaft dagegen, daß antireligiöse Gemeinderäte die Kirchen für weltliche Zwecke ver-

wenden. Bleiben die Kirchengebäude den Gläubigen gesichert, so wird die Situation der Priester, die den Gottesdienst in den Gebäuden verrichten, immerhin erheblich verändert. Sie haben keinen Anteil an der Verwaltung der Gebäude. Sie dürfen aber auch kein Entgelt für die Benutzung der in der Kirche befindlichen Objekte annehmen, z. B. ist ihnen das Vermieten von Kirchenstühlen untersagt! Ebenfalls ist ihnen erlaubt, etwa ein Eintrittsgeld zu erheben. Sie dürfen einzig freiwillige Spenden anlässlich der Ausübung ihrer priesterlichen Handlungen annehmen.

Eine Bestimmung, welche die Clerikalen recht empfindlich trifft, ist die auf die Seminargebäude bezügliche. Während nämlich die Presbyterianer von den Gemeinden, an die sie infolge des Widerstandes gegen das Trennungsgesetz fallen, am den Pfarren vermietet werden dürfen, ist die weitere Verwendung der Seminargebäude zu ihrem bisherigen Zweck untersagt. Auch eine Vermietung in dieser Absicht ist verboten. Das Lehrpersonal eines nicht auf Grund des Trennungsgesetzes konstituierten Seminars ist als eine unerlaubte Assoziation anzusehen und gerichtlich zu bestrafen.

Da für die Katholiken die Ausbildung junger Priester von außerordentlicher Bedeutung ist, hat diese Stelle der Verordnung besonders starken Widerspruch gefunden. Die Republik wird wohl den Versuch der Katholiken, eine Form des Seminarunterrichts zu finden, die nicht als Verletzung des Gesetzes betrachtet werden kann, keinen schätzenswerten Widerstand bereiten. Schon darum nicht, weil sich als Folge des Trennungsgesetzes schon heute eine starke Flucht aus der geistlichen Karriere zeigt, da in der Weltgeistlichkeit keine Verjüngung mehr zu finden ist. —

Parlamentarisches.

Gastpflicht für Automobilmisfälle.

Die Agitation gegen eine gerechte Verantwortlichkeit für die durch Automobile angerichtete Schäden, die der kaiserliche Automobillub intensiv betrieben hat, scheint nicht ohne Einfluß auf die Mitglieder der Kommission gewesen zu sein, der der Gesetzentwurf zur Vorberatung überwiesen ist. Vor der Reichstagsvertagung war der Regierungsentwurf in erster Lesung beraten. Der Entwurf soll nur ein „Notgesetz“ sein, er umfaßt weder eine Haftung für die Unfälle, die den Leitern der Kraftfahrzeuge zustoßen, noch eine solche für Unfälle, die den Reisenden zustoßen. Er will lediglich Schäden ersetzt wissen, die dem das Auto nicht benutzenden Publikum zugefügt werden. Eine Zwangsangehörigkeit steht der Entwurf nicht vor. In dieser Woche trat die Reichstagskommission zur Vornahme der zweiten Lesung des Entwurfes zusammen. Man beschloß zunächst in eine Generaldiskussion einzutreten. In dieser beherrschte in auffälliger Weise das vom Automobillub beschworene „Gespenst“ der Gefahr einer „Schädigung der Industrie“ die Mehrheit der Kommission. Man erinnere sich, wie dem Verlangen nach Arbeiterschutzeinrichtungen und dem Unfallgesetz gegenüber und bei ähnlichen Gelegenheiten dasselbe Gespenst zitiert wurde. Auffallend ist, daß diese grundlose Furcht vor einer Belastung gerade von den Abgeordneten geltend gemacht wurde, die vor wenigen Monaten für eine wirkliche Belastung dieser Industrie durch die Automobillsteuer eingetreten waren. Ist eine Gastpflicht der Autos im öffentlichen Interesse an Leben und Gesundheit der Einwohner erforderlich, so muß der aus einer Belastung der Industrie entnommene Einwand, selbst wenn er tatsächlich so berechtigt wäre, wie er unbedeutend ist, ebenso unbedeutend sein, wie etwa das Verlangen, einen Schutz gegen Tuberkulose, Diphtheritis oder Syphilis zu verbieten, weil dadurch das Einkommen von Ärzten, Apothekern und chemischen Fabriken beeinträchtigt würde. Tatsächlich würde die Industrie durch Einführung einer vollkommenen Gastpflicht und einer Zwangsangehörigkeit nicht Schaden, sondern Nutzen haben. In der Kommission wurde von sozialdemokratischer Seite angeregt: Habe man die Befürchtung einer Schädigung der Industrie, so solle man lediglich die Erträge der Automobillsteuer — nämlich etwa drei Millionen Mark — zur Bildung und Unterhaltung einer Zwangsberufsgenossenschaft verwenden. Die Steuerbewilligungskammer Mehrheit der Kommission zeigte sich hierzu wenig geneigt. Die Generaldiskussion wurde nach zwei Sitzungen geschlossen und beschlossen, die nächste Sitzung im Januar stattfinden zu lassen. Bis dahin soll die Regierung statistische Unterlagen für die Unfälle sowie Material dafür beibringen, wie stark die Zahl der Unfälle und wie hoch die Beiträge der einzelnen Unternehmer bei einer Berufsgenossenschaft, z. B. der Zuhilfenahmeberufsgenossenschaft, sind.

Soziales.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Bereinlichung der ärztlichen Krankenfürsorge in Krankenanstalten.

Der Kultusminister ersucht die Oberpräsidenten, sich darüber zu äußern, ob infolge des Fehlens eines ärztlichen Dirigenten in Krankenhäusern Mißstände in den Provinzen sich herausgestellt haben. Die Berichte sollen innerhalb eines Vierteljahres eingehen dann sollen weitere Entschärfungen erfolgen. In dem Ersuchen führt der Minister u. a. aus:

Seit einer Reihe von Jahren werden Klagen erhoben, daß in einzelnen Krankenanstalten eine einheitliche Leitung in der ärztlichen Krankenversorgung nicht vorhanden ist. Die wiederholt angeordneten Ermittlungen haben ergeben, daß derartige Krankenanstalten tatsächlich Mißstände zeigen, die der Abhilfe dringend bedürftig sind. Dadurch, daß die ärztliche Behandlung und Fürsorge für die Kranken, sowie die ärztliche Ueberwachung und Anleitung des Pflegepersonals sich nicht auf einen Arzt der Anstalt oder der Abteilung beschränkt, sondern es jedem Arzte, der seine Kranken in das Krankenhaus legen will, überlassen wird, seine Patienten auch nach der Aufnahme in die Anstalt weiter zu behandeln, wird der Betrieb des Krankenhauses wesentlich erschwert. Es leiden Reinlichkeit und Asepsis; bei chirurgischen Fällen wird die Wundbehandlung gefährdet. Vor allen Dingen aber fehlt es an einer Sicherheit dafür, daß die Uebertragung ansteckender Krankheiten in der wünschenswertesten Weise verhütet wird. Ein großer Mangel zeigt sich auch darin, daß das Krankenpflegepersonal nicht einheitlich ausgebildet, vielmehr durch die verschiedenen Behandlungsmethoden und Anordnungen der einzelnen Ärzte leicht verwirrt und zum selbständigen Handeln dem Kranken gegenüber verleitet wird.

Diese Mißstände werden verhütet, wenn die Behandlung und Versorgung der Kranken in einem Krankenhause oder bei größeren Krankenanstalten in einer Abteilung in die Hand eines Arztes gelegt werden, dessen Rechte und Pflichten durch Dienstamweisung oder Vertrag genau abgegrenzt sind, und dem die Ueberwachung der Durchführung der hygienischen Maßnahmen übertragen ist. Es ist daher der Erlaß einer Anordnung in Frage gekommen, wonach in allen Krankenanstalten über fünfzig Betten die Krankenbehandlung und der Betrieb, soweit es sich um die Krankenpflege handelt, einem Arzte oder bei größeren Anstalten den Abteilungsarzten zu unterstellen sein würde. Auch für die Krankenanstalten, die weniger als 50 Betten haben, wird diese Vereinheitlichung der ärztlichen Krankenversorgung als dringend erwünscht bezeichnet und als notwendig gefordert, daß wenigstens einem Arzte die Ueberwachung der Durchführung der gesundheitlichen Maßnahmen übertragen werden soll.

Folgen zu großer Siegesüberflut.

Bei der Gewerkschaftswahl in Oberhausen (Schwaben) ist die Zahl der Stimmen der freien Gewerkschaften zurückgegangen. Infolge des der Wahl zugrunde liegenden Prozesses ging ein Sieg an die Christlichen über. Die Ursache dieser Schlappe ist: zu große Siegesgewissheit nach dem Ausgang der letzten Wahl und zu flauer Agitation aus diesem Grunde. Es haben nur 45 Proz. der Wähler abgestimmt. — Eine Mahnung für die Gewerkschaftler allerorts!

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die Mitglieder der Gewerkschaften Berlins und der Vororte!

Am Dienstag, den 11. Dezember cr., finden für den dem Reichstage vorliegenden sozialdemokratischen Gesetzesentwurf zum Schutze der Heimarbeiter für Groß-Berlin 16 Agitations-Versammlungen statt.

Zu diesem Zweck ist seitens der politischen Organisation für Berlin sowie für die Vororte, wo vorzugsweise Heimarbeiter und -arbeiterinnen wohnen, am Sonntag, den 9. Dezember, eine allgemeine Flugblattverbreitung in Aussicht genommen.

Wir richten hiermit an die Gewerkschaftsmitglieder Berlins und der Vororte das dringende Ersuchen, an dieser Flugblattverbreitung sich zahlreich beteiligen zu wollen und die Parteifunktionäre in jeder Hinsicht bei dieser vorzunehmenden Kleinarbeit auf das tatkräftigste zu unterstützen.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Vom Terrorismuschwandel.

Wie wir bereits gestern erwähnten, hat sich die bürgerliche Presse wieder eins der beliebtesten Schauermärchen über eine grausige Moritat streikender Arbeiter aufbilden lassen. Demnach sollte der Mechaniker Wilhelm Kaufmann aus Spandau, der als Arbeitswilliger in den Siemenswerken tätig war, von Auskünstigen überfallen und so schwer verletzt worden sein, daß er mit durchschnittener Pulsader (wie schrecklich!) in das Charlottenburger Krankenhaus zu Wesling eingeliefert wurde.

Wie nun festgestellt worden ist, war der brave arbeitswillige Mechaniker nach beendeter Arbeit nicht nach Spandau, sondern zu seiner „Erholung“ nach dem Gesundbrunnen gefahren. Dort hat er sich in einer Restauration in der Kamierstraße derart ungebührlich benommen, daß er vom Birt aus dem Lokal gewiesen werden mußte. In seiner Wut tobte der Ermittelte dann draußen vor dem Lokal umher und demolierte schließlich eine Glasscheibe in der Eingangstür, wobei er sich die Pulsader des rechten Armes zerschneidete. Auf der Unfallstation Ede Vads und Hochstraße erhielt er darauf von dem Arzt Dr. Schwarzstein einen Rotverband, worauf er dem Krankenhaus überwiesen wurde. Dies ist der nächtliche Sachverhalt, wie er auch von einem Kriminalbeamten am selben Abend festgestellt wurde.

Mit der angeblichen Säureverletzung streikender Arbeiter aus den Siemenswerken ist es also auch diesmal nicht. Mit Streikenden oder Ausgesperrten ist der Arbeitswillige überhaupt nicht in Verührung gekommen. Lediglich halten sich die Streikenden viel zu gut dazu, sich mit solchen „für den Staat so überaus nützlichen Elementen“ abzugeben. Die bürgerliche Scharfmacherpresse wird sich trotzdem nicht veranlaßt fühlen, ihre Schwindelnotiz zu widerrufen. Die Verdächtigung streikender Arbeiter gehört nun einmal zu ihrem Wetter, und die Kreisblättchen drucken den Unsinn mit Waghagen nach.

Achtung, Rohrleger und Helfer!

Bei der Firma Fischer u. Krüger, Sonnenburgerstraße 28, sind die Differenzen erledigt und ist die Sperre demnach aufgehoben.

Deutscher Metallarbeiter-Verein. Ortsverwaltung Berlin.

Die Direktion der Alteswerke hat ihre Drohung vom Mittwoch wahrgenommen und sämtliche 660 Arbeiter ausgesperrt. Der Betrieb ruht vollständig; nur wenige Hilfsarbeiter sind noch tätig. Als Vorwand zur Aussperrung benützte die Direktion einen von ihr selbst provozierten Konflikt mit den Formern. Letztere hatten Gussfänger hergestellt, und zwar vorläufig in Lohn, um danach dann später den Affordpreis fallulieren zu können. Als die Direktion nun die Arbeit in Afford geben wollte, wurde den Formern ein derartig niedriger Preis geboten, daß sie dabei um 35 Proz. weniger verdienen würden, als vorher in Lohn. Natürlich weigerten sich die Formern, die Arbeit zu einem so niedrigen Preis zu machen, und da die Direktion jedes Entgegenkommen ablehnte, so legten sie am Dienstag die Arbeit nieder. Darauf erließ die Direktion ihren bereits erwähnten Sabotagebefehl, worin sie die Schließung des Werks androhte, falls die Arbeit von den Formern bis Donnerstag mittag nicht wieder aufgenommen würde. Unter den gegebenen Umständen konnte die Arbeitsaufnahme selbstverständlich nicht erfolgen. So sperrte die Firma denn aus und schloß gehen morgen den Betrieb. In der Werkerversammlung, die gestern im Lokal „Hasselweder“ in Niederschöneweide stattfand, waren die Aussperrten allgemein der Ansicht, daß die Firma mit der Aussperrung lediglich einen geschäftlichen Coup vollziehen wolle, da sonst die ganze Maßregel vollständig unverständlich sei.

Die städtischen Arbeiter

befanden sich am Mittwoch bei Dräsel in einer gut besuchten Versammlung mit dem gegenwärtigen Stand ihrer Lohnforderungen. Dem Referenten Buchh wurde darauf hingewiesen, daß die Mittelungen, die er in dieser Hinsicht machen könne, lediglich einen informativen Charakter tragen, da die städtischen Behörden ihre Entscheidungen über die von der Organisation resp. den Arbeiterausschüssen eingereichten Lohnforderungen noch nicht endgültig getroffen haben. Soweit die Deputationen der einzelnen Bezirke dazu Stellung genommen haben, ergebe sich folgendes Bild: Die Gasdeputation hat die Forderungen der Arbeiter abgelehnt, ebenso einen Antrag der Direktion, der eine Lohnhöhung von 5 Proz. in Vorschlag brachte. Die liberalen Herren wollten sich höchstens zu einer geringen Lohnverbesserung für einige Gruppen verstehen und beauftragten schließlich die Direktion, diesbezügliche neue Vorschläge zu machen — für die Arbeiter des öffentlichen Beleuchtungsamtes will der Magistrat die Frage der Lohnhöhung noch näher prüfen. Ebenso steht die Entscheidung für die Kanalisationsarbeiter noch aus; letzteren sollen jedoch vom 1. April n. J. ab die vollen 866 Tage im Jahre bezahlt werden. — Den Kieselsteinarbeitern hat man eine geringfügige Zulage gewährt. Sie hoch dieselbe bemessen wurde, ergibt sich aus der Skala, die nach zehnjähriger Tätigkeit eine Lohnhöhe von 3,25 M. bei ununterbrochener zölsständiger Arbeitzeit vorsieht. Die Gussarbeiter haben nichts erhalten. — Den Wasserwerksarbeiter will man eine Zulage von 1 bis 2 Pf. gewähren, allerdings nur für die Anfangszeit. In dieser Deputation wurde zugesehen, daß man zu einer Lohnhöhung direkt gesungen sei, weil man sonst zu den bisherigen Löhnen keine Arbeiter mehr bekomme. — Die Straßenreinigungsarbeiter haben ebenfalls keine Aussicht auf eine generelle Lohnhöhung von 30 Pf. pro Tag wurde abgelehnt. Die Anträge des Arbeiterausschusses

hat man der Deputation überhaupt gar nicht vorgelegt, ebensowenig die unterzeichnete Eingabe des „staatsstreuen“ Vereins dieser Arbeitergruppe. Für die neuen Reformpläne des neuen Direktors war zwar Geld vorhanden, nicht aber für die Arbeiter. — Geringfügige Verbesserungen sind noch den Karthallenarbeitern, den Parkarbeitern, den Regenhältern im Tiefbauamt sowie dem Krankenhauspersonal in Aussicht gestellt worden. — Hieraus ergibt sich, daß die schönen Reden der Herren Kirchner und Cassel anlässlich der Fleischnotdebatte im „roten Hause“ weiter nichts gewesen sind, wie Schall und Rauch. Die Herren mußten damals selbst zugeben, daß die gegenwärtige Fleischverwertung besonders für die Arbeiterschaft eine Unterernährung zur Folge haben müsse. Trohdem gingen sie nicht nur über die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion betr. Gewährung einer Feuerzulage zur Tagesordnung über, sondern sträubten sich auch nach wie vor gegen die Bewilligung eines Mindestlohnes von 4 M. für die städtischen Arbeiter. Redner richtete deshalb den Appell an die Versammelten, für den denkbar energischsten Ausbau der Organisation zu sorgen, damit zu gegebener Zeit durch Streik erzwungen werden könne, was die liberale Kathausmehrheit aus Mangel an sozialem Verständnis nicht freiwillig gewähren wolle. (Lebhafte Beifall.) Ferner teilte er mit, daß die Stadtverwaltung von Nizdorf die Forderungen der Arbeiter ohne Angabe von Gründen abgelehnt hat. Die Verwaltung der neuen Stadt Wilmersdorf ging sogar soweit, einer Versammlungseinladung der Gemeindeglieder durch Befestigung an den dortigen Anschlagtafeln ihre Zustimmung zu verweigern. Eine Feuerzulage hat bisher nur Charlottenburg bewilligt.

Die Versammlung nahm außerdem noch einen Vortrag des Verbandssekretärs Kay über den Gesetzesentwurf betr. die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine entgegen, in welchem der Redner besonders den geplanten Raub des Koalitionsrechts der städtischen Gas-, Wasser- und Beleuchtungsarbeiter kritisierte. Hierzu wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am 5. Dezember cr. in Dräsel's Festsaal stattgehabte Versammlung städtischer Arbeiter ist sich mit der Mehrheit der deutschen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter darin einig, daß das dem Reichstage vorliegende Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine in seiner Fassung wie seiner Wirkung zum Schaden der deutschen Arbeiterklasse ausschlagen muß. Das Gesetz ist ein Hohn auf die kulturellen Bestrebungen der Gewerkschaftsbewegung und falls es angenommen wird, würde es dazu beitragen, die deutschen Arbeiter rechtlos zu machen und sie dem Unternehmertum und der Bürokratie auszuliefern.“

Sanz besonders protestieren die in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter dagegen, unter jene Bestimmungen dieses Gesetzes gestellt zu werden, die ihnen in praxi das Koalitionsrecht und das Recht der Selbsthilfe nehmen würden. Die Versammlung erwartet, daß dieses Gesetz zur Erdrückung der Berufsvereine unter allen Umständen abgelehnt wird.“

Der Streit der Militärattler bei der Firma Wunderlich, Nachf. Bachhaus, dauert ununterbrochen fort. Obgleich der Kampf bereits sieben Wochen währt, ist es Herrn Bachhaus doch nicht möglich gewesen, die so heiß begehrten „Arbeitswilligen“ für seinen Betrieb zu bekommen. Nur wenige Heimarbeiter haben sich ihm zur Verfügung gestellt, deren Leistungsfähigkeit allerdings so bestellt ist, daß jeder Fabrikant in normalen Zeiten dankend auf diese Arbeitskräfte verzichtet. Da ein Ertrinkender aber jeden Strohhalm hoffnungsvoll ergreift, so ist es verständlich, daß Herr Bachhaus auch von diesem Mittel Gebrauch macht; ist er doch schon genötigt gewesen, übernommene Arbeit unfertig an das Vorkaufsamt zurückzugeben. Dieses ist unangenehm, besonders wenn man jede Gelegenheit benützt, um die Leistungsfähigkeit seiner Firma hervorzuheben. In diese Kategorie wäre Herr Bachhaus nicht gekommen, wenn er nicht veracht hätte, die ihm gewordenen Verlängerung der Lieferfrist zur Erzielung eines Extraprozites auf Kosten der Arbeiter für sich auszunutzen, und wenn er seine ungeheuerlichen Abzüge unterlassen hätte. Seine Spekulation, daß die Sattler den Kampf bei längerer Dauer nicht aushalten werden, war eine verfehlte. Bei diesem Kampf kommt die Kraft der Arbeiter, die ihnen eine gute Organisation gibt, trefflich zum Ausdruck, was auch Herr Bachhaus zu seinem Leidwesen jetzt lernen lernt.

Achtung! Tüpfel! Auf dem Neubau Al-Borghagen, Ede Blagerstraße, ausführender Tüpfelmeister Pflieger, sind die Kollegen gezwungen, infolge Nichtbefolgung der „neuen Baupolizeiverordnung“ betreffs des Schutzes der baugewerblichen Arbeiter“ vom 1. Oktober 1901, § 8, seitens des Bauausführenden, die Arbeit niedergulegen. Sämtliche Kollegen werden ersucht, hierzvon Notiz zu nehmen und den Bau bis auf weiteres zu meiden.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Träger und Trägerinnen!

Wie die Firma Kadide, Lugsappapierfabrik, Karlstr. 3, die gegebenen Abmachungen hält, zeigt folgender Vorgang: Die Firma hatte sich verpflichtet, bei Vergebung von Affordarbeiten in der Prägeerei, vor Inangriffnahme der Arbeit den Preis derselben zu vereinbaren. Mit den Trägern wurde ein „Obol“-Plakat, zwei Stempel zugleich, zu 7 M. pro 1000 vereinbart. Es stellte sich aber nachher heraus, daß sämtliche Pressen zu klein waren, um zwei Stempel zugleich zu prägen und sollten die Arbeiter beim Einzelnprägen pro 1000 3,50 M. erhalten! Darauf gingen diese selbstverständlich nicht ein und wurden sofort entlassen. Bei der Verhandlung erklärte der Chef Herr Herrschel, daß es bei dem Preis bleiben müsse; er wolle kein Geld zulegen. Nur durch diese billige Kalkulation habe er die Arbeit erhalten. Und so billig kalkuliert man, um Eingang bei der Firma „Obol“ zu gewinnen. Wenn Männer diese Arbeit dafür nicht machen können, so werde er Mädchen an den Dampfpressen beschäftigen; diese seien williger und billiger.

Vor Arbeitsannahme bei dieser Firma wird gewarnt.

Deutscher Buchbinderverband. (Zahlstelle Berlin.)

Achtung, Gutarbeiter und Arbeiterinnen! Wegen Nichtanerkennung der Organisation ist die Fabrik Silber u. Brandt, Pappelallee, für alle Organisierten gesperrt. Zugang ist streng fernzuhalten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Der Vorstand.

Deutsches Reich.

Hunderttausend überschritten!

Der Verband deutscher Legilarbeiter ist nunmehr auch in die Reihe derjenigen Verbände eingetreten, die mehr als 100 000 Mitglieder zählen. Der Verband zählt zurzeit in 371 Ortsgruppen 104 148 Mitglieder und zwar 65 467 männliche und 38 681 weibliche. Der Verband wurde nach dem Fall des Sozialistengesetzes, am 25. Mai 1891 in Berlin gegründet, nachdem seit 1889 die Vorarbeiten dazu erledigt worden waren. In Sachsen war es nicht möglich gewesen, die in Vuchhardtendorf am 6. Oktober 1889 von einer Wirkerversammlung beschlossene Verbandsgründung in die Tat umzusetzen. Die Amtshauptmannschaft Chemnitz hatte dem Einreicher der Statuten mitgeteilt, daß „den Vereinen, welche sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, die Bildung von Zweigvereinen verboten“ sei. Infolge des Vereinsgesetzes in Sachsen war es nicht möglich, den Sitz des Verbandes nach dort zu verlegen. Die Wendung mußte vorläufig unterbleiben. Am Schlusse des Jahres 1892 zählte der Verband noch nicht 5000 Mitglieder; er wuchs aber bis 1900 auf über 34 000, bekam im folgenden Jahre einen Rückschlag auf 28 000, dann stieg die Mitgliederzahl, besonders seit dem großen Crimmitschauer Kampf, un-

auffallig. Im Januar d. J. betrug sie 75 000 und noch in diesem Jahre wurde auch die Hunderttausend voll. Gewiß ein schöner Erfolg. Der Legilarbeiter, das Verbandsorgan, erscheint aus Anlaß des für den Verband „strebendsten Ereignisses“ in stärkerem Umfange und bringt in dieser Jubiläumsummer eine Fülle historischer Materials aus der Legilarbeiterbewegung. Glück auf zum zweiten Hunderttausend!

Auf der Königsflecker Waschhütte (Wißhoff u. Co.) sind erneut Differenzen ausgebrochen. Die Firma hatte versprochen, den plötzlich entlassenen Vorsitzenden der Zahlstelle des Keramarbeiterverbandes, Berlin, wieder einzustellen und die erfolgten Kündigungen zurückzunehmen. Diese Versprechungen sind aber nicht gehalten worden. Statt dessen wurden zwei Arbeiterinnen, die Vertrauensämter im Verbands bekleideten, ohne Kündigung plötzlich entlassen.

Die Gewerkschaftswahlen in Köln haben jetzt zum erstenmal auf Grund der Verhältniswahl stattgefunden. Sie gingen unter eifriger Beteiligung und nach einem heftigen Kampfe vor sich, der sich insbesondere deshalb so erbittert gestaltete, weil die Zentrumsgewerkschaften wieder in der bekannten bodenlos verlogenen Weise auf über 24 000. Die Wahlbeteiligungszahl stieg von 17 000 auf über 24 000. Es wurden abgegeben für die freien Gewerkschaften 16 809, für die „Christlichen“ 7608 und für die „Hirsch-Duncker“ ganze 423 Stimmzettel, was einer Zunahme von 5059 Stimmen bei den freien Gewerkschaften und von 1608 bei den „Christlichen“ entspricht. Prozentual betrug die Zunahme bei den freien Gewerkschaften 45 Proz., bei den „Christlichen“ aber nur 27 Proz., trotzdem die letzteren in den drei Jahren seit der vorigen Wahl mit einem beispiellosen Eifer agitiert und eine große Zahl besoldeter Agitatoren angestellt haben.

Vorbehaltlich der genauen Auszählung — es wurde nach ungebundenen Listen gewählt — erhalten die freien Gewerkschaften 23 Beisitzer, die „Christlichen“ nur 12 und die Hirsche — keinen Beisitzer. Bei der Arbeitgewerkschaft fielen von 40 Eigen fünf auf die sozialdemokratische Liste.

Richter und Streikführer.

Der Maurer Großer in Nürnberg sollte während des Bauarbeiterstreiks den Arbeitswilligen Passel beleidigt haben. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht Nürnberg konnte jedoch Passel, auf dessen Anzeige sich die Anklage stützte, seine frühere Aussage nicht mehr bestimmt aufrechterhalten. Den vorsitzenden Amtsrichter Dr. Samberger schien es zu ärgern, daß ihm der Streikführer entgegen sollte, weshalb er den Angeklagten und den Zeugen anherrichte: „Ihr habt Euch halt wieder zusammengesoffen.“ Als der Angeklagte wiederholt bestritt, die inkriminierten Äußerungen getan zu haben, rief ihm der Richter zu: „Erst habt Ihr draußen das große Maul; aber hier benehmt Ihr Euch wie Kinder und Hausbuben.“ Diese Beleidigungen wurden nicht etwa in der Erregung herausgestoßen, sondern mit Ueberlegung gemacht, denn als der Verteidiger dagegen protestierte, erklärte der Amtsrichter, daß sei seine Meinung. In einem solchen Richter müssen ja die wegen Streikführer Angeklagten ein besonderes Vertrauen haben.

Ausland.

Die amtliche Streikbrecherermittlung aus Niederland.

Wiederholt hat der „Vorwärts“ mitteilen müssen, daß der niederländische „Staats-Kurant“ zur Anwerbung von Arbeitern mißbraucht wurde, die in Deutschland Streikbrecherdienste tun sollten. Das amtliche Organ der niederländischen Regierung brachte einfach die Mitteilung, daß in dieser oder jener deutschen Stadt „Mangel an Arbeitskräften“ herrsche und daß dort für niederländische Arbeiter lohnende Beschäftigung zu finden sei. Immer handelte es sich um Orte, wo die deutschen Arbeiter streikten; aber diese Tatsache wurde niemals mitgeteilt. Den vom Streik betroffenen Unternehmern war es gewiß angenehm, daß der von den Steuergrößen des niederländischen Volkes erhaltene „Staats-Kurant“ ihnen Streikbrecher zu verschaffen suchte, ohne daß sie auch nur einen Pfennig dafür zu bezahlen hatten. Sie brachten sich nur an den niederländischen Konsul der Stadt zu wenden und der besorgte die Sache gern, zumal wohl in solchen Fällen, wo es ein im Ehrenamt als Konsul tätiger Geschäftsmann war, der vielleicht mit dem Unternehmer in Geschäftsverbindung stand. Ganz erfolglos sind die Streikbrecherermittlungen im „Staats-Kurant“ gewiß nicht gewesen. Wie der niederländische Minister des Äußern in den Kammerverhandlungen am Mittwoch erwähnte, haben die Arbeitsbörsen von Haag und Amsterdum auf Grund einer solchen Mitteilung 85 Leuten Arbeit in Deutschland verschafft. Ob die Arbeit von Dauer war, sagte er freilich nicht. Lebensstellungen haben die Leute aber gewiß nicht gefunden. Im übrigen zeigte sich der Minister Van Tets van Goudriaan ganz unwissend über die Bedeutung, die solche Mitteilungen im „Staats-Kurant“ für die Arbeitererschaft haben, und war verwundert darüber, daß sowohl Genosse Tafel wie auch der katholische Abgeordnete Passtoors und der Antirevolutionäre Palma davon Kritik übten. Nachdem er aber Aufklärung erhalten hatte, versprach er, die Angelegenheit mit dem Arbeitsminister zu besprechen und so lange derartige Mitteilungen nicht mehr veröffentlicht zu lassen. Im weiteren Verlauf der Debatte teilte er dann allerdings mit, daß die bisherigen Publikationen im „Staats-Kurant“ schon nach Rücksprache mit dem Arbeitsminister, also dem freisinnig-demokratischen Minister Beegens, erfolgt sind. Mit Rücksicht darauf erklärte sich Genosse Tafel damit einverstanden, daß die Verhandlungen später im Weisheit dieses Ministers fortgesetzt werden und die von ihm eingebrachte Resolution, die eine Mißbilligung der Streikbrecherermittlung durch den „Staats-Kurant“ enthält, vorläufig nicht zur Abstimmung kam.

Eingegangene Druckschriften.

Wstus. Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber: Georg Bernbard) 49. Heft. Abonnement einschließlich der Wstus-Beilage vierjährlich per Post und Buchhandlung 3,20 M., direkt vom Verlag 4 M. Verlag: Berlin-Charlottenburg, Goethestr. 60.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Landtagswahlen in Währen.

Brünn, 7. Dezember. (W. T. B.) Bei den Landtagswahlen im zweiten Wahlkörper des Großgrundbesitzes wurden 20 Komm. promissandibalen gewählt; davon gehören 4 der Rechten, 8 der Mittelpartei und 13 der Linken an.

Gegen den neuesten russischen Sump.

Paris, 7. Dezember. (W. T. B.) Die sozialistische Gruppe der Deputiertenkammer empfing eine Abordnung der Organisation der russischen Sozialisten, welche es ihr als notwendig darstellte, der Aufnahme einer neuen russischen Partei auf dem französischen Markte entgegenzutreten. Die Kammergruppe beschloß einstimmig, die Regierung über diese Angelegenheit zu interpellieren.

Brandunglück.

Itzaba (New York), 7. Dezember. (W. T. B.) Das Haus der Ehi-Bü-Bruderschaft der Cornell-Universität ist durch einen Brand zerstört worden. Bei dem Brande sind drei Personen umgekommen und eine größere Anzahl verletzt worden.

Reichstag.

138. Sitzung vom Freitag, 7. Dezember, 12 Uhr.

Am Bundesratssitz: Frhr. v. Tschirschky.

Erster Punkt der Tagesordnung ist die

erste Beratung des Besetzungswurfs zur Ausführung der Generalakte der internationalen Konferenz von Algieras.

Staatssekretär Frhr. v. Tschirschky: Die Ergebnisse der Verhandlungen in Algieras haben nicht nur den Interessen sämtlicher Kulturvölker entsprochen, sondern auch denjenigen Deutschlands, und die Algierakarte bildet die Grundlage der ferneren Entwicklung der Fremdeninteressen in Marokko, ausgehend von den drei Grundprinzipien der Souveränität des Sultans, der Unabhängigkeit des Reiches und der handelspolitischen Gleichberechtigung aller Staaten im Lande. Inzwischen haben auch die Vorbereitungen zur Ausführung der Akte selbst schon begonnen. Für das ins Leben gerufene Institut der marokkanischen Staatsbank sind die Statuten und Reglements im Laufe des Sommers beraten und festgelegt worden. Die übrigen zahlreichen Ausführungsbestimmungen über den Handel, das Post- und Steuerwesen usw. werden augenblicklich in Tanger im Einverständnis mit dem Vertreter des Sultans geregelt. Nach Art. 21 der Akte soll die Ratifikation noch vor Schluss des Jahres stattfinden. Einige Staaten haben bereits die Ratifikation vollzogen, ebenso Marokko selbst. In Deutschland hat die Ratifikation nach der Reichsverfassung unter der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstages zu erfolgen. Mit der Zustimmung dieses hohen Hauses, die hoffentlich erfolgt, wird uns die Möglichkeit gegeben, freitags die Algierakarte seitens Deutschlands zu ratifizieren.

Abg. Baffermann (natl.): In dem gezeigten Abendblatt des „Berliner Tageblatt“ sind Enthüllungen über die Tätigkeit des Herrn v. Holstein in der Marokkoangelegenheit enthalten. Diese Darlegungen werden noch den Gegenstand weiterer Erörterungen in der Presse bilden, und ich will hier nicht weiter darauf eingehen. Wenn das aber, was dort gesagt wird, wahr ist, so wirkt das manchen unerfreuliche Licht auf die Tätigkeit unserer Diplomaten, insbesondere auf die Tätigkeit des Herrn v. Holstein. (Sehr richtig!) Wir sind der Ansicht, daß die Vorlage ohne Kommissionsberatung erledigt werden kann. Die Uebergebung der Akte ist eine äußerst mangelhafte. In der französischen Depuliertenkammer hat Abgeordneter Jaures die Regierung über die von Frankreich und Spanien geplante Flottendemonstration interpelliert. Die Antwort des Ministers Pichon auf diese Interpellation lautet beruhigend. Durch die Presse ist mitgeteilt worden, daß vorgezogen der französische und der spanische Vorkämpfer unserem Staatssekretär das Auswärtigen gleichlautende Noten über die von Frankreich und Spanien geplante Flottendemonstration übergeben haben. Nach der „Köln. Zeitung“ haben Frankreich und Spanien die Absicht, die Flottendemonstration nur im Einverständnis mit dem diplomatischen Korps in Tanger in Szene zu setzen. Angesichts des Mißtrauens, das sowohl in der französischen Kammer wie auch in der Presse zum Ausdruck gekommen ist, möchte ich die Regierung fragen, ob die übrigen Mächte mit dem Vorgehen von Spanien und Frankreich einverstanden sind.

Staatssekretär des Auswärtigen Frhr. v. Tschirschky: Die Notwendigkeit eines möglichst raschen Inkrafttretens der Vollstreckungsorganisation haben Frankreich und Spanien veranlaßt, Kriegsschiffe nach Tanger zu senden. Von diesem Schritte haben sie den übrigen Mächten Mitteilung gemacht. Der Zweck der Maßnahmen ist lediglich, beruhigend auf die marokkanische Bevölkerung zu wirken. Eine Ausschiffung von Truppen soll nur nach vorausgegangener Verständigung mit den übrigen Mächten erfolgen. Nur im Falle eines Angriffes sollen Truppen gelandet werden, worüber den Vertretern der übrigen Mächte in Tanger sofort Mitteilung gemacht wird. Die Autorität des Sultans in Tanger soll aufrecht erhalten bleiben, und die Landungsbereitschaften sollen spätestens zurückgezogen werden, wenn die polizeiliche Organisation ins Leben tritt. Spanien und Frankreich beabsichtigen, streng im Geiste der Algierakarte zu handeln. Es lag daher für die kaiserliche Regierung kein Anlaß vor, gegen das Vorgehen der beiden Mächte Einspruch zu erheben.

Abg. v. Volkmar (Soz.):

Die Angelegenheit ist bereits in der vorigen Woche in der französischen Kammer behandelt worden. Die Lage Frankreichs und Spaniens zu Marokko ist eine wesentlich andere als die der übrigen Mächte, und so sehr meine Fraktion immer darauf gedrängt hat, daß der Reichstag auf die Erledigung der auswärtigen Angelegenheiten Einfluß erlange — eine Aufgabe, der sich der Reichstag leider viel zu lange entzogen hat — so sehr will jede Gelegenheit zu benutzen wünschen, die auswärtigen Angelegenheiten zu besprechen, so sind wir doch der Meinung, daß, nachdem die Angelegenheit am 5. April im Reichstage besprochen ist, der gegenwärtige Zeitpunkt hierfür nicht ein geeigneter ist. Wir werden daher den vorliegenden Besetzungswurf formell behandeln, und von diesem Gesichtspunkt aus haben wir keinen Anlaß zu einer Einrede. Selbstverständlich ändert das nichts an unserer allgemeinen Stellungnahme, wie billigen nicht etwa das diplomatische Kunststück, das da vollbracht ist, sondern wir folgen lediglich der Notwendigkeit. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Gegenüber Herrn Baffermann möchte ich doch sagen, daß und kaum jemals eine Vorlage gemacht worden ist, die so unklar ist wie die gegenwärtige. Es wäre wünschenswert, daß unter den zahlreichen Beamten des Auswärtigen Amtes auch einer wäre, der in seiner Muttersprache mehr bewandert ist, damit durch die Uebersetzung des französischen Textes die Abgeordneten nicht in einen direkten Irrtum versetzt werden. Am übrigen möchte ich noch einmal auf die Gelegenheit feststellen, daß meines Wissens kein Parlament über diese ganze marokkanische Frage durch amtliche Urkunden weniger unterrichtet ist als der deutsche Reichstag! Die Reichstagsabgeordneten haben ihre Nachrichten lediglich aus der Presse und aus auswärtigen Veröffentlichungen beziehen müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber damit nicht genug: Die verbündeten Regierungen — oder wie wir soeben gehört haben, die kaiserliche Regierung, ein ganz neuer Begriff, der in der Reichsverfassung bisher nicht enthalten ist, — ich sage also die verbündeten Regierungen und deren Organ, das Auswärtige Amt, haben uns nicht nur keine Urkundensammlung oder nur eine ganz unzureichende vorgelegt, sondern sie haben sogar die Bedeutung der fremdländischen Urkunden dadurch eingeschränkt, daß sie die zu deren Verständnis notwendigen deutschen Urkunden uns nicht zugänglich machten! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte die Frage aufwerfen, wie lange ein derartiges

Verhandlungen

Verhandlungen soll, und ob denn der ihnen (nach rechts) dadurch nicht der Eindruck erweckt werden muß, daß die verbündeten Regierungen etwas Schlimmes zu verbergen haben. Daß die ohnehin nicht angenehme Lage des Deutschen Reiches dadurch nicht verbessert werden kann, liegt auf der Hand. Eine wirksame Kontrolle durch den Reichstag ist ja natürlich vollkommen ausgeschlossen. Wir werden darüber demnächst noch mit den verbündeten Regierungen ein ernstes Wort zu reden haben.

Der Abgeordnete Baffermann ist auf die gleichlautende Note Frankreichs und Spaniens eingegangen, die den an der Algierakarte beteiligten Regierungen übergeben worden ist. Ich würde zwar nicht eingegangen sein, aber nachdem es vom Abgeordneten Baffermann gesehen ist, muß ich mir einige kurze Bemerkungen dazu gestatten. Die Regierungen von Frankreich und Spanien bekräftigen ihre gegenwärtig vorbereitete Interaktion nicht etwa mit den eigenen Interessen, die darin bestehen, zum Schutze ihrer Staatsangehörigen einzuschreiten, sondern ausschließlich mit dem

Auftrage, den sie durch die Generalakte in bezug auf die Ausübung des Polizeidienstes in Marokko erhalten haben. Die Sozialdemokraten sind gewiß die allerletzten, welche die Lust zur Einmischung in Angelegenheiten, die uns nicht unmittelbar betreffen, anzugehen oder fördern wollen. Diese Lust hat schon sehr viel Unfug angerichtet, und wir in Deutschland können nur froh sein, daß das Deutsche Reich, weniger dem eigenen Wünsche als der Notwendigkeit gehorchend, noch im letzten Augenblick den Finger aus dem marokkanischen Tretbrett herausbekommen hat. Wir können froh sein, daß wir uns wesentlich in der Rolle eines Zuschauers befinden. Aber es ist eins zu beachten. Ursprünglich hat Frankreich eine einzige Forderung gestellt, und die Zustimmung dieser einzigen Forderung ist durch die Konferenz von Algieras umgewandelt in ein europäisches Mandat. Dadurch haben naturgemäß alle beteiligten Regierungen eine gewisse Mitverantwortung für die Akte bekommen. Wenn ich mir die Sache nun näher ansehe, so muß ich trotz der Behandlung im französischen Parlament sagen, daß in der Note, die heute hier erwähnt ist, Dinge enthalten sind, von denen in der Algierakarte auch gar nichts enthalten ist, wie die Ausschiffung einer Flotte und die Ausschiffung von Truppen. Das geht weit über die Algierakarte hinaus. Ich muß allerdings anerkennen, daß nach den Äußerungen von Jaures in der gezeigten Sitzung der französischen Kammer der Minister Pichon beruhigende Erklärungen abgegeben hat. Aber Jaures hat zugleich hinzugefügt, daß die französischen Wähler und das französische Volk alle Veranlassung haben, eine gehörige Wachsamkeit zu entwickeln, damit die aufgestellten Bedingungen auch eingehalten werden.

Ich will nicht weiter auf diese Dinge eingehen und möchte nur noch sagen, daß wir keine Veranlassung zu allzu großer Zufriedenheit mit dieser Akte haben. Wir müssen verlangen, daß — wie die Dinge nun einmal im marokkanischen Handel liegen — die Aktion in Marokko auf den engsten Rahmen beschränkt werden muß und daß Frankreich und Spanien sich an die getroffenen Vereinbarungen halten. Wir müssen verlangen, daß jede zu weit gehende Maßregel, die nur die Sucht nach finanzieller Ausbeutung und politischen Abenteuer fördern kann, nach Möglichkeit hintangehalten werde. Durch die Vermeidung von Komplikationen allein können die Interessen Deutschlands und Frankreichs und die allen Völkern gemeinsamen Interessen der Kultur und des Friedens gefördert werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Spahn (Z.): Ich hätte es für richtiger gehalten, wenn dem Reichstage vor diesem Ausführungsgesetz das Marokkoabkommen selbst vorgelegt worden wäre. (Sehr richtig! im Zentrum und links.) Der Bundesrat hätte und müssen die Note über das französisch-spanische Abkommen zugänglich machen. (Beifall im Zentrum und links.)

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.): Ob der Erfolg erzielt werden wird, daß das Marokkoabkommen friedlich auf die Bevölkerung in Marokko einwirken wird, erscheint mir zweifelhaft. Auch ich bin der Ansicht, daß die Vereinbarungen auf Grund der Algierakarte von den beteiligten Mächten streng eingehalten werden müssen. Deutschland hat keine Veranlassung, sich dort in die Entwicklung der Dinge hineinzudringen. Wir sind der Meinung, daß Deutschland durch die Aktion in Tanger seinerzeit in höherem Maße engagiert worden ist, als es wünschenswert war. Wir begrüßen es, daß eine Verständigung erzielt worden ist, und wir werden der Vorlage zustimmen. (Lebhafter Beifall links.)

Staatssekretär Frhr. v. Tschirschky: Der Abgeordnete Spahn hat beklagt, daß die von Frankreich und Spanien übergebenen Noten dem Reichstage nicht vorgelegt worden sind. Es würde nicht den diplomatischen Gewohnheiten entsprechen, wenn wir einseitig diese Noten publizieren wollten. Nachdem es in Frankreich geschehen ist, liegt kein Grund vor, daß wir nicht das gleiche tun, und wir werden dem Reichstage den Wortlaut mitteilen.

Abg. Schrader (fr. Sp.): Wir haben in Marokko nicht so große Interessen wie Spanien und Frankreich. Wir freuen uns aber, daß dieses Abkommen zustande gekommen ist; wir werden ihm zustimmen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Vorig (L.): Auch wir werden der Vorlage zustimmen. Wir wünschen, daß unsere Diplomatie mit aller Umsicht und Vorsicht bei der Durchführung des Abkommens vorgehen möge.

Abg. Blumenthal (südd. Sp.): Die ersten Worte des Staatssekretärs stehen im Widerspruch mit den Tatsachen. Doch gebe ich zu, daß sämtliche Mächte mit dem Vertrage einen Irrtum erregen wollen, da sie behaupten, der Vertrag solle die Unabhängigkeit des Sultans von Marokko garantieren. Der Vertrag hätte vielmehr übertrieben werden müssen: Reglementierung der Unabhängigkeit des Sultans von Marokko; denn in Zukunft sollen die Mächte weitere Stübe der Unabhängigkeit des Sultans zwar nehmen, dazu aber vorher die Genehmigung der anderen Mächte vorher einholen. Wie sehr der Vertrag gerignet ist, die Sicherheit der Fremden in Marokko zu garantieren, wenn er einmal zum Vollzug kommt, zeigen die gegenwärtigen Vorspiele in Marokko. Wenn die Spanier und Franzosen so weiter vorgehen wie gegenwärtig, so werden ihre Truppen dann zurückgezogen werden, wenn die englischen Truppen aus Ägypten zurückgezogen werden, die dort ja auch nur „Ordnung schaffen“ sollen. (Geisterheil.) Ohne Konferenz und ohne Söbelgerassel wäre viel mehr für das deutsche Volk erreicht worden als durch die Konferenz. Der Reichsanwalt sagte, in Serbien sei er österreichisch, in Bulgarien russisch! Warum wollte er also nicht in Marokko französisch sein, zumal da er es jetzt doch sein muß. Möge man jetzt wenigstens die richtigen Schritte gehen und auf eine Besserung unserer Beziehungen mit Frankreich hinarbeiten.

Abg. v. Dierken (Sp.): Die einstimmige Annahme des Vertrages ohne Debatte wäre wohl genügend gewesen. Herrn Abgeordneten Volkmar bemerke ich, daß wir alles Material erhalten haben, das bei der gegenwärtigen Lage und zu übergeben möglich war. Andere Parlamente haben auch nicht mehr erhalten, z. B. das österreichische. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: „Das russische auch nicht!“ Geisterheil.) Damit schließt die Debatte.

Es folgt die zweite Lesung. Der § 1 des Gesetzes wird angenommen, ebenso die ihm anliegende Generalakte in ihren einzelnen Artikeln.

Die Zulässigkeit dieser letzteren Abstimmung bestritt Graf Pasadowitz auf Grund des Artikels 11 Absatz 3 der Reichsverfassung.

Präsident Graf Balkeström: Durch den Ausdruck in § 1 „der anliegenden Generalakte“ ist die Akte ein Bestandteil des Gesetzes geworden, und ich mußte daher so verfahren wie gesehen.

§ 2 handelt von den bei der Einfuhr in Marokko zu erhebenden Abgaben. Abg. Sped (Z.): Nach der Vorlage sollen deutsche Konseulte, die nach Marokko exportieren, neben dem Einfuhrzoll eine statistische Abgabe und eine Uebergangsabgabe zahlen. Aus der Vorlage ist nicht ersichtlich, in welcher Form die Spezialabgabe erhoben wird. Ich möchte fragen, ob eine derartige Abgabe sich gegen ein einzelnes Land oder gegen einzelne Waren richten kann.

Staatssekretär Graf Pasadowitz: Durch den Handelsvertrag mit Marokko ist Deutschland das Recht der Reißbegünstigung eingeräumt; daraus ergibt sich, daß Marokko nicht einem anderen Staat Vorteile gewähren kann, die es uns versagt. Ebenso kann ein Uebergangszoll nicht auf einzelne Waren gelegt werden, sondern alle Waren müssen gleichmäßig behandelt werden.

*) Artikel 11 Absatz 3 der Reichsverfassung lautet: „Insoweit die Verträge mit fremden Staaten sich auf solche Gegenstände beziehen, welche nach Artikel 4 in den Bereich der Reichsgerichtsbarkeit gehören, ist zu ihrem Abschluß die Zustimmung des Bundesrates und zu ihrer Gültigkeit die Genehmigung des Reichstages erforderlich.“

§ 2 wird angenommen, ebenso der Rest der Vorlage.

Es folgt die Interpellation der Abg. Sped (Z.) und Wenosen: „Mit dem Herrn Reichsanwalt bekannt, daß auf der Eisenbahn von den schwedischen Erzguben nach dem Seehafen Narvik infolge Anordnung der schwedischen Regierung nur eine so geringe Menge Erz jährlich befördert werden darf, daß die Ausfuhr seit 1. November d. J. beträchtlich eingeschränkt werden mußte?“

Was beabsichtigt der Herr Reichsanwalt zu tun, um dieser mit einer loyalen Auslegung der Bestimmungen zu Art. 10 des Schlussprotokolls zum deutsch-schwedischen Handelsvertrage nicht vereinbarten Maßregel der schwedischen Regierung wirksam entgegenzutreten?“

Staatssekretär Graf Pasadowitz erklärt sich bereit, die Interpellation zu beantworten.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort

Abg. Sped (Z.): Die Einfuhr von Erzen aus Schweden nach Deutschland ist ganz erheblich zurückgegangen. Sehr bedauerlich ist, daß die verbündeten Regierungen bis jetzt keinen Schritt getan haben, um der Resolution Rechnung zu tragen, die der Reichstag bei der Verabschiedung des schwedischen Handelsvertrages beschlossen hat. In dieser Resolution wurde der Reichsanwalt aufgefordert, für die Einfuhr von Pflastersteinen und Eisenzeug aus Schweden auf Ausnahmetarife hinzuwirken. Hätten wir das damals voraussehen können, so hätten meine Freunde den Handelsvertrag mit Schweden nicht angenommen. Die schwedische Regierung hat durch eine Umgehung von Bestimmungen des Vertrages die Ausfuhr von Eisenerzen nach Deutschland verhindert, und unsere Industrien, die auf diese Erze angewiesen sind, werden dadurch schwer geschädigt. In der uns seinerzeit vorgelegten Denkschrift ist die Bedeutung der schwedischen Erzeinfuhr für uns hervorgehoben worden. Ob das nun wahr, lasse ich dahingestellt sein. Bei der Beratung des schwedischen Handelsvertrages wurde uns von der Regierung erklärt, daß Schweden durch den Vertrag verhindert sei, zuungunsten unserer Industrie Tarife zu ändern, und ich glaube, mich damals darauf verlassen zu können. Der Abg. Raempff hat ja damals noch Schweden besonders gedankt für eine Konzession, die wir teuer bezahlen mußten. Ich frage die Regierung, was ist bei Abschluß des schwedischen Handelsvertrages geschehen, um die deutsche Eisenindustrie zu schützen? Uebrigens verstoßt jede Einschränkung der Eisenausfuhr auch gegen Artikel 7 des Vertrages. Wenn die schwedische Regierung in Verletzung der Interessen ihres eigenen Landes dem Drängen der schwedischen Chauvinisten nachgibt, so wäre es an der Zeit, daß der Reichsanwalt recht bald ein ernstes Wort über die lokale Ausführung des Handelsvertrages mit ihr redet. (Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär des Innern Graf Pasadowitz: Sich in die Tarifpolitik einer anderen Regierung zu mischen, dazu ist eine Regierung nicht in der Lage. Ich gestehe aber zu, daß unter Umständen im Wege der Eisenbahntarifpolitik es möglich ist, den Wert von Holzäpfeln und von Handelsvertragsabmachungen vollständig zu verdrängen. Wir haben den Handelsvertrag mit Schweden in der Erwartung abgeschlossen, daß der streigende Eisenausfuhr aus Schweden nach Deutschland kein Hindernis in den Weg gelegt wird. Um dieses Ziel zu erreichen, im Interesse unserer Eisenindustrie, haben wir für die schwedische Ausfuhr von unserer autonomen Tarif erhebliche Abstriche gemacht. Diese Eisenausfuhr bildete bei unseren Verhandlungen einen solchen Kernpunkt, daß allerdings die Frage, wie die Ausfuhr schwedischer Erze in Schweden behandelt wird, ob sie kontingentiert wird, ob ihre eisenbahntarifliche Schwierigkeiten gemacht werden, für uns eine sehr ernste und wichtige ist. Die schwedische Regierung allein könnte aber den erhobenen Vorwürfen nicht statgeben, sondern müßte dieserhalb mit den schwedischen Gesellschaften in Verhandlung treten. Das ist eine Frage des inneren schwedischen Staatsrechtes, über die ich hier kein Urteil abgeben möchte. Ich möchte aber der bestimmten Hoffnung Ausdruck geben, daß die schwedischen gesellschaftlichen Körperschaften derartige Maßregeln treffen möchten, daß die ungehinderte Ausfuhr der schwedischen Erze nach Deutschland keinerlei tarifliche Beschränkungen erleidet. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.)

Auf Antrag des Grafen Pommerh (Z.) wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten.

Abg. Dr. Deumer (natl.): Auch meine Freunde haben dem schwedischen Handelsvertrage seinerzeit nur schweren Herzens zugestimmt. Um so mehr müssen wir darauf dringen, daß der Handelsvertrag seinem Sinne entsprechend ausgelegt wird. Daß Schweden den Geist und Sinn des Handelsvertrages nicht erfüllt, davon sind auch viele Kreise in Schweden überzeugt. Wir müssen die verbündeten Regierungen ersuchen, Schweden an seine moralische und völkerrechtliche Pflicht zu erinnern, den Handelsvertrag seinem Geiste entsprechend auszuführen. (Beifall.)

Abg. Raempff (fr. Sp.): Die schwedischen Unterhändler hätten den deutschen Unterhändlern bei den Vertragsverhandlungen klar über die wirklichen Verhältnisse geben müssen. Hätten andere Unterhändler Kenntnis von diesen Verhältnissen? Nach meiner Meinung müßten sie sie kennen; denn wogu haben wir unsere Konzepte? (Sehr richtig! links.) Hätten sie aber davon Kenntnis, dann müßten sie auch dem Reichstage bei der Beratung des Handelsvertrages davon Mitteilung machen. (Sehr richtig! links.) Wir machen Schweden den Vorwurf, daß es den Vertrag lokal ausführt. Aber wird uns nicht derselbe Vorwurf von anderen Nationen gemacht? (Sehr wahr! links.) Von Amerika wird uns vorgeworfen, wir führten das handelspolitische Abkommen mit Amerika nicht loyal aus, und durch die Einfuhr von Schiffahrtsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen wird Rußland berechtigt, uns den Vorwurf zu machen, daß wir seine Getreideausfuhr nach Deutschland unmöglich machen, obwohl sie nach dem Handelsvertrage gestattet ist. (Sehr richtig! links.) Die Rohnahrung zur lokalen Ausfuhr der Handelsverträge müssen wir an alle Länder richten, wenn die Verträge einen Nutzen haben sollen. (Zustimmung links.) Viel wichtiger für die Industrie als die schwedischen Eisenerze sind es, daß man das hauptsächlichste Rohprodukt, die Nahrungsmittel, nicht künstlich im Preise erhöht, sondern es ermäßigt. (Sehr richtig! links.) Ausfuhrzölle sind eine der gefährlichsten und zweischneidigsten Waffen; das sollten wir nicht nur für Schweden beachten, sondern auch für uns. Wenn Ausfuhrzölle in den Weltmarkt eingeführt werden, leidet am meisten unsere deutsche Industrie, welche billige Rohstoffe braucht. (Bravo! bei der freimüthigen Volkspartei.)

Abg. Graf Kanitz (L.): Wir haben auf einen Kohlenausfuhrzoll verzichtet, gerade um die ungehinderte Einfuhr der schwedischen Eisenerze zu verlangen. Da sie nun doch gehindert wird, ist der ganze schwedische Handelsvertrag wertlos. Die ganzen Vorgänge in Schweden liefern von neuem den Beweis, daß wir besser daran hätten, überhaupt keine langfristigen Tarifvereinbarungen abzuschließen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dose (fr. Sp.): Die hier vorgeführten Tatsachen verdienen nicht die harte Beurteilung, die sie hier gefunden haben; von einer illegalen Handhabung des Vertrages, welcher lediglich Ausfuhrzölle auf die schwedischen Eisenerze verbietet, kann gar keine Rede sein; aber überaus lächerlich ist von Schweden jede Einschränkung der Eisenerzausfuhr. Die von Abg. Kanitz angelegten Ausfuhrzölle auf Kohle wären ebenso eine ganz verkehrte Maßregel. Erinnern wir uns doch, daß beim Abschluß des schwedischen Handelsvertrages hier eine Resolution angenommen wurde, welche zum Zweck hatte, unsere Ausfuhr an Preiselbeeren und Pflastersteinen zu erschweren! Wie kann man da Schweden jetzt eine illegale Ausfuhr des Handelsvertrages vorwerfen? Nicht, wie Graf Kanitz will, zur Politik der freien Hand müssen wir übergehen, sondern zur Politik des Freihandels. (Beifall bei der freimüthigen Vereinigung.)

Wenn dasjenige zutrifft, was einige der Vorredner über die Maßnahmen der schwedischen Regierung und über ihre Eisenbahnpolitik gesagt haben sowie über die Auslegung des schwedischen Handelsvertrages, bin auch ich der Ansicht, daß sie durchaus dem Geiste dieses Handelsvertrages widersprechen und daß es gut ist, wenn unsere Regierung alles aufbietet, um darauf hinzuwirken, Treu und Glauben bei der Ausführung des Handelsvertrages zu ihrem Rechte kommen zu lassen. Aber die Maßnahmen zur Einschränkung der Ausfuhr von Eisenerzen durch Erhöhung der Eisenbahntarife entspringen der in Schweden vorhandenen sehr begreiflichen Tendenz, die Erdschätze Schwedens nicht kapitalistischen Gesellschaften zur Ausbeutung zu überlassen. In Schweden breitet sich die Meinung immer weiter aus, daß man die Eisenerze verstaatlichen solle, wie ja auch bei uns in der Eisen- und Montanindustrie auch in bürgerlichen Kreisen die Anschauung, die Verstaatlichung der Gruben sei notwendig, immer mehr an Boden gewinnt.

Auf das, was Graf Kanitz über die Ausfuhrzölle gesagt hat, will ich nicht eingehen. Die Hoffnungen, die er darauf begründet, würden jedenfalls nicht in Erfüllung gehen; so würden zum Beispiel Belgien und Frankreich sicherlich nicht unseren Ausfuhrzoll auf Koste tragen.

Ich gestehe zu, daß wir die schwedischen Eisenerze für unsere Eisenindustrie unbedingt notwendig haben. Einer der Vorredner sagte, es wäre vielleicht möglich, durch eine industriefreundliche Tarifpolitik unsere eigenen Erzlager zu erschöpfen. Ich glaube nicht, daß irgend einer meiner Freunde gegen solche Verleserlichkeiten etwas einzuwenden hat. Aber persönlich bin ich der Überzeugung, daß wir in Deutschland immer weniger in der Lage sein werden, unseren heimischen Bedarf an Erzen zu decken; wir werden immer mehr auf fremde, besonders auf schwedische Erze angewiesen sein. Zur Herstellung der feineren Stahlsorten werden wir sie immer ganz gewiß brauchen. Wir haben also vom Standpunkt der Arbeiterschaft aus alles Interesse daran, daß die Ausfuhr von Eisenerzen aus Schweden nicht erschwert, sondern möglichst erleichtert wird, und zwar um so mehr, als die Arbeiter Deutschlands in Erzbergwerken dadurch nicht geschädigt würden.

Abgeordneter Sped stellte in der Begründung seiner Interpellation dar, daß die schwedische Regierung ein hohes Interesse an der Eisenausfuhr hat und hohen Wert darauf legt. Da fragt es sich doch, wie sie dazu kommen soll, diese Ausfuhr durch künstliche Maßnahmen zu hindern. Auf diese Frage habe ich weder aus der Darlegung des Abgeordneten Sped noch des Staatssekretärs Graf Pofadomsky eine Antwort bekommen. Mir scheint aber hier ein Widerspruch vorzuliegen, wenn die schwedische Regierung einerseits auf die Erzausfuhr Wert legen, andererseits sie durch künstliche Maßnahmen erschweren soll.

Graf Kanitz meinte, es wäre besser, wenn wir nicht zu langfristigen Handelsverträgen gekommen wären. Das aber damit für den Augenblick gewonnen sein sollte und wie unserer Industrie die leichtere Erzeinfuhr dadurch ermöglicht sein sollte, vermag ich nicht einzusehen. Die künstliche Erhöhung der Ausfuhr aus Schweden würden wir doch ohne den Handelsvertrag auch haben. Ich möchte dringen davor warnen, die Experimente, die wir schon einmal bei der Beratung unseres Zolltarifs vorgenommen haben, nochmals zu wiederholen. Die schwedischen Maßnahmen schädigen nicht nur die Interessen der Unternehmer, sondern auch die Interessen der heimischen Industriearbeiter. Wenn die Handelsverträge nicht ihrem Sinne entsprechend ausgeführt werden, so muß das eine Erschütterung der Industrie zur Folge haben.

Nun möchte ich einige Worte dem Grafen Kanitz sagen, der von der Steigerung der Kohlen- und Eisenpreise gesprochen hat. Ich weise darauf hin, daß in den letzten zwei Jahren eine Erhöhung der Kohlenpreise eingetreten ist, die in keiner Weise durch eine Erhöhung der Löhne oder der Selbstkosten begründet war. Die Forderungen der Bergarbeiter sind in erster Linie durch die enorme Verteuerung der Nahrungsmittel infolge des Zolltarifs veranlaßt worden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das hat auch die Rheinisch-Westfälische Zeitung* anerkannt. Tatsächlich sind die Bergarbeiter trotz der Lohnerhöhungen in schlechterer wirtschaftlicher Lage als früher. Die eigentliche Ursache der Erhöhung der Kohlenpreise ist lediglich in den Maßnahmen des Kohlenindustrials zu suchen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn gesagt wird, daß das Wirtschaftsleben durch die großen Streiks erschüttert werde, so können sich das Verdienst dafür die Herren auf der Rechten, die Herren vom Zentrum und die National-liberalen antehnen; denn die Verteuerung der Lebensmittel, die die Bergarbeiter zu ihren Forderungen zwingen, sind die Folge der Maßnahmen derjenigen Leute, die den Zolltarif durchgebracht haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Vor einigen Tagen hat die Lohnbewegung auf „rote Hüte“ bei Aachen gespielt. Da möchte ich die Herren vom Zentrum, die den Zolltarif mit durchgebracht haben, darauf aufmerksam machen, daß auch in dem katholischen „Aachener Volksfreund“ gesagt wurde, daß selbst die Befestigten heute nicht mehr das nötige Fleisch essen könnten, noch weniger die Bergarbeiter, und daß die Ursache des Streiks auf „rote Erde“ die Verteuerung der Lebensmittel sei. In einem Flugblatt wurde gesagt: „Die Lebensmittelpreise in Aachen und Umgebung sind im Laufe eines Jahres um mehr als 25 Proz. gestiegen, deshalb sind wir genötigt, Lohnforderungen zu stellen, und da sie nicht bewilligt sind, so müssen wir streiken.“ — Wenn man von rechts immer mit der Redensart kommt, daß wir die Arbeiter zum Streik aufbeugen, so werden wir jedesmal darauf antworten: Die Arbeiter sind aufgereizt und aufgebeht durch die Maßnahmen der Zolltarifmehrheit. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Kanitz (l.): Dem Abgeordneten Hue gegenüber verweise ich auf eine Schrift des bekannten Sozialpolitikers Calver, der ausgeführt hat, daß der Zoll nicht vom Inlande, sondern vom Auslande getragen wird. Es ist nicht richtig, wie der Abgeordnete Hue sagt, daß die Lohnforderungen der Bergarbeiter begründet seien in der Verteuerung der Lebensmittel durch den Zolltarif. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Die Getreidepreise waren vor 25 Jahren höher als jetzt, und die Löhne waren niedriger. Die Lohnforderungen werden gestellt infolge der Agitation. Wenn ein sozialdemokratisches Flugblatt auf die enormen Mehrausgaben der Arbeiterbevölkerung infolge des Zolltarifs hinweist, so ist dies nicht zutreffend. (Zustimmung rechts, Widerpruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gothein (fr. Vg.): In Schweden sind es — ebenso wie bei uns — die hochschulpflichtigen Kreise, die die Ausfuhr der Eisenerze verhindern wollen, die einen Bund geschlossen haben bei uns die Agrarier. Dabei ist die schwedische Industrie gar nicht in der Lage, die Eisenerze allein zu verarbeiten. Eine entsprechende Verbesserung erwarte ich in erster Linie von der Konkurrenz. Notwendig, die Schweden zu einer Änderung seiner jetzigen Haltung veranlassen wird. Von einem Ausfuhrzoll auf Kohlen, den Graf Kanitz vorgeschlägt, erwarte ich keine Besserung. Diese ist nur zu erhoffen, wenn die Macht der Syndikate gebrochen wird. (Beifall bei den Freimännern.)

Schweizerat Berner: Das Verhalten der schwedischen Regierung ist hier als loyal bezeichnet worden. Das auswärtige Amt hat die Überzeugung gewonnen, daß von einer Loyalität keine Rede sein kann, und ich kann es nur auf das lebhafteste bedauern, daß ein solcher Vorwurf hier gegen eine bescheidene Regierung erhoben worden ist.

Abg. Bernstein (Soz.):

Die Frage, ob eine Loyalität der schwedischen Regierung vorliegt oder nicht, kann nur durch Beantwortung der vom Abgeordneten Kämpf gestellten Frage entschieden werden, die allerdings noch nicht erfolgt ist, nämlich die Frage, ob zur Zeit der Vertragsverhandlungen die schwedischen Bestimmungen der Reichsregierung resp. ihren Unterhändlern bekannt waren oder nicht. Waren sie der Reichsregierung resp. den Unterhändlern damals bereits bekannt, so kann von einer Loyalität gar nicht die Rede sein. Anderenfalls sehr wohl.

Zum Wort habe ich mich gemeldet lediglich wegen der Ausführungen des Grafen Kanitz, welcher Gegenmaßnahmen gegen die vermeintliche Loyalität Schwedens verlangte. Erreulich war es für mich, daß Herr Sped, ein Vertreter der Zollmehrheit, hier gegen den Zollhauptstandpunkt auftrat. Ich möchte wünschen, daß ihm mehrere von der Mehrheit folgen; leider aber hören wir immer nur ein Bedauern, daß wir noch immer nicht genug Zölle haben, und es werden immer neue Zollherereien verlangt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Graf Kanitz hat ein sozialdemokratisches Flugblatt zitiert, in welchem gesagt sein soll, daß die gesamte Erhöhung des Arbeiterbudgets nach Einführung der Zölle nur 1 M. beträgt. Das ist nicht richtig. Es handelt sich dort nur um die Erhöhung des Fleischbudgets. Das ist etwas anderes.

Auf die ganze Frage der Handelspolitik und ihrer Rückwirkung auf die Preise will ich nicht eingehen, auch nicht auf das, was meinem Parteifreunde Calver in den Mund gelegt ist. Calver hat nicht gesagt: das Ausland trägt den Zoll, sondern er hat nur ausgesprochen, unter welchen besonderen Fällen das möglich ist. Daß es möglich ist, wird kein Freihändler leugnen; aber in diesem Falle hier trifft es nicht zu.

Weiter war vom Bergarbeiterstreik die Rede. Ein Vergleich der englischen mit der deutschen Streikstatistik zeigt, daß in England die Streiks von Jahr zu Jahr zurückgegangen sind, daß sie sich dagegen in Deutschland von Jahr zu Jahr vermehrt haben, so daß Deutschland ein Hauptland der Streiks geworden ist. Die Erklärung hierfür ist die, daß in England keine Schutzpolitik existiert, die Politik vielmehr darauf gerichtet ist, der Arbeiterschaft alles so billig wie möglich zuzuführen, während bei uns das Gegenteil der Fall ist. Ich schließe mich ganz meinen Parteigenossen Hue an: Bei liberaler Handhabung des Handelsvertrages — mit Schweden müßte unsere Regierung auf lokale Handhabung dringen; waren ihr aber die Tatsachen schon beim Abschluß des Vertrages bekannt, so liegt dazu kein Anlaß vor. Dann müssen wir es den Schweden selbst überlassen, nach der allgemeinen Lage des Weltmarktes von ihren törichtesten Maßregeln zurückzukommen. Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Sped (l.): Ich muß meine Verwunderung darüber ausdrücken, daß ein Vertreter des auswärtigen Amtes hier das Vorgehen der schwedischen Regierung in Schutz nimmt und sich dadurch in Widerspruch mit dem Staatssekretär Grafen Pofadomsky gesetzt hat. Erreut bin ich über die Erklärung des Herrn Grafen Pofadomsky, daß er versuchen werde, bei der schwedischen Regierung auf eine Abänderung des bestehenden Verhältnisses hinzuwirken.

Abg. Hue (Soz.): Mein Freund Bernstein betonte, daß die englische Handelspolitik besteht sei, den Arbeitern die Lebensmittel so weit als möglich zu verbilligen. Bei meinem diesjährigen längeren Aufenthalt in England fand ich ebenfalls, daß in keinem deutschen Industriegebiet die Lebensmittel so billig sind wie in den englischen. (Widerpruch rechts.) In einem schottischen Industriegebiet wurde das Pfund Rindfleisch für 45 bis 50 Pf. verkauft, ausgezeichnete Schinken zu 1,10 M. das Pfund.

Die größere Anzahl unserer Streiks liegt nicht an der sogenannten sozialdemokratischen Vererbung unserer Arbeiter, sondern darin, daß das englische Unternehmertum dem unsrigen in bezug auf Entgegenkommen gegen die Arbeiter weit voran ist, und weil die englische Arbeiterschaft wegen der Billigkeit der Lebensmittel nicht notwendig hat, Lohnforderungen zu stellen. Daß die vom Grafen Kanitz als konservativ bezeichneten englischen Arbeiter nicht als konservative in unserem Sinne zu verstehen sind, beweist mir der Ausdruck eines bedeutenden englischen Gewerkschaftsführers, der zu mir sagte: „Wenn wir in England solche Zustände hätten wie ihr, dann würden die englischen Arbeiter sofort zum politischen Generalstreik übergehen!“ (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Schwerin (l.): Ich muß es bestreiten, daß in England die Lebensmittel billiger sind als bei uns. Fast sämtliche Fleischsorten sind in London teurer als in Berlin. (Sehr wahr! rechts.) Ich verweise nur auf die einfache Tatsache, daß im letzten Jahre von Deutschland nach London über 100 000 Hammel ausgeführt worden sind (Hört! hört! rechts), was gewiß nicht geschehen wäre, wenn dort die Preise niedriger wären. (Sehr wahr! rechts.)

Präsident Graf Ballestrem: Da die Debatte sich auch der Frage der Fleischsteuerung zugewandt hat, so möchte ich dem Hause mitteilen, daß der Staatssekretär des Innern mir heute mitgeteilt hat, daß er vom Dienstag, den 11. d. M., ab bereit ist, die Interpellationen wegen der Fleischsteuerung zu beantworten. Es wird da Gelegenheit sein, über diese Frage ausgiebig zu sprechen.

Abg. Hue (Soz.): Nach den Ausführungen des Präsidenten kann ich ja darauf verzichten, noch über die Fleischpreise zu sprechen. Ich möchte nur dem Abgeordneten Grafen Schwerin gegenüber bemerken, daß ich kein Wort von dem zurücknehme, was ich gesagt habe. Bei der Verhandlung über die Fleischnotinterpellationen werde ich nachweisen, daß seine Ausführungen auf unrichtigen Grundlagen beruhen.

Damit schließt die Besprechung, und die Interpellation ist daher erledigt.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Montag 3 Uhr. (Dritte Beratung der Algerienfrage; dritte Beratung des Urheberrechts an Berlin der bildenden Künste und der Photographie; dritte Beratung des Gesetzentwurfs auf Wanderung der Gewerbeordnung (Keiner Befähigungsnachweis)).

Schluß 5 Uhr.

Die russische Revolution.

Der Aufmarsch der Parteien.

II. Bürgerlich-demokratische Parteien.

Die älteste Rechte der bürgerlichen Opposition bildet die konstitutionell-demokratische Partei („Kadetten“-Partei) und die ihr nebengehörige ziemlich unbedeutende „Partei demokratischer Reformen“. Während der ersten Wahlen standen sie im Vordergrund des politischen Lebens, eifrig darauf bedacht, durch Festigung der konstitutionellen Illusionen den revolutionären Kampf in friedliche, legale Bahnen zu lenken und sich die spontane Energie der Arbeiter- und Bauernmassen zu unterwerfen. Sie wollten eine parlamentarische, konstitutionelle Partei sein in einem Lande, das weder ein Parlament, noch eine Konstitution besaß; sie wollten die widersprechenden Interessen der verschiedenen Klassen in eitel Harmonie auflösen. Weder das eine noch das andere gelang ihnen. „Wir haben die Kononen“ — das war der Standpunkt der Regierung, und als ihr das Reden zu viel wurde, schickte sie die Duma nach Hause. Nun setzte die Klassenscheidung noch schärfer ein, keinen Platz mehr lassend für die Vermittlungskunst der Kadetten. Die Agrarfrage, schon in der Duma die brennendste, ward zur Hauptfrage. Sie scheidet die Parteien voneinander und wird für die nächste Zukunft die ausschlaggebende sein. Ihre „Lösung“ durch die Kadettenpartei befriedigt niemand, ausgenommen die rückständigsten Schichten des Bauerntums. Uebrigens hat sie dazu beigetragen, daß die liberalen Gutsbesitzer — die frühere liberale Semstwoopposition — in hellen Haufen zu den rechtsstehenden Parteien übergegangen, während die Bauern, die unter dem Einflusse der Kadetten standen, sich der *Arbeitsgruppe* anschlossen, weil diese eine radikalere Lösung der Agrarfrage, eine mehr revolutionäre Taktik vertrat.

Eine Partei der *oberen* Schichten der Kleinbourgeoisie und der liberalen Intelligenz, mit einem geringen Zulage von liberalen Industriellen und Gutsbesitzern — will die Kadettenpartei vom Kampf um bestimmte begrenzte Klasseninteressen nichts wissen, was sie natürlich nicht hindert, überall die Inter-

essen der besitzenden Klassen zu vertreten. Ihr rechter Flügel steht der Partei der friedlichen Erneuerung sehr nahe, in stetem Widerstreit zu dem linken Flügel, der aus demokratisch gesinnten Vertretern der intelligenten Professionen besteht. Stets bemüht, die sozialen Unterschiede „auszugleichen“, stellen sie in ihrem Programm Forderungen auf, die darauf gerichtet sind, die Lage der Arbeiter und der Bauern allmählich zu verbessern, ohne auch nur im geringsten daran zu denken, die Interessen dieser Klassen wirklich großzügig zu vertreten. Die bürgerliche Rechtsordnung ist ihr Ideal, die Uebernahme der Regierungsgewalt ihr Ziel, friedliche Opposition ihre Taktik. Eifrig darauf bedacht, die Interessen keiner gesellschaftlichen Klasse zu verletzen, betätigen sie diejenigen gesellschaftlichen Elemente, die für volle politische Freiheit und weitgehende soziale Reformen kämpfen, in erster Linie also das klassenbewußte Proletariat. Als Vertreter der „allgemeinen“ Gerechtigkeit, des „allgemeinen“ Rechts sind und bleiben sie die Vertreter jener Gesellschaftsschichten, die der Selbstherrschafft nur deshalb feindlich gegenüberstehen, weil sie der Entwicklung der aufstrebenden bürgerlichen Gesellschaft hinderlich ist.

Voll eitel Selbstgefälligkeit sprechen die Ideologen der Kadettenpartei noch jetzt davon, daß nur sie die Kultur verteidige und die einzige wahre Vertreterin der Demokratie sei. „Politische Parteien in wahren Sinne des Wortes gibt es links von der „Partei der Volksfreiheit“ nicht.“ schreibt der Ex-Minister Struve, und er folgert daraus die Notwendigkeit, „gegen jenen bankrotteten Revolutionarismus anzukämpfen, der die Duma bloß als Agitationstribüne, nicht aber als gesetzgebende Körperschaft anerkennt.“ — Die Kadetten geben jetzt also in die Duma mit der festen Absicht, „reale Politik“ zu treiben. Dieser Zug ist charakteristisch für eine Partei, die sich auf keine kompakte organisierte Gesellschaftsklasse stützen kann und ihre Hauptaufgabe darin sieht, durch parlamentarische Schachzüge die Selbstherrschafft zu überumpeln. Gleichzeitig aber spricht sich hier der Instinkt des aufstrebenden liberalen Bürgertums aus, der den Kadetten sagt, daß das Proletariat und das Bauerntum, durch die „agitatorische“ Tätigkeit der Duma organisiert, seinen eigenen Zielen nachgehen und die friedliche Taktik jener über den Haufen werfen würde.

Die Verschiedenheit der sozialen Elemente, aus denen die Kadettenpartei besteht, verurteilt sie zu ständlichem, unentschlossenem Handeln, zu prinzipieller Kompromißpolitik. Das tritt deutlich hervor in den Resolutionen und Diskussionen ihrer letzten Moskauer Konferenz. In der Frage der Wahlbündnisse konnte keine obligatorische Norm ausgearbeitet werden, die jedes Partieren mit allen mehr rechts stehenden Elementen unterjagte, es machte sich im Gegenteil eine starke Strömung bemerkbar, die gegen einen Bloch mit der Rechten nichts einzuwenden hatte! Auch in ihrer Wahlplattform offenbart sich derselbe Geist der Kompromißpolitik. Nicht eine vernünftige Kritik der machtlosen Duma, nicht die Propaganda der Idee einer souveränen Volksvertretung an Hand der Ergebnisse des letzten Jahres, sondern der schlappe Hinweis darauf, daß die Grundgesetze zum Teil einer Revision unterworfen werden müßten! . . .

Trotz alledem wird die Kadettenpartei auch diesmal einen wichtigen Einfluß auf die Wahlen ausüben; denn alle oppositionellen Elemente des Bürgertums, viele gutsituierte Angestellte werden für sie stimmen. Weniger kann die Kadettenpartei darauf rechnen, die Arbeiter- und die Bauernschaft für sich zu gewinnen und sie auf den Weg friedlicher Reformflügelarbeit zu lenken. Davon zeugt die Bereitwilligkeit aller Schichten des Proletariats, für die Sozialdemokratie in den Wahlkampf zu treten. Die Bauernschaft aber gruppiert sich um die „Arbeitsgruppe“ unter den „Russischen Bauernverband“, und sie wird voraussichtlich ihre eigenen Kandidaten durchzubringen suchen, abgesehen von den Fällen, in denen die Gefahr des Sieges der Reaktion ihre Wahlbündnisse mit den Kadetten als notwendig erscheinen lassen werden.

Das Schwergewicht der Wahlkampagne liegt aus diesmal bei den Bauern. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß das Bauerntum diesmal schon politisch reifer in den Wahlkampf tritt und sich so der Reaktion feindlicher gegenüberstellt. Wenn die ersten Wahlen in der Bauernkurie fast keinen einzigen „Konardisten“ ergaben, so kann daselbe jetzt um so mehr erwartet werden. Die offiziellen Berichte der Gouverneure sprechen denn auch vom Wachsen des „revolutionären Geistes“ auf dem flachen Lande, der — allen Verfolgungen trotzend — „in das Innere des Volkes eingedrungen“ sei. Die ersten Wahlen ergaben in der Bauernkurie 39 Proz. Weiße, 22,6 Prozent Kadetten und bloß 13,8 Proz. Linke — ein Beweis für die damalige politische Unreife des Bauerntums, das wenig Verständnis hatte für komplizierte parteipolitische Fragen und seinen Deputierten bloß das eine Mandat auf den Weg gab: ihm Land zu verschaffen!

Es ist eigentlich sonderbar, daß die *Arbeitsgruppe* noch immer so schwach organisiert ist. Das liegt unzweifelhaft an der Unfähigkeit der Kleinbourgeoisie (besonders auf dem flachen Lande), sich in kurzer Zeit zu organisieren, aber wohl auch an der Unklarheit ihres Programms. Entstanden unter dem Einflusse der sozialrevolutionären Propaganda, hat das Agrarprogramm der Arbeitsgruppe die Utopie von der Sozialisierung des gesamten Grund und Bodens in Maßnahmen der kapitalistischen Gesellschaft auf dem Kopf gestellt, indem es, die sozialrevolutionäre Terminologie benutzend, die Kleinbürgerlichen Tendenzen des bestehenden und nach Weitz lebenden Bauerntums formulierte. Die politische Entwicklung wird auch die letzten Reste utopischer Reformierung der kapitalistischen Gesellschaft aus dem Programm der Arbeitsgruppe entfernen und dieses zum Programm des revolutionären Bauerntums machen, das um Land und Freiheit ringt. In der zweiten Duma werden seine Vertreter nicht fehlen und zweifellos drängender, stürmischer als in der ersten die Agrarfrage in den Vordergrund schieben und sie zum Sturmbock benutzen gegen das alte Regime und seine Vertreter. (Schluß folgt.)

Die Verleumdung.

In unserer Donnerstagsnummer enthielt wir die ebenso kritische als schamlose Art, in der die bürgerliche Presse — das „Berliner Tageblatt“ an der Spitze — den Organen der „schwarzen Handerte“ eine Kotz entnahm, durch welche die russischen Arbeiter in ihrer Ehre herabgesetzt und als Nordubun charakterisiert werden sollten. Jetzt wird die alberne Erfindung gar höchst offiziell dementiert, und das Moskoblatt kann sich an folgender Depesche erfreuen, die Wolffs Bureau übermittelt:

Petersburg, 6. Dezember. Zu der unter dem 28. November verbreiteten Nachricht, nach der ausländische Schiffarbeiter einen Kameraden, der sich dem von ihnen begonnenen Ausstände nicht

angeschlossen hatte, in einem brennenden Holzstoß geworfen haben sollten, wird amtlich gemeldet, daß beim Ausladen von Kohle aus einem Leichter ein Arbeiter auf dem schmalen Brett, das von dem Leichter an das Ufer gelegt war, ausglitt und in einen brennenden Holzstoß hinunterfiel. Der Arbeiter erlitt dabei leichte Brandwunden, die ihn jedoch nicht daran hinderten, seine Arbeit fortzusetzen.

Der Hamburger Geheimbundsprozess gegen russische Revolutionäre.

Ueber die Verhandlung, deren Ausgang wir auf Grund eines Privattelegramms in der gestrigen Nummer noch melden konnten, wird uns aus Hamburg geschrieben:

In der Nacht zum 27. August 1906 wurden in Hamburg zwei Leute angehalten, die zwei Pakete transportierten. In ihrer Gesellschaft befand sich ein Dritter, der daraufhin und bisher nicht ermittelt worden ist. In den Paketen befanden sich 525 scharfe Gewehrpatronen Modell 83 und 30 Holzstuttern für Mauserpistolen. Die Verhafteten nannten sich Schain Heistner aus Rußland, wohnhaft Hamburg, Brauerknechtstr. 24, und Berand Djerwen aus Rußland, wohnhaft Nienstedt, 6 in Hamburg. Heistner gab an, die Pakete von russischen Seeleuten zur Aufbewahrung bekommen zu haben, während Djerwen erklärte, er habe nur beim Transport der Pakete geholfen und wisse überhaupt nicht, um was es sich handele. Nicht im Zusammenhang damit wurde Tags zuvor in seinem Logis in der Sachsenstraße auf dem Hammerbrook der angebliche Schriftsteller Eugen Havart verhaftet, in dessen Zimmer ebenso auch in einem von ihm gemieteten Räume Korrespondenzen, moderne Schusswaffen und eine größere Menge Patronen beschlagnahmt wurden. Der Verhaftete befand sich im Besitz eines belgischen Passes, lautend auf den Namen Havart. Die bei dem Vorgehen beschlagnahmten Waffenteile und Patronen sollen von gleicher Beschaffenheit sein, wie die bei Havart vorgefundenen, woraus die Verbindung zwischen den drei Personen hergeleitet wird. Der gesuchte Unbekannte soll Erdmann heißen. Bei seiner Verhaftung soll Havart sich eines falschen Namens bedient und einen falschen Paß bei sich geführt haben. In der Gastwirtschaft von Kröger am Groß-Neumarkt sollen Zusammenkünfte von lettischen Sozialdemokraten stattgefunden haben, welche ihre Verhandlungen in lettischer Sprache führten. An diesen Zusammenkünften sollen die Angeklagten teilgenommen haben. Der wirkliche Name des angeblichen Havart soll Sutte sein, der unter dem Namen „Lehrer Hoffmann“ in der genannten Wirtschaft einen Vortrag über die Zustände in Rußland gehalten haben soll. Außer den Angeklagten haben, wie behauptet wird, auch andere Personen, etwa 24 bis 30, an den Versammlungen teilgenommen. Ueber den Verbleib des Erdmann alias Tiefenthal hat nichts ermittelt werden können; bei der Polizei war er als Sägerplatz 4 wohnend zur Anmeldung gelangt. Bei der Durchsuchung seines Logis wurden außer lettischen Schriften und Drucksachen 4750 Browning-Patronen, 750 Mauserpatronen, 20 Enladestücke und ein Futteral zur Browning-Pistole zutage gefördert. Aus seinen Papieren soll hervorgehen, daß in Hamburg ohne polizeiliche Anmeldung eine Abteilung der „lettischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ bestanden haben soll, deren Vorsitzender Djerwen und dessen Sekretär Tiefenthal und dessen Mitglied Heistner recte Sutte gewesen sein sollen. Im Laufe der Voruntersuchung gab Havart an, er heiße Sutte, sei in Riga geboren und wegen Zugehörigkeit zu einem politischen Verein auf administrativem Wege mit drei Monaten Gefängnis bestraft worden, die er in Astrachan verbüßt habe. Er soll zugegeben haben, der russisch-sozialdemokratischen Arbeiterpartei anzugehören und in Hamburg in ihrem Interesse gewirkt zu haben, dagegen verweigerte er jegliche Angaben über seine nähere Tätigkeit, wie er auch alle Fragen über die bei ihm beschlagnahmten Schriften und Waffen und nach den Namen seiner Genossen unbeantwortet ließ. Er sagte nur, die Waffen und die Papiere über Waffen und Geld habe er von einem anderen erhalten, dessen Vertretung er in Erwartung anderweiter Weisungen vorübergehend geführt habe. „Heistner“ nannte sich später Kidelson, dann Sutte, er soll seine Mitgliedschaft zu der lettisch-sozialdemokratischen Partei zugegeben haben. Gesprächiger soll Djerwen gewesen sein, der die weiteren Mitglieder der Verbindung namentlich gemacht haben soll. Nach seinen Aussagen hat sich in Rußland in geheime Verbindung die lettisch-sozialdemokratische Arbeiterpartei organisiert, deren Ziele durch Druck veröffentlicht sein sollen, deren Organisation aber auch den Angehörigen der Verbindung gegenüber geheim gehalten wurde. Es soll eine geheime Leitung bestehen, von der aber die einzelnen Mitglieder nichts wissen sollen. Die Hamburger Abteilung soll am 3. September 1905 durch den Chemiker Degrad-Brüffel ins Leben gerufen worden sein. In dieser Versammlung soll Djerwen als Vorsitzender, Tiefenthal als Sekretär, Grünberg als Hilfskassierer gewählt worden sein. Die Hamburger Abteilung soll mit den gleichartigen Abteilungen in Moskau, New-York, Bern, Brüssel und London in Verbindung gestanden haben; von durchreisenden Russen sollen Vorträge gehalten worden sein.

Die Anklage sollte ursprünglich auf sechzehn Genossen ausgedehnt werden, schließlich gab man sich mit folgenden zufrieden: 1. Bauer Berand Djerwen aus Niederbahrtau in Rußland, 2. Journalist Karl Sutte aus Riga, 3. Bauer Martin Sutte, 4. Zimmerer Robert Graß aus Altenborn (Rußland), 5. Bauer Karl Grünberg aus Wolmar (Livland), 6. Zimmerer Johann Witolin aus Buschhoff (Rußland) und 7. Zimmerer Peter Graß aus Braunhoff (Livland), von denen die drei ersten sich in Untersuchungshaft befinden.

Der Angeklagte Djerwen gab in der Verhandlung zu, mit einigen Landsleuten die hiesige Abteilung der lettisch-sozialdemokratischen Arbeiterpartei gegründet zu haben. Das sei zu der Zeit gewesen, als die Ereignisse in Rußland, speziell in Baltien, große Erregung verursachten. Da hätte er und andere Sammlungen für ihre Landleute in der Heimat eingeleitet. Die Verbindung sei auf Anregung von Degrad-Brüffel ins Leben gerufen worden. Die Statuten seien ihm in 30 Exemplaren aus Belgien über die Schweiz zugegangen. Mit der Abteilung London habe er schriftlich in Verbindung gestanden; auch seien ihm Adressen von auswärtigen Ortsgruppen mitgeteilt worden. Der Verein, dessen Hauptzweck er nicht kenne, bezwecke die Unterstützung der notleidenden und verfolgten Russen. — Vorf.: Hatte die Verbindung nicht den Zweck, die gewaltsame Erhebung der Letten gegen die russische Regierung zu fördern? — Angekl.: Was der Verein in seiner Gesamtheit bezwecke, ist mir nicht genau bekannt. Des weiteren bemerkt er, man müsse ihn in der Voruntersuchung vielfach mißverstanden haben, was er auf seine ungenügende Kenntnis der deutschen Sprache zurückführt. Die im Logis Tiefenthals vorgefundene Liste sei keine Mitgliederliste, sondern nur ein Verzeichnis von Landleuten, an die gelegentlich Schriften verläuft wurden. In der Voruntersuchung habe er nur zugegeben, daß Sutte Mitglied sei. Die Drucksachen seien an die Adresse Tiefenthals gelangt, der sie an die Landleute verteilt habe. Ob diese Schriften verboten seien, wisse er nicht, da er die russischen Verhältnisse nicht kenne. — Vorf.: Sie sollen in der Untersuchung doch gesagt haben, es handle sich um verbotene Schriften? — Angekl.: Ja habe nur gesagt, es seien deutsche sozialdemokratische Schriften, die ins Lettische übersetzt seien. Der Kommissar hat wohl nur die Schlussfolgerung gezogen, daß es sich um verbotene Schriften handele. In den hiesigen, von 6—8 Personen besuchten Zusammenkünften sind nur Unterstützungsfragen erörtert worden. Nur einmal ist ein Vortrag von einem durchreisenden Russen Hoffmann gehalten worden über: „Die Lage des Proletariats in den verschiedenen Ländern“. Der Angeklagte Sutte hat seinen Vortrag gehalten; Sutte habe ich erst auf der Polizeiwache kennen gelernt. — Vorf.: Haben Sie Waffen gekauft und verschickt? — Angekl.: Nein!

Es wird nun die Angelegenheit mit den Waffen und Munition enthaltenden Paketen erörtert. Der Angeklagte Djerwen bemerkt hierzu, Sutte habe ihn ersucht ihm beim Transport der Pakete behilflich zu sein, was sich darin befand, habe er nicht gewußt. Ein

Seemann habe Sutte nach dessen Mitteilung die Pakete zum Transport nach einer Wirtschaft gegeben, doch seien sie, D. und S., auf dem Wege dorthin in Haft geraten. Warum Tiefenthal davon in Kenntnis sei, vermöge er nicht zu sagen. Auf Befragen erklärt der Angeklagte, er sei auch Mitglied der deutschen sozialdemokratischen Partei. Verbindungen zwischen dieser und seiner Abteilung hätten nicht bestanden.

Es wird nun über den Versuch lettischer Genossen, zwei auf Schloss Römehof in Livland gefangen gehaltene Letten zu befreien, verhandelt. Es gab bei der Expedition auf beiden Seiten tote und Verwundete und der Angriff endete mit der Niederlage der Dragoner, von denen 50 in Gefangenschaft gerieten. Einige Dragoner, Fischerleser, wurden erschossen, die anderen auf freien Fuß gesetzt.

Verteidiger Dr. Lieblincht gibt eine Schilderung von diesen Vorgängen.

Landrat von Siewers von Römehof war wegen seiner Härte bei seinen Letten und den Bauern sehr unbeliebt. Nach dem Oktobermanifest beschloß eine sogenannte Gefinde-, d. h. Bauernversammlung zur Sicherung der Ruhe wegen Schließung des Branntweinstills, aus dem Siewers freilich eine große Einnahme zog, vorstellig zu werden. Ihre Deputation, darunter ein Lehrer, wurde von Siewers mit der Drohung fortgejagt, daß er, falls derartige unsmittliche Forderungen wiederholt würden, ihnen nächstens mit dem Beschlusse den nötigen Bescheid erteilen werde. Siewers soll dann einen gewissen Sprögis anzustellen versucht haben, für eine Belohnung von 1000 Rubeln den Bauern Doffne, den Vorsitzenden jener Gefindeversammlung, zu töten. Nachdem ohne jeden Grund am 7. Dezember 1905 über Livland der Kriegszustand verhängt und als Antwort der Generalstreik in Riga ausgedroht war, steigerte sich die Erregung der Bevölkerung auch gegen Römehof, das zu einem der berüchtigsten Dragonerhöfe gemacht war. Der Polizeipreistat von Römehof, von Henning, hatte seine Vollmachten dem Sekretär Razimowitsch übertragen, der in Gemeinschaft mit einem gewissen Peterson Römehof in eine Inquisitionskammer verwandelte. Ihre Opfer wurden unmenschlich geprügelt und gequält. Schließlich kam die Nachricht, daß auf Römehof zwei Leute grausam zu Tode gemartert wurden und die Dragoner und Fischerleser unter Führung von Razimowitsch und Peterson einen Liebestfall auf die Bauern unternommen hatten. Nun erst mobilisierte sich die nach dem Oktobermanifest eingerichtete „Vollmilch“ und eroberte Römehof, wo sie wirklich die beiden Opfer jener Polizeibesetzung, den einen tot, den anderen kaum noch lebend, fanden. Römehof ging hierbei in Flammen auf. Den gefangenen Baronen wurde kein Haar gekrümmt, ebensowenig der Familie des von Siewers, der in Riga abwesend war. Sie wurde dem von Siewers ohne jede unnötige Belästigung wohlbehalten übergeben. Siewers hat in einem Schreiben an einen der sozialistischen „Revolutionäre“ ausdrücklich die Ritterlichkeit und den Edelmut anerkannt, mit dem gegen die Damen verfahren war. Die Barone wurden, ohne daß ihnen ein Haar gekrümmt worden war, freigelassen, nachdem sie versprochen hatten, für die Erfüllung gewisser politischer Forderungen des Volkes einzutreten. Sie erfüllten dieses Versprechen, indem sie durch blutige Strafexpeditionen das Land in ein Leichenfeld und einen Trümmerhaufen verwandelten. Nachdem den Angeklagten Sutte in der Anklage Beteiligung an „Nordbrennerien“ vorgeworfen ist, muß ich diese Feststellungen machen. In Rußland werden leicht Geldstrafen auf einen Kopf gesetzt. Erzieht man doch einfach Leute, die nichts getan haben, als zum Streik „aufzuzureizen“.

Der Angeklagte Sutte bestreitet, an den Angriffen teilgenommen zu haben; er habe in der Voruntersuchung nur gesagt, er hätte sich vor der revolutionären Erhebung eine Jagdflinte gekauft. Sutte gibt zu, der hiesigen Abteilung beigetreten zu sein. Ob diese Beziehungen mit der lettisch-sozialdemokratischen oder mit der sozialrevolutionären Partei Rußlands unterhalte, wisse er nicht, wie er auch von einer Verschmelzung beider Richtungen nichts wisse.

Es wird auf Antrag der Verteidigung ein Artikel des „Hamb. Echo“ vom 4. Oktober 1906 vorgelesen, der die Verschmelzung beider Parteien behandelt.

Der Angeklagte Journalist Sutte verweigert die Auskunft über die Frage, weshalb er nach Deutschland gekommen sei. Mitglied der Hamburger Abteilung sei er nicht gewesen. Ueber die Ziele der russisch-sozialdemokratischen Partei, als deren Mitglied er sich bezeichnet, gibt er an, daß sie für gerechte Zustände und gegen brutale Gewalt kämpfe. Ueber die bei ihm beschlagnahmten Waffen usw., Rechnungen über Waffenlieferungen von 5565 R. und kleinere Post- sowie Bankquittungen über größere Geldbeträge verweigert er die Auskunft.

Die weiteren Angeklagten sagten aus, sie hätten sich nur gelegentlich getroffen; Mitglieder der Abteilung seien sie nicht gewesen. Statuten hätten sie nicht besitzen, gelegentlich hätten sie kleine Geldbeträge zu Unterstützungs Zwecken für notleidende Landleute hergegeben.

Auf Antrag des Verteidigers von Sutte wurde dessen Frau als Zeugin vernommen. Sie bestätigte, daß ihr Bruder in Wafa, nachdem er aus einer Versammlung heraus verhaftet war, mit einem Genossen von transportierenden Kosaken vor den Augen von zehn den Transport zur Kontrolle begleitenden Revolutionären, ohne daß die beiden einen Fluchtversuch gemacht hätten, grausam mißhandelt und getötet worden sei. Den Kosaken seien dafür 25 Rubel gezahlt. Da ihnen vom Polizeimeister 35 Rubel versprochen gewesen seien, sei es zu einem Streit zwischen diesem und den Kosaken gekommen.

Aus den Plaidoyers, die in später Stunde gehalten wurden, sei folgendes mitgeteilt: Der Staatsanwalt meinte, daß ein Geheimbund lettischer Sozialdemokraten bestanden habe, welcher vor der Hamburger Staatsregierung geheim gehalten werden sollte. Er wies sei die Unternehmung der russischen Revolutionäre durch Geld und Waffenschmuggel, was unter keinen Umständen geduldet werden dürfe. Der bei Sutte vorgefundene Bericht über die Angriffe auf die baltischen Schlösser „Römehof“ und „Bringmannshof“ enthalte jedenfalls Selbsterlebtes, sonst hätte die russische Regierung keine 1000 Rubel Belohnung für seine Ergreifung ausgesetzt. Wenn der Paragraph wegen Hochverrats nicht in Anwendung komme, so deshalb nicht, weil die Gegenseitigkeit mit Rußland nicht verbürgt sei. Die Statuten brauchten aber nicht zu hart geahndet werden, weil es sich um sonst ordentliche Leute handelte, die in der genannten Weise für ihre Ziele glaubten einzutreten zu sollen. Der Staatsanwalt beantragte sodann die schon mitgeteilten Strafmaße.

Der Verteidiger Dr. Herz-Altona erging sich in längeren juristischen Betrachtungen über die Zweckbestimmung des § 128 des Strafgesetzbuches, der hier nicht angewendet werden könne, weil die Tendenz der Verbindung nicht gegen die deutsche Rechtsordnung gerichtet war, sondern gegen einen Staat, Rußland, den zu schützen das deutsche Gesetz und das deutsche Gericht keinen Anlaß habe. Die Revolution in Rußland habe nicht allein die politischen Grundlagen der Staatsordnung erschüttert, sondern habe auch in die intimsten persönlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse hineingegriffen. Persönliche und politische Angelegenheiten seien nicht mehr zu trennen, die Angeklagten kämpften für sich selbst, für ihre eigene Freiheit, für ihr eigenes Leben, für ihre eigene Ehre. Sie befanden sich, wie der Angeklagte Djerwen bezeichnend gesagt habe, in Notwehr gegenüber dem Verbrecher Staat. Wenn der Staat besonderes Gewicht darauf legte, daß die Angeklagten zum Teil Waffen geschmuggelt hätten, so sei doch allgemein bekannt, daß zur Zeit der Progrome in Rußland hervorragende Hamburger Bürger öffentlich aufgefordert haben, Gelder zum Ankauf von Waffen zu sammeln. Wirkliche Geheimbündler schaffen sich keine gedruckten Statuten an. Es handelte sich nur um eine Landmannschaft zu Unterstützungs Zwecken. Deshalb könnten die Angeklagten nur wegen der Liebertretung belangt werden und zwar erweise er um eine ganz geringe Strafe.

Der Verteidiger Genosse Dr. Karl Lieblincht, Berlin hält ebenfalls die Voraussetzungen des § 128 nicht für vorliegend, was er in interessanten juristischen Ausführungen begründete und schil-

berte sodann die entsetzlichen Zustände in der engeren Heimat der Angeklagten, in den baltischen Provinzen, wo neben den Feldgerichten die mit den „Strafexpeditionen“ betrauten Barone und Progrombestreiter in einer Weise gewütet hätten, daß selbst der Generalgouverneur Baron Köller sich veranlaßt sah, Einhalt zu gebieten. 50 Prozent aller Hinrichtungen in letzter Zeit entfielen allein auf Baltien. Alle russischen Parteien, mit einer einzigen Ausnahme, machten gegen diese Greuel entschieden Front. Diese Zustände müßten bei Beurteilung der den Angeklagten zur Last gelegten Dinge mit berücksichtigt werden. Aus dem schon vom Mitverteidiger vorgebrachten Gründen erwarte er die Freisprechung der Angeklagten wegen Geheimbündeles.

In der Urteilsbegründung wurde ebenfalls anerkannt, daß die Angeklagten nicht aus schlechter Gesinnung gehandelt hätten, daß kein Ausfluß bössartiger Gesinnung in Frage komme. Ein Geheimbund habe aber, das gelte als festgestellt, bestanden. Es sei aber einwandfrei nur erwiesen, daß Djerwen und Sutte Mitglieder dieser Verbindung waren, bei den anderen sei das zweifelhaft, weshalb diese von der Anklage aus § 128 freizusprechen seien.

Soziales.

Von der Wirksamkeit des Berliner Innungsschiedsgerichts.

Zu der gestern von uns wiedergegebenen Mitteilung über das Verfahren bei Aufnahme von Klagen für das Innungsschiedsgericht wird uns von einem Beteiligten mitgeteilt, ihm gegenüber habe der Schreiber der Innung erklärt, die gesetzliche Vertriebsfrist gelte für g r ö ß e r e Betriebe (mit mehr als 20 Personen) nicht. Natürlich ist auch diese Auskunft eine durchaus unzutreffende: Die gesetzliche (14tägige) Ründigungsfrist gilt für große wie für kleine Betriebe, falls sie nicht ausdrücklich ausgeschlossen ist. Die Jurisdikt legt weiter dar, ihm sei zwar kein Rückschub vor Aufnahme der Klage abberlangt, aber der die Klage protokollierende Herr habe durch den Hinweis, er möge die Gerichtskosten nur zum Termin mitbringen, auf die vermeintliche Kostlosigkeit der übrigen später gewonnenen Klage hingewiesen. Wir können unseren Rat nur wiederholen, solche Fälle den Organisationen zu unterbreiten, damit diese dann bei der Aufsichtsbehörde für Innungen, das ist in Berlin die Gewerbe-Deputation, auf Abstellung dringen. Daneben sieht den Betroffenen eine Beschwerde an das Innungsschiedsgericht eventuell wegen Rechtsverweigerung an das Landgericht frei.

Zur Haus- und Heimarbeitfrage.

In Lauscha hat, wie uns der Arbeiterbildungsverein mitteilt, der produktgenossenschaftliche Gedanke auch im meiningener Oberlande Wurzel gefaßt. In Lauscha beabsichtigen die Glasaugenmacher eine solche Genossenschaft zu gründen. In Steinach hat die Zählstelle des Glasarbeiterverbandes ein gemeinsames Verbandsgeschäft für Christbaumschmuck eingerichtet. Unsere Genossen im meiningener Oberlande hoffen alle entgegenstehenden Schwierigkeiten zu überwinden, um durch genossenschaftliche Produktion die elende wirtschaftliche Lage besser zu gestalten. Bei dieser Gelegenheit möge darauf aufmerksam gemacht werden, daß unsere Leser gut tun, bei dem Einkauf von Christbaumschmuck in erster Linie die genossenschaftliche Verbandstelle des Glasarbeiterverbandes, Filiale Steinach (Sachsen-Meiningen) zu benutzen.

Aus Industrie und Handel.

Kapitalverwässerung. Die Hoerder Hütte A.-G. will ihr Aktienkapital um 3 321 000 M. gleich 50 Proz. des jetzigen Bestandes erhöhen. Da man nicht finden kann, welchem Zwecke die Kapitalvermehrung dienen soll, neigt man der Ansicht zu, daß wie auch schon früher, die Kapitalerhöhung in der Hauptsache den Zweck habe, den Prozentsatz der Dividende herabzumindern — um so dem Reiche der Arbeiter zu entgegen! Die Gesellschaft verteilte in den letzten Jahren 40 bis 70 Proz. Dividende, die noch erzielt wurden, nachdem im Jahre 1892 das Kapital um 50 Proz. auf 4 426 125 M. und 1897 nochmals um 50 Proz., auf 6 640 125 M., erhöht worden war.

Die „reinen“ Zechen. Wie die „Frankf. Ztg.“ mitteilt, beantragen die reinen Zechen beim Vorstand des Kohleninhalts die Einberufung einer Zechenbestreiterversammlung. Diese soll über einen Antrag befinden, durch welchen verlangt wird, daß das Schlichtungs-Hüttengeheimnis bis zur Beendigung der anzukündigenden Vergleichsverhandlungen keinerlei Angebote in Kohlen, Stolz und Breitelts mehr macht. Falls die Ausgleichsverhandlungen scheitern, soll den Hüttengeheimnissen der Brennstoff nur noch mit einem Verkaufsaußschlag verkauft werden. Ferner soll die Einleitung einer Schadenersatzklage gegen die Gewerkschaft „Friedrich Kahbar“ wegen Verkaufs ihrer Zechen an die Deutsch-Luxemburgische Gesellschaft abhängig gemacht werden. Eine größere Anzahl reiner Zechen proklamierte dieses Vorgehen in einer Versammlung, zu der die Harpener Bergbau-Akt.-Ges. eingeladen hatte. Man will die Hüttengeheimnisse im Vergleichswege zu der Erklärung zwingen, daß sie für die Dauer des Syndikatsvertrages bei etwaigen weiteren Erwerbungen reiner Zechen für diese Hüttengeheimnisse Vorrechte nicht beanspruchen, auch nicht für neu anzukündigende Hüttenwerke, und daß sie ferner in eine Kostentragung des Selbstverbrauchs der Hütten willigen. Die gesamten Proteste der reinen Zechen, zu denen neuerdings derjenige der Gewerkschaft „Konstantin der Große“ getreten ist, sollen aufrecht erhalten werden, bis der Vergleich erledigt oder eine anderweitige rechtskräftige Entscheidung getroffen ist.

Rückgang des Maschinexportes. In den ersten zehn Monaten, für die Angaben schon vorliegen, wurden Maschinen ausgeführt: 1904 1 811 858 Doppelzentner, 1905 2 049 851 Doppelzentner, 1906 1 724 580 Doppelzentner. Auffallend ist die Tatsache, daß sogar gegenüber dem Jahre 1904 der Maschinexport im laufenden Jahre noch zurückblieb. Vergleicht man den Wert unseres diesjährigen Maschinexportes mit dem des Vorjahres, so erhält man das interessante Ergebnis, daß der Wert gegenüber dem Vorjahre weniger stark zurückgegangen ist als die Menge, daß also der Einheitswert der Ausfuhr in diesem Jahre größer gewesen sein muß als 1905. Der Abnahme des Wertes von 15 Proz. steht eine solche der Menge um 16 Proz. gegenüber.

Weltvorräte an Weizen. Die schätzbaren Weltbestände an Weizen betragen in 1000 Quartern:

	1904	1905	1906
am 1. Dezember			
nach Europa unterwegs und			
Dafestände	10 445	8 920	9 295
Bestände in den Vereinigten			
Staaten und Kanada . . .	8 015	8 550	9 750
Bestände in Argentinien . .	225	225	140
Zusammen	19 185	17 695	18 685

Die Gesamtbestände haben demnach gegen das Jahr 1904 eine Zunahme von 500 000 Quartern erfahren und gegen das Vorjahr ergibt sich sogar ein Plus von rund 1 1/2 Millionen Quartern.

Gurkow-Standard. Die „Russische Korrespondenz“ erhält das nachstehende Telegramm: Petersburg, den 7. Dezember. Die russische Gesellschaft gerät über den Fall Gurkow Wittwald in um so größere Erregung, da es kaum noch bezweifelt werden kann, daß das Geschworene gemantelt werden soll. Die mit der Angelegenheit beauftragte Kommission besteht aus Freunden Gurkows, zum Teil intimen Freunden wie Baron Gläse und Staatssekretärsgehilfen Newelshoff. Bezeichnend ist auch, daß Gouverneur von Kishin-Kowgorod Baron Fredericks, welcher diesen Sommer Gurkow Wittwald Konzeption zur Errichtung eines Spielhauses niederließ Art gab, gleichwohl die Strafe hat, öffentlich alle Beziehungen zu Wittwald abzuleugnen. Dabei gelangt an hiesige Blätter aus Paris die telegraphische Nachricht, daß eine Pariser Bank für Rechnung Wittwalds 40 000 Fr. an Fredericks überwiesen habe. Gleichwohl ist kaum zu bezweifeln, daß mit allen Mitteln eine Vertuschung der Angelegenheit herbeizuführen versucht werden wird.

Für das Weihnachtsfest

empfehlen wir unseren Lesern nachstehend aufgeführte Erzeugnisse der Literatur, die alle Ansprüche unserer Leser befriedigen dürften.
Den Lesern unseres Blattes bieten wir in diesem Jahre folgende Prämien:

Ferdinand Freiligraths :: Franz Grillparzers :: sämtliche Werke

in 9 Bänden.
Mit einer Einleitung von Schmidt-Weissenfels
ca. 1650 Seiten stark, in 3 eleganten Leinwandbänden gebunden
(Bisheriger Ladenpreis 5 M.)
3 Mark.

Neue, illustrierte Pracht-Ausgabe.
Herausgegeben von Rudolf von Gottschall.
Über 1000 Seiten stark, in 2 Bänden elegant gebunden
3 Mark.

Von unserer vorjährigen „Weihnachtsprämie“ haben wir noch einen kleinen Rest am Lager. Wir liefern:

Fritz Reuters sämtliche Werke

in einer neuen illustrierten Pracht-Ausgabe.
3 Bände, elegant in Halbheften gebunden, Groß-Oktavformat,
ca. 1200 Seiten, mit Illustrationen und ausführlichem hoch-
deutschem Wörterbuch.
Preis nur 3 Mark.

Diese Ausgaben zeichnen sich durch vornehmste Ausstattung, guten, klaren Druck aus.

Sonstige Klassiker-Ausgaben.

Bauernfeld 1 Band M. 2,—	Gauby 1 Band M. 1,50	H. v. Kleist 1 Band M. 1,75	Schiller 4 Bände M. 6,—
Börne 3 Bände 6,—	Goethe in 6 Bdn. M. 10,—	Körner 1 1,00	Shakespeare 4 6,—
Brentano 1 Band 2,—	Auswahl in 4 Bänden 6,—	Kurz, Derm. 3 Bände 6,—	Stifter, Werke 2 4,—
Brindmann 1 2,—	Grillparzer 1 Band 1,75	Lenau 1 Band 1,75	— Studien 2 3,—
Bürger 1 1,75	Hahn 1 2,—	Lessing in 2 Bänden M. 4,50; in 3 Bänden 5,—	— Steine und Erzählungen 1 Band 1,50
Byron 3 Bände 6,—	Hausf. 2 Bände 3,50	Ludwig 2 4,—	Tiedf. 1 2,—
Chamisso 1 Band 1,75	Hebbel 4 6,—	Novallis 1 Band 2,—	Uhland, Werke 1 1,75
Edermann 1 1,75	Heine 4 6,—	Reuter . 4 Bände M. 6,—; 1 4,—	— Gedichte und Dramen 1 1,—
Eichendorff 2 Bände 3,50	Hoffmann 4 8,—	Rückert 3 Bände 6,—	Wieland 1 1,75

Dieselben Klassikerausgaben in besserer Ausstattung und Halbfranz circa 50 Proz. teurer.

Ferner sind in 1 Band (Großoktav) geb. zu haben: Körner, Lenau a 2 M., Grillparzer, Hausf., Heine, Lessing, Märcke, Schiller a 3 M., Goethe, Hebbel, Reuter, Shakespeare, Uhland a 4 M.

Geschichte der französischen Revolution von 1848

und der zweiten Republik. Vollständig dargestellt von
L. G. Ritter anstatt 6,50 M. jetzt 5,— M.
Die deutsche Revolution von 1848 und 1849.
Geschichte der deutschen Revolutionsbewegung dieser Zeit. Dar-
gestellt von H. Blos anstatt 5,70 M. jetzt 5,— M.

Zu herabgesetzten Preisen liefern wir:

Der Mensch und seine Rassen von H. Langhavel
anstatt 5,50 M. jetzt 5,— M.
Die Geschichte der Erde von R. Sömmel
anstatt 5,50 M. jetzt 5,— M.
Die Pflanzenwelt von R. Sömmel
anstatt 5,50 M. jetzt 5,— M.

Gesundheitschutz

in Staat, Gemeinde und Familie. Herausgegeben unter
Mitwirkung von Ärzten und Sachgelehrten von Emanuel
Burm. 624 Seiten. Großoktav mit 10 Tafeln und 134 in den
Text gedruckten Abbildungen.
Preis nur 4 Mark.

Für unsere Kinder!

1793 von Victor Hugo.
Historischer Roman aus der französischen Revolution.
In elegantem Prachthand (statt M. 4,—) M. 2,—
Der Storch und andere Märchen für erwachsene Kinder
von R. Ewald M. 1,—
Hausgewählte Märchen von R. Ewald.
kartoniert M. 1,—; gebunden M. 1,50

Für unsere Kinder!

Die Doktorfamilie im hohen Norden. Ein Buch für die Jugend
von A. Gjeens-Selmer.
In reicher, hübscher Ausstattung gut modern gebunden M. 2,—
Von R. Knudsen in der „Neuen Welt“ gut rezensiert.
Lebensfreuden von Adolf Dognajnski. Deutsch von R. Sutram.
Mit Buchschmuck von Eug. Debraowa.
In gediegenem modernen Einbande statt M. 4,— jetzt nur M. 2,—
Professor Arnold Dodel schreibt anerkennend über Dognajnskis
„Lebensfreuden“.

Für unsere Kinder!

Das herrliche Gesammelte von Märchen, Fabeln und Erzählungen, in reichster Weise illustriert.
1. Das hübsche Entlein von Andersen (61 Illust.)
2. Der Froschprinz von Grimm (68 „)
3. Die Geschichte vom Rotkehlchen von
Speyer (64 „)
4. Karnidels Abenteuer von Remus (128 „)
5. Heineke Juchs (138 „)
6. Schätzig Fabeln Hesops (222 „)
a Band 60 Pfennig.
Je 2 Teile in 1 Band geb. a 1,20 M. — je 3 Teile in 1 Band geb. a 1,50 M.

Jugend-Bücherschatz

1. Das hübsche Entlein von Andersen (61 Illust.)
2. Der Froschprinz von Grimm (68 „)
3. Die Geschichte vom Rotkehlchen von
Speyer (64 „)
4. Karnidels Abenteuer von Remus (128 „)
5. Heineke Juchs (138 „)
6. Schätzig Fabeln Hesops (222 „)
a Band 60 Pfennig.
Je 2 Teile in 1 Band geb. a 1,20 M. — je 3 Teile in 1 Band geb. a 1,50 M.

Bilderbücher in besserer Ausstattung.

Struwwelpeters Geschichten —75 M.
Was ist das? Ein Anschauungs-Bilderbuch —70 „
Focuz-Focuz. Ein lustiges Verwandlungsbilderbuch —90 „
Märkel zum Sehen und zum Lernen —50 „
Kinderstube 1,25
Ein Besuch im Zoologischen Garten —75 M.
Die Wiesenworte. Bilder und Text von
G. Kreibitz. Solksausgabe 1,—
Mütterchen, erzähle 1,—
Lustiges Spiel 1,—
Ringel-Ringel-Reihe 1,—
Der getreue Eckart 1,—

Jugendchriften.

<p>Der schwarze Hahn. Robison Crusoe. a 1,— M. Coopers Lederstrumpf-Erzählungen 1. Der Bildhauer. 2. Der letzte Mohikaner. 3. Der Gladiateur. 4. Lederstrumpf. — Die Geatrix. Gullivers Reisen nach Broddingnag. H. Hauffs Diebstahl. Hebbels Schatzkästlein. a 1,50 M.</p>	<p>Coopers Lederstrumpf. Deutscher Balladen-Bern. Jugendfreund. a 2,— M. Mythologie der Griechen und Römer von Dr. D. Seemann. Geb. 2,— M., auf besserem Papier gedruckt und mit Goldschnitt 2,50 M.</p>	<p>Freiden der Menschheit. Lebens- beschreibungen weltgeschichtlicher Ver- sönlichkeiten Mit 145 Illustrationen. Geb. 2,50 M. Die harte Kuh von Flandern. Eine Erzählung aus der Zeit der Hanse. (Illustriert.) 3,— M. Deutsche Heldensagen von Gustav Schall (Illustriert.) 5,— M. Römische Heldensagen von Gustav Schall. (Illustriert.) 4,— M.</p>
--	--	---

Märchen, Sagen und Erzählungen

<p>Ehle Frauen M. —50 Dauß, Märchen —50 Besheim, Märchenbuch —50 Hebbel, Schatzkästlein —50 Deutsche Sagen —50 Märchen nach Gebr. Grimm —50 Perlen und Edelsteine —50 Hesops Fabeln —50 H. Chr. Andersen's Märchen 1,— Häufigste Märchen 1,—</p>	<p>Willy Plands Volksmärchen. Jedes mit 6 Bildern. Die Gänse- magd — Die sieben Raben — Häseln des bish. — Dornröschen Hänel und Gretel — Schnee- witzen. Gr. Quart, fest brosch. a 29,— 60</p>	<p>Die Schwalben, statt M. 2 1,20 2. Hebbels Märchenbuch mit 84 Holzschnitten 1,20 Rosen und Dornen, statt M. 2,— 1,20 Andersen, Märchen a M. 1,—, 1,50 2,—, 2,50 Besheim, Märchen a M. 1,—, 1,50 2,—, 2,50 ufm. Grimms Märchen a M. 1,—, 1,50 2,—, 2,50 ufm.</p>
--	--	---

In freien Stunden
von denen jetzt sieben
Bände erschienen
sind, über deren Inhalt
das Schriftverzeich-
nis Auskunft gibt !!
Pro Band:
in Halbfranz 4 M., in Leinen 5,50 M.

<p>Der Ball, Etwas Heiteres Bilder und Verse von Rich. Mahn M. —,60</p>	<p>Hofmanns Erzählungen Ruffmader und Wäntelböck. Das fremde Kind 2 Märchen M. 1,—</p>
<p>Steht auf, ihr kleinen Kinderlein Geschichte aus älterer und neuerer Zeit für Schule und Haus, aus- gewählt von Gustav Halle und Jakob Schwenberg M. 2,—</p>	<p>Der abenteuerliche Simplicissimus von G. J. G. Grunmaldsanfen für Schule und Haus, bearbeitet von G. Höller M. 2,—</p>
<p>Till Eulenspiegel Was er für seltsame Streiche be- trieben in seinen Tagen. Lustig zu lesen. Mit 80 Illustrationen von J. G. Romberg M. 2,50</p>	<p>Kiwitt! Ein Scherzbuch für Kinder von Willy Köpfe, mit Bildern von D. Gebhardt M. 3,—</p>
<p>Für unsere Kinder Weihnachtsbuch der Gleichheit. Herausgegeben von Klara Zeßlin. Hübsch kartoniert M. 1,—</p>	<p>Olfers, Eine Hasen- geschichte M. 1,50 auf Pappe, unzerbrechbar 2,—</p>
<p>Troll auf der Reise Eine lustige Hundegeschichte von Wilhelm Ebeling, mit Zeichnungen von Karl Wagner M. —,60</p>	

Die Waffen nieder!
von dem Roman Berta von Suttner
ist eine billige Volksausgabe erschienen. Der Preis beträgt 1,— Mark.
Ferner empfehlen wir:
**Aus dem literarischen Nachlaß von Marx, Engels,
Lassalle**
herausgegeben von F. Mehring. — 4 Bände gebunden anstatt 81 M., für 20 M.
Max Maurenbrecher

„Die Hohenzollern-Legende“
Kulturbilder aus der preussischen Geschichte vom 12. bis 20. Jahrhundert.
Wir empfehlen auch dieses bestens. Zwei Bände gebunden in Halbfranz 16 M., in Leinen 14 M.

„Wider die Pfaffenherrschaft“
Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts, von G. Reinecke (fortgeführt von H. Ströbel).
2 Bände, gebunden in Halbfranz 16 M., in Leinen 14 M.

Sonntage eines großstädtischen Arbeiters in der Natur.
Von Curt Groszewski. Mit einem Vorwort von Wilhelm Döhrle. Brochüret 60 Bl., elegant gebunden 1 M.
Wilhelm Döhrle schreibt in seinem Vorwort: „Ich glaube, daß es in der ganzen Literatur nicht
leicht wieder so schlichte Naturerzählungen gibt, mit so kleinbar aber reichhaltigen Mitteln, wie in diesem Buchlein.“

Außerdem führen wir Jugendchriften, Märchenbücher und Bilderbücher (auch auf Pappe und Leinwand gezogen) in reicher Auswahl und allen Preislagen.
Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.
Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsanstalt u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Zum Proportional-Wahlssystem.

Der von einzelnen Wahlkreisen des Kreises Teltow wiederholt eingebrachte und von der Generalversammlung stets mit großer Majorität abgelehnte Antrag auf Einführung des proportionalen Wahlrechtes zur Kreisvertretung lenkt die Aufmerksamkeit wiederum auf die Frage der Richtigkeit oder Zweckmäßigkeit jenes Wahlsystems innerhalb der eigenen Partei.

Von verschiedenen Seiten wird die Stellungnahme der Kreisgeneralversammlung zu dem von den drei größten Parteiorganisationen des Kreises: Rixdorf, Charlottenburg und Schöneberg gestellten Antrag auf Einführung proportionaler Vertretung als ungerecht angegriffen und als angeblich mit unseren eigenen Grundsätzen in Widerspruch stehend bezeichnet. Ich kann mich jedoch dieser Meinung nicht anschließen, sondern erachte die Entscheidung der Kreisversammlung vom rechtlichen wie vom demokratischen Standpunkt aus für vollkommen zutreffend. Die erwähnten großen Parteien verlangen einen größeren Einfluß als die übrigen Orte auf die Entscheidung aller der Kompetenz des Kreises unterstellten Fragen, und zwar:

1. weil sie die größte Anzahl organisierter Genossen besitzen;
2. demgemäß auch die meisten Mittel aufbrachten und
3. weil unser eigenes Programm das Proportionalwahlrecht fordert.

Beginnen wir mit der Untersuchung dieser Gründe. Es kann natürlich niemand bestreiten, daß die genannten drei Wahlvereine die größte Mitgliederzahl besitzen und auch die meisten Mittel aufbringen. Aber ich frage: Ist es vielleicht ein Verdienst der zufällig in Rixdorf, Charlottenburg und Schöneberg ansässigen Parteigenossen, daß die wirtschaftliche Entwicklung gerade in diesen Orten enorme Arbeitmassen — namentlich in Rixdorf — vereinigt? Oder können etwa die Genossen in Trebbin, Ractgraspieste oder Groß-Vichtersfelde dafür, daß dies in diesen Orten nicht der Fall ist? Selbstverständlich wird jeder vernünftige Mensch beides verneinen müssen. Oder werden an die Parteigenossen der kleineren Orte geringere Anforderungen in bezug auf Leistung von Parteiarbeit, an persönliche Opferwilligkeit gestellt, als an jene der größeren Orte? Durchaus nicht.

Auf Grund meiner langjährigen Parteitätigkeit kann ich die Tatsache konstatieren, daß die Werbung von Mitgliedern sowohl als auch die ganze Organisations- und Agitations-tätigkeit in den Orten mit ausgesprochener Arbeiterbevölkerung, zumal direkt bei Berlin, der politischen Zentrale, weit leichter sich gestaltet und natürlich auch erfolgreicher ist, als in den entfernteren kleineren Orten mit gemischter oder geringer Arbeiterbevölkerung. Es erscheint mir daher ungerechtfertigt, die Quantität als ausschlaggebend für die Zusammensetzung der Generalversammlung gelten zu lassen.

Es ist einmal das Wort von den „geborenen Sozialdemokraten“ gefallen. Der Jurist war natürlich nur ironisch gemeint, denn niemand wird glauben, daß ein solches Exemplar in Rixdorf oder auch anderwärts ausfindig gemacht werden könnte. Seinerzeit haben wir die mit einem gewissen berechtigten Stolz vorgetragene Kunde aus Rixdorf vernommen, wonach dort an einem einzigen Vereinsabend 1000 neue Mitglieder aufgenommen wurden. Wir freuen uns aufrichtig über diesen schönen Erfolg agitatorischer und organisatorischer Tätigkeit der dortigen Genossen.

Aber diese 1000 neuen Mitglieder, deren Übergangs-Zahl vorher noch politisch indifferent der Parteitätigkeit fern stand, haben unter dem Proportionalwahlrecht einen weit größeren Einfluß auf die Entscheidung in Parteifragen, als etwa 200 Genossen eines anderen Ortes, von denen der größte Teil eine lange Reihe von Jahren oder vielleicht ein Menschenalter hindurch auf der Schanze gestanden und unermüdet für die Partei gewirkt hat.

Man sieht also, mit welcher merkwürdigen Konsequenzen bei Einführung des Proportionalwahlsystems in den eigenen Reihen zu rechnen ist.

Die andere allerdings nur hin und wieder verschämt eingestreute Begründung, daß die Organisationen der großen Orte im Kreise bedeutende Mittel für die Partei aufbrächten, ist, soweit tatsächlicher Natur, ohne weiteres anzuerkennen. Aber die Schlussfolgerung, daß logischerweise daraus die Einführung des Proportionalwahlsystems sich ergeben müsse, erscheint mir nicht akzeptabel.

Im übrigen wird ihnen die Leistung bedeutender Beiträge nicht allzu sauer.

Nicht nur, daß schon die Mitgliederbeiträge dieser starken Organisationen eine weit über die örtlichen Bedürfnisse hinaus reichende Summe ergeben, so stehen den Genossen großer Orte noch anderweitige Mittel und Wege offen, ihre Finanzkraft zu stärken, die in kleineren Orten so gut wie ausgeschlossen sind. Es sei u. a. nur darauf hingewiesen, daß ein einziges Sommer- oder Wintervergnügen in Berlin oder den großen Vororten mehr Ueberschuß abwirft, als die ganze Parteiorganisation eines kleinen Ortes bei aller persönlichen Opferwilligkeit ihrer Mitglieder in zehn Jahren aufzubringen vermag!

Also auch die finanzielle Mehrleistung auf der einen Seite ist kein stichhaltiger Grund, das Recht der Mitentscheidung der schwächeren Orte zu mindern.

Zum Schluß sei noch der letzte, aber meiner Auffassung nach wesentlichste Grund für das Proportionalwahlrecht im eigenen Hause einer gebührenden Beleuchtung unterzogen.

Der betreffende Passus unseres Programms, anschließend an die prinzipielle Erklärung, lautet:

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportionalwahlsystem, und bis zu dessen Einführung geschlechts- und Altersunterschiede der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.

Es gehört eine überaus üppige Phantasie dazu, um diese auf die Vertretung in den parlamentarischen Körperschaften des bürgerlichen Staates bezügliche Forderung des Proportionalwahlsystems ohne weiteres auch für die eigene Partei als notwendig, zweckmäßig und bindend hinzustellen.

Wäre dies zutreffend, dann müßten wir ja auch konsequenterweise alle übrigen Forderungen ebenfalls erfüllen und z. B. bei der Wahl von Delegierten oder bei „Abstimmungen“ nur „alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen“ teilnehmen lassen!

Die Bezugnahme auf unser Programm ist daher in diesem Falle verfehlt.

Die Forderung des Proportionalwahlsystems bei Reichstags-, Landtags-, Kommunal- und sonstigen Wahlen für öffentlich-rechtliche Körperschaften, auf die alle politischen Parteien möglichenfalls Einfluß zu erlangen suchen, ist selbstverständlich — obwohl es auch hier eine gewisse Grenze gibt — durchaus berechtigt.

Aber in einer in sich geschlossenen Partei mit einem von allen ihren Mitgliedern erstrebten gemeinsamen politischen Ziel, den Einfluß auf die Verwirklichung desselben einzelnen Ortsvereinen nach deren zufälliger Größe oder finanziellen Leistungen zugumessen, das erscheint weder nötig, noch nützlich, noch demokratisch.

Weder Kreiswahlverein noch Generalversammlung sind parlamentarische Körperschaften; vielmehr der Form, aber nicht dem Wesen nach.

Beide sind Organe der Partei, dazu bestimmt, innerhalb ihres Rahmens alle im Interesse derselben nötigen organisatorischen und agitatorischen Maßnahmen zu erörtern, zu beschließen und zur Ausführung zu bringen.

Und gerade vom demokratischen Standpunkt aus muß verlangt werden, daß allen dem Kreiswahlverein angehörenden Orten auf der Generalversammlung der gleiche Einfluß durch dieselbe Zahl Delegierter eingeräumt wird.

Die bisherige gleichmäßige Vertretung hat durchaus keinen Anlaß zu Änderungen gegeben; von einer Majorisierung der großen Orte kann keine Rede sein, und eine solche ist auch bisher nicht zu verzeichnen gewesen. Die Delegierten werden sich stets bewußt sein, daß sie Anträge zu beraten und zu entscheiden haben lediglich unter Berücksichtigung ihrer Richtigkeit für die Partei und nicht unter dem Gesichtswinkel von wem sie kommen.

Seinerzeit veröffentlichte der „Vorwärts“ eine Zuschrift aus Rixdorf, in welcher der Nachweis versucht wurde, daß auch nach Einführung des Proportionalwahlsystems die kleinen Orte die Majorität hätten. Ja wozu denn dann diese Anträge zur Einführung dieses Wahlsystems?

Ich will jene rechnerische Aufmachung vorläufig nicht bestreiten; sie mag theoretisch ebenso richtig sein wie die Behauptung, daß auch Sozialdemokraten praxische Landtagsabgeordnete werden können — wenn sie nämlich gewählt werden!

Im übrigen lände ich weder einen Abstimmungssturm der vielen kleinen, noch einen solchen der paar großen Orte schmackhaft. Wie denken sich ferner die Antragsteller in der Zukunft die Zusammensetzung der Vorstandskörperschaften?

Auch gibt es Wahlvereine, die in Bezirke eingeteilt sind. Demnach müßte auch hier die Proportion reinigend eingreifen, damit nicht die zehn Genossen des einen Bezirks sich ebensoviel Rechte anmaßen, wie etwa 50 oder 100 eines anderen.

Es eröffnen sich also dem Drang nach peinlicher Gerechtigkeit noch die weitesten Perspektiven.

Auch die finanziellen Gründe gegen die Einführung des Proportionalwahlsystems sind erwägenswert. Die sich bedeutend vergrößernde Anzahl der Delegierten würde den Kreisfiskus erheblich belasten.

Und ob eine Generalversammlung von 150 Mitgliedern qualitativ und quantitativ besseres leisten würde, als eine solche von 70, möchte ich nicht unbedingt behaupten.

Aus allen diesen Gründen bin ich der Ueberzeugung, daß die Anträge auf Einführung des Proportionalwahlsystems von der Generalversammlung mit Recht abgelehnt worden sind und auch künftig abzulehnen sein werden, selbst auf die Gefahr hin, daß über die kleinen Wahlvereine die in Aussicht genommenen Strafverträge über „Demokratie“ verhängt werden sollten.

Vorläufig hat ja der Zentralvorstand in weiser Vorsicht in letzterer Beziehung sich ablehnend verhalten.

R. Wenzel, Groß-Vichtersfelde.

Der Artikel ist durch die Unterschrift des Verfassers als die Auslassung eines einzelnen Genossen gekennzeichnet, für die er allein vor der Öffentlichkeit der Partei die Verantwortung trägt. Die Redaktion legt indes Wert darauf, darüber hinaus festzustellen, daß sie die in diesem Artikel vertretene Anschauung nicht teilt, sondern auf dem Standpunkt steht, den der Genosse Wenzel bekämpft. Die Prüfung der Argumente des Artikels konnte sie darin nur bestärken. Denn diese Argumente sind schwach.

Es ist natürlich kein Verdienst der größeren Orte, daß ihnen die Menschenmassen zufließen, kein besonderes Verdienst für die Parteimitgliedschaften solcher Orte, daß sie mehr Mitglieder haben als die Organisationen anderer Orte. Aber um Verdienst handelt es sich hier nicht. Die größeren Orte verlangen ja nicht, daß man ihnen die größere Vertretung, die das Proportionalwahlsystem ihnen gewährt, als Belohnung für besonderen Verdienst gebe, sondern sie fordern sie, weil sie jetzt nicht gleichen Rechte in der Partei sind wie die kleineren Mitgliedschaften. Sie stellen die Forderung, damit innerhalb der Parteiorganisation die Demokratie verwirklicht werde, damit bei den Entscheidungen über die Angelegenheiten der Partei wirklich die Mehrheit entscheidet, wie es das Prinzip der Demokratie gebietet. Der größte Teil dessen, was Genosse Wenzel gegen das Proportionalwahlsystem in der Parteiorganisation anführt, ist damit gerichtet. Wer das Mehrheitsprinzip anerkennt, muß auch die Konsequenzen dieses Prinzips tragen. Selbstverständlich dürfen die großen Mitgliedschaften die kleinen nicht von der Vertretung in den Parteinstanzen verdrängen; aber das geschieht ja auch unter dem Proportionalwahlsystem nicht, das die Minderheiten ausdrücklich schützt.

Sonderbar berühren muß das Argument, daß unter dem Proportionalwahlsystem unter Umständen 1000 Parteirekruten in Rixdorf mehr Einfluß auf die Parteifrage haben können, als 200 Parteiveteranen eines anderen Ortes! Können die Rixdorfer Genossen nicht mit demselben Rechte sagen, daß beim jetzigen System unter Umständen 100 Parteirekruten jenes anderen Ortes mehr Gewicht bei den Entscheidungen über Parteifragen haben können, als 1000 Parteiveteranen in Rixdorf?

Da Genosse Wenzel selbst zugibt, daß die Begründung der Proporzforderung mit der größeren finanziellen Leistungsfähigkeit der größeren Parteiorde nur „hin und wieder verschämt“ eingestreut werde, da also wieder die fordernden Organisationen noch wir für sie verantwortlich sind, so brauchen wir uns nicht weiter mit ihr zu befassen.

Dagegen ist die Begründung der Proporzforderung mit dem entsprechenden Passus des Parteiprogramms nicht so unberechtigt, wie Genosse Wenzel glauben machen will. Ob die Kreisorganisationen usw. parlamentarische Körperschaften sind oder nicht, daß sie nur von Mitgliedern einer in sich geschlossenen Partei mit einem von allen ihren Mitgliedern erstrebten gemeinsamen politischen Ziel zusammengesetzt werden, das spielt gar keine Rolle. Auch in einer Partei gibt es Meinungsverschiedenheiten, die selbstverständlich nicht so tiefgehend, nicht grundsätzlicher Art sind, wie die zwischen verschiedenen Parteien, die aber ausgetragen und entschieden werden können nur in analoger Weise, wie die Meinungsverschiedenheiten zwischen verschiedenen Parteien, nämlich durch Meinungsaustausch und schließlich durch Mehrheitsbeschluss.

Genosse Wenzel beruft sich gar auf den demokratischen Standpunkt. Wie weit seine Anschauung davon entfernt ist, ergibt sich aus dem Umstande, daß seine Argumente gegen die großen Parteimitgliedschaften, die ihre Größe keinem besonderen Verdienst verdanken, ziemlich genau den Deklamationen gleichen, womit die Konservativen die Forderung auf Gleichheit der Wahlkreise bekämpfen. Die Redaktion.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung!!

Am Sonntag, den 9. d. M., früh 8 Uhr, findet von den bekannten Lokalen aus die Verbreitung des Flugblattes statt, welches der Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften zur Einleitung einer gesetzgeberischen Aktion für Einschränkung der Heimindustrie erlassen.

Wir hoffen, daß jeder Genosse zur Stelle sein wird.

Ebenso ist für den Besuch der am Dienstag, den 11. in dieser Frage stattfindenden Versammlungen zu agitieren, damit eine eindrucksvolle Demonstration erzielt wird. Der Aktions-Ausschuß.

Zur Lokalliste! Im sechsten Kreise steht uns das Lokal „Bier-Sprudel“ (Zuhaber St. Krüger), Gaudystr. 10, zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Dritter Wahlkreis. Die Genossen, welche zur Flugblattverbreitung am Sonntag noch keinem bestimmten Bezirke zugeteilt sind, werden ersucht, sich in folgenden Lokalen einzufinden: Schieber, Admiralstr. 21. Krüger, Rammstr. 51. Glume, Alte Jakobstr. 119. Pichmann, Brandenburgstr. 49. Stramm, Ritterstraße 128. Augustin, Oranienstr. 103. Schneider, Sebastianstr. 7. Rohlfisch, Michaelstr. 19. Viererstein, Adalbertstr. 59. Radtke, Neue Jakobstr. 1.

Pflicht eines jeden Genossen ist es, an der Flugblattverbreitung teilzunehmen. Der Vorstand.

Rixdorf. Morgen Sonntag, vormittags 8 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung statt. Pflicht jedes Parteigenossen ist es, sich an derselben zu beteiligen; es darf nicht vorkommen, daß in einigen Bezirken nur fünf oder sechs Genossen erscheinen. Die Verbreitung findet von den bekannten Lokalen aus statt. Der Vorstand.

Lichtenberg. Sonntag, den 9. Dezember, morgens 8 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung für die am Dienstag, den 11. Dezember, angelegte Vollversammlung statt. Wir erwarten von den Mitgliedern des Wahlvereins, daß sie sich Mann für Mann an dieser Arbeit beteiligen. Der Vorstand.

Treptow-Baumhulsenweg. Am Sonntag früh 8 Uhr findet von den Bezirkslokalen aus Flugblattverbreitung statt. Zahlreiches Erscheinen der Genossen ist erwünscht. Der Vorstand.

Weißensee. Die Flugblattverbreitung findet am Sonntag von folgenden Lokalen aus statt: I. Abteilung: Helmke, Brauhausstr. 5/6; II. Abteilung: Jöbner, Köllnstr. 130; III. Abteilung: Schmutz, König-Graffstr. 88; IV. Abteilung: Sorrer, Straßburgstr. 66; V. Abteilung: D. Schmidt, Sedanstr. 46. Die Parteigenossen sowie die Mitglieder der Gewerkschaften werden aufgefordert, sich vormittags 8 Uhr in den oben angeführten Lokalen einzufinden.

Pankow. Die Flugblattverbreitung findet morgen früh 7 1/2 Uhr von sämtlichen Bezirkslokalen aus statt.

Nieder-Schönhagen. Am Sonntag früh 8 Uhr findet vom Restaurant Döder, Eichenstr. 70, eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Königs-Wuhrenhagen. Am Sonntag, den 9. Dezember, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokal Herrm. Müller, Neue Wähe, eine Versammlung statt. Genosse Max Kiesel referiert über das Thema: „Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine“. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Einberufer.

Berliner Nachrichten.

Berlin Würde

Soll die heutige Art der Fürstenempfangs nicht entsprechen, deshalb sei eine Reform auf diesem Gebiete angestrebt. Die sozialfortschrittliche Gruppe der Stadtverordnetenversammlung hat den Antrag eingebracht, in gemischter Deputation mit dem Magistrat darüber zu beraten, wie der Empfang fremder Staatsoberhäupter in einer der Würde der Stadt entsprechenden Weise zu gestalten sei.

Es gibt Leute, die diese Reform der Fürstenempfangs sich in der Weise vorstellen, daß die Begrüßung eines fremden Staatsoberhauptes im eigenen Heim, im Rathaus zu erfolgen habe und nicht am Brandenburger Tor. Wir gehören natürlich nicht zu diesen Leuten. Unserer Meinung nach hat die Stadt mit dem Empfang fremder Staatsoberhäupter überhaupt nichts zu tun. Bisher galt der Besuch auswärtiger Potentaten immer nur dem Kaiser und wir können nicht einsehen, was kaiserlicher Besuch die Stadt angeht. Die freistimmigen Herren im Rathaus gingen aber nicht nur zur Begrüßung nach dem Brandenburger Tor, sondern bewilligten obendrein noch das Geld der Steuerzahler — in 10 Jahren 4 1/2 Millionen — zur Ausschmückung von Feststrahlen und dergleichen. Wenn heute eine Reform angestrebt werden soll, so muß in erster Linie verlangt werden, daß fernerhin keine städtischen Mittel für derartige Festivitäten hergegeben werden. Ob die freistimmigen Stadtväter dann noch nach dem Brandenburger Tor pilgern oder ob sie im Rathaus fürstlichen Besuchern ihre Reverenz erweisen, soll uns ziemlich gleichgültig sein. Wir glauben nicht einmal, daß sie dem Brandenburger Tor fernbleiben. Ein kaiserlicher Wunsch ist ihnen Befehl!

Wogegen auch noch Protest eingelegt werden muß, ist die Verwendung von Berliner Schulkindern als Staffage. Die Würde der Stadt würde nicht leiden, sondern eher erhöht werden, wenn in Zukunft die Schulkinder nicht mehr wie bisher bei Fürsteneinzügen stundenlang unter den Linden aufgestellt werden würden. Aber nach dieser Richtung hin ein energisches Wort zu reden, unterlassen die freistimmigen Mannesherren; es könnte vielleicht „oben“ übel vermerkt werden. Sie betrachten es mit der Würde Berlins für vereinbar, wenn sie als Mitglieder städtischer Verwaltungen — speziell der Schuldeputation — durch die Presse oder durch die Polizei erfahren, daß man ihrer gar nicht denkt und über die Köpfe der Schuldeputation hinweg Paradeserien, Einzugsferien und dergleichen anordnet. Nach dieser Richtung hin ist Berlins Würde immer nur von den Sozialdemokraten gewahrt worden.

Eine Trinkvorrichtung, die hygienisch völlig einwandfrei ist, wurde in einer gemeinsamen Sitzung des Berliner Vereins für Schulgesundheitspflege und der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege vom Sanitätsrat Dr. Wenda besprochen und empfohlen. Wenda hat durch Dr. Sommerfeld, den Leiter des Laboratoriums des städtischen Friedrichs-Kinderkrankenhauses, in Experimenten feststellen lassen, daß Typhusbazillen und andere Krankheitserreger, die auf Trinkgläser übertragen worden waren, selbst durch zweimaliges Spülen nicht beseitigt wurden. Hiermit ist bewiesen, daß die Benutzung gemeinsamer Trinkgefäße, wie sie in Schulen, Fabriken, Kasernen usw. üblich ist, über große Gefahren hat. Wenn man nun nicht für jede Person ein besonderes Trinkgefäß bereit halten will, was selbst bei Benutzung von Papierbechern ziemlich teuer würde, so muß man nach einem anderen Ausweg suchen. Wenda schlägt vor, überhaupt auf Trinkgefäße zu verzichten. Man solle sprudelndes Wasser — mit dem Munde auffangen. Ein Brunnen, der diese Art des Trinkens ermöglicht, wurde vor zehn Jahren in Padua errichtet, und seitdem sind auch anderwärts in Italien solche Brunnen in Aufnahme gekommen. Eine Schule in Wien ist dem Beispiel gefolgt, und auch in Berlin hat bereits eine Schule (das Luisenparkgymnasium) von einem Privatmann einen solchen Brunnen

geschenkt erhalten. Nach W's Vorschlag wären besondere Brunnen nicht nötig. Auf den Korridoren könnten an den Wänden Röhren angebracht werden, die das Wasser in einem aufsteigenden Strahl herausprudeln. Der Trinkende fängt den Strahl mit dem Munde auf; was nicht aufgefangen wird, rinnt in ein Becken. Diese Vorrichtung wäre auch auf Bahnhöfen möglich und mindestens für den Sommer auch an den Straßenbrunnen. W. gab zu, daß man hiermit eigentlich von dem jetzigen Kulturzustand wieder auf den früheren „Urzustand“ herabsteige. Aber dieser Urzustand sei eben hygienischer, und darum solle man ihn vorziehen. Mebrigens werde der Trinkende so auch zu langsame Trinken genötigt, und schließlich könne durch die Schaffung solcher hygienisch einwandfreien Gelegenheiten, Wasser zu trinken, auch dem Alkoholgenuß entgegengearbeitet werden.

Für Dienstmädchen soll so manches gut genug sein, was die „Herrschaft“ naserümpfend zurückweist. Dienstmädchen müssen oft mit der miserabelsten Schlafgelegenheit vorlieb nehmen, die die „gnädige Frau“ dem Schooßhund nicht anweisen würde, weil ihr „gutes Herz“ ihr das verbietet. Dienstmädchen müssen nicht selten auch an der dürftigsten Kost sich genügen lassen, an Resten, die auf dem Tisch der „Herrschaft“ übrig bleiben, wie der Ruß und die Laune es fügen. Für Dienstmädchen soll das, wie gesagt, noch kamer gut genug sein und andrerlei. Bei solchen Anschauungen versteht es sich von selber, daß auch die nicht pflichtgemäßen Leistungen, die die „Herrschaft“ einem Dienstmädchen gewährt, ihm nach einem besonderen Dienstmädchen-Maglob zugerechnet werden. Das gilt z. B. vom Weihnachtsgeschenk. Es ist ja eigentlich nur ein Teil des Lohnes, aber die „Herrschaft“ sieht doch gern, wenn das Dienstmädchen sein Weihnachtsgeschenk als eine „Ergänzung“ hinnimmt. Die Frage, was man schenken soll, die jetzt in den Wochen vor Weihnachten diesen schweren Kopfzerbrechen verursacht, wird bei dem Weihnachtsgeschenk für das Dienstmädchen von mancher „Herrschaft“ doppelt vorzüglich erwogen. So ein Dienstmädchenpräsent soll ja möglichst wenig kosten — wie alles, was einem Dienstmädchen gewährt wird. Aber es soll doch nach Möglichkeit viel ausfallen, damit wenigstens zu Weihnachten das Mädchen nicht der „Herrschaft“ durch Unzufriedenheit Ärger bereite. Da haben nun die Geschäftleute, die allemal dem Bedürfnis geschickt entgegenzukommen wissen, einen sehr hübschen Ausweg gefunden. Neben den kostspieligen Waren, die den Weihnachtstisch der „Herrschaft“ zu zieren bestimmt sind, werden Präsente von geringerem Wert zu billigen Preisen feilgeboten, durch die das Dienstmädchen „glücklich gemacht“ werden soll. Es gibt Geschäfte, die sogar ihren Inseraten einen entsprechenden Zusatz anfügen, um die „Gnädigen“ auf die „praktischen“ Geschenke für Dienstmädchen aufmerksam zu machen. Ein Mädchen überreicht und eine Nummer der „Boschischen Zeitung“, in der sich ein Inserat dieser Art findet, und macht dazu die nicht unzutreffende Bemerkung, daß solche „praktischen“ Dienstmädchenpräsente oft mit dazu beitragen, die Lust zum Dienen noch weiter zu vermindern. Die „Gnädigen“ vermögen allerdings nicht zu begreifen, warum das „praktische“ Weihnachtsgeschenk, das „doch sehr schön ist“, die „unbedeuten Person“ nicht befriedigt.

Englisch und Französisch für Volksschüler. Die Deputation der städtischen Fach- und Fortbildungsschulen sprach sich in ihrer letzten Sitzung dafür aus, in Zukunft den Gemeindefachlehrern und -Schülerinnen der ersten Klassen den Besuch der englischen und französischen Kurse in den Vorkursbildungsschulen zu ermöglichen. — Ferner wurde von der Schuldeputation empfohlen, diejenigen Gemeindefachlehrerinnen zu beurlauben, die sich an den Ausbildungskursen für Fortbildungsschullehrerinnen in der Viktoria-Fortbildungsschule beteiligen wollen.

Das Schiller-Theater N. ist vom 1. Januar ab von Martha Ridel, dem Direktor des Lustspielhauses, gepachtet. Mit einem Teile des Personals will Ridel die früheren „Schlager“ des Lustspielhauses zu den „Schiller-Theater-Preisen“ aufführen. Für das Schiller-Theater scheint das unserer Ansicht nach kein Fortschritt zu sein.

Sängerbesuch hat Berlin bekommen. Der Wiener Männergesangsverein ist in einer Stärke von 200 Sängern hierher gekommen, und da er die Gunst des Kaisers genießt und am Sonntag im Schloß vor dem Kaiser singen soll, ist er auch am Bahnhof mit großen Ehren empfangen worden. Auch unser Stadtoberhaupt soll noch aufgebieten werden, die Sänger besonders zu begrüßen. Arbeitergesangsvereine, von denen besonders die größeren und leistungsfähigen sich mit vielen bürgerlichen bezüglich ihrer Leistungen messen können, genießen solche Gunst natürlich nicht; das ist ihnen auch gleichgültig. Sie haben vollen Erfolg und Genußnutzung in der Erkenntnis, ihre Bestrebungen von der Arbeiterschaft gewürdigt zu sehen und ihr Teil zur Pflege eines guten Volksliedes beizutragen.

Der Kohlenlagerbrand in der Gasanstalt an der Fennstraße ist gelöscht und die Gefahr beseitigt; es sollen auch Vorkehrungen getroffen sein, daß die lagernden Kohlen sich nicht wieder selbst entzündeten.

Wenn über Gerüststürze berichtet werden muß, wird in diesen Fällen die Gerüstfirma Altmann genannt, die Gerüste stellt. Erst bei dem am Montag in Dahlem erfolgten Gerüststurz handelte es sich um ein Gerüst der Firma Altmann. Daß diese Firma so oft genannt wird, liegt zum Teil daran, daß sie einen umfangreichen Betrieb hat, nicht zum wenigsten aber wird die Schuld an dem wiederholten Einstürzen der Altmannschen Gerüste auf die in diesem Geschäft herrschenden Arbeitsmethoden zurückgeführt. Aus den Kreisen der Leitergerüstbauer schreibt man uns, daß die Firma Altmann bei Vergütung von Arbeiten die übrigen Firmen unterbiete, und daß diese Unterbietung das Bestreben geizig, möglichst billige Arbeitskräfte zu bekommen. Da aber die organisierten Leitergerüstbauer diesem Streben hinderlich in dem Wege stehen, arbeitet diese Firma mit unorganisierten Leuten, die ein billiges und williges Ausnahmestück dazustellen. Bei der langen Arbeitszeit, die verlangt wird, ist öfter beobachtet worden, daß die Arbeiter der Firma noch abends im Dunkeln Rüstungen stellten und es ist überflüssig, daß in der Dunkelheit der Arbeiter die Arbeit nicht so übersehen kann. Organisierte Arbeiter, die sich hierzu nicht hergeben, sind Herrn Altmann ein Veruel, er erklärt ihnen kurz und bündig, sie müßten sich vom Engländer Arbeit holen. Natürlich kann er sich dann erlauben, den von den Arbeitern aufgestellten Tarif nicht einzuhalten und die Leute bis in die Nacht hinein arbeiten zu lassen. Beispielsweise ist vor einiger Zeit in der Gausstraße abends 9 Uhr ein Arbeiter vom Gerüst gefallen, obwohl der Tarif den Feierabend auf 6 Uhr abends festsetzt. Wie die baugewerblichen Arbeiter die Ausübung der Baukontrolle durch sachverständige Arbeiter verlangen, erheben auch die Leitergerüstbauer die Forderung, daß bei Abnahme von Baugerüsten den Aufsichtsbehörden praktisch ausgebildete Gerüstbauer zur Seite gestellt werden müssen.

Der Kundenschuß bei den Ringbrauereien soll vom 1. April nächsten Jahres ab wieder aufgehoben werden. Bekanntlich hatten die Ringbrauereien beschlossen, bei Einführung der mit derollerhöhung begründeten Biersteuer Kundenschuß einzuführen, um sich vor Konkurrenzbestrebungen zu schützen. Die der Vereinigung angehörenden Brauereien hatten sich verpflichtet, keinen Gastwirt Bier zu liefern, welcher bisher Kunde einer anderen dem Ringe angehörenden Brauerei gewesen ist. Hierdurch wurde der Gastwirt gezwungen, das Bier ständig von einer Brauerei zu beziehen und konnte, selbst wenn die Gäste es forderten, kein anderes Ringbier zur Einführung bringen. Dies hat die Veranlassung gegeben, daß verschiedene Besitzer größerer Lokale die Verbindung mit ihrer bisherigen Lieferanten brachen und nur Bier von ringfreien Brauereien bezogen, die dadurch natürlich ein bedeutend vergrößertes Absatzgebiet erlangten. Der Verband der Brauereien ist wohl zu der Erkenntnis gekommen, daß dieser Kundenschuß ein zweischneidiges Schwert sei und hat beschlossen, die im Oktober in Kraft getretene Bestimmung nur ein halbes Jahr aufrecht zu erhalten und am 1. April 1907 wieder aufzuheben.

Aufforderungen zur Selbsteinschätzung sind diesmal einer ungewöhnlich großen Zahl Steuerpflichtiger zugegangen, die bisher weniger als 3000 Mark versteuerten. Die Aufgeforderten sind verpflichtet, die Einschätzung innerhalb einer bestimmten Frist auch dann zu bewirken, wenn sie tatsächlich ein geringeres zur Selbsteinschätzung nicht verpflichtendes Einkommen haben. Die Nicht-einhaltung des Termins kann die Folge nach sich ziehen, daß der Aufgeforderte zu einem höheren Einkommen veranlagt wird, ohne daß ihm hiergegen ein Berufungsrecht zusteht; außerdem hat er auch eine Geldstrafe zu gewärtigen.

Durch Absturz von fahrenden Straßenbahnwagen sind am Donnerstag zwei Personen zu Schaden gekommen. Der Feuerwehrmann Richard Destrach, Gustav Müller-Strasse 42 wohnhaft, benutzte einen Wagen der Sächlichen Berliner Vorortbahn, Linie I, und stand auf der Vorderplattform des Wagens. An der Ecke der Kapbach- und Monumentenstraße stürzte Destrach vom Wagen herab, und zwar so unglücklich, daß er eine schwere Gehirnerschütterung erlitt. Er mußte nach dem Krankenhaus Am Urban übergeführt werden. — Beim Abpringen von einem in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen fiel die Witwe Rosalie Antowial, Friedrichselderstr. 36 wohnhaft, vor dem Hause Leipzigerstr. 77 und blieb bestunntungslos neben dem Wagen liegen. Die A., die eine schwere Gehirnerschütterung erlitten hatte, wurde nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht.

In eine Exzentertafel geriet die in der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft beschäftigte 19jährige Arbeiterin Jantus. Sie verlor die linke Hand, die ihr im Lazaruskrankenhaus, wofin sie gebracht wurde, der linke Zeigefinger amputiert werden mußte.

Eine Wohnung vollständig ausgedürrt hat vorgestern eine Einbrecherbande in dem Hause Alexanderstr. 51. In der dritten Etage befindet sich die Wohnung der Marktballenverkäuferin G., und während des Tages hält sich Frau G. auf ihrem Stand in der Halle auf. Eine Einbrecherbande hatte dies „ausbalduert“ und drang gestern am hellen Tage in die unbeaufsichtigt stehende Wohnung ein. Die Täter räumten die Zimmer vollständig aus und nicht den kleinsten Gegenstand ließen die dreifachen Burschen zurück. Als Frau G. abends heimkehrte, konnte sie sich nicht einmal zu Bett legen, ja nicht einmal einen Stuhl fand sie in ihrer Wohnung vor, auf dem sie sich hätte niederlassen können. Hausbewohner hatten dem Kusträumen ruhig mit zugeesehen, da sie annahmen, daß dies im Auftrage der Wohnungsinhaberin geschehe. Auf einem großen Wagen hatten die Einbrecher ihre Beute fortgeschafft.

Von einer Dampfspritze überfahren und getötet. Der 10 Jahre alte Sohn Willi des Kleiderers Otto aus der Puchholzerstr. 4, der bei seiner Tante Frau Bleed in der Puchenerstr. 100 wohnt, kam Donnerstag abend kurz vor 7 Uhr von Panitzsch her, um durch die Schönhauser Allee nach Hause zu gehen. In der Ecke der Koppenhagenstraße wollte er zwischen dem Mannschaftswagen und der Dampfspritze eines Feuerwehrezuges hindurchlaufen, der in der Koppenhagenstr. 78 einen unbedeutenden Brand gelöscht hatte und sich auf dem Rückwege nach der Wache befand. Hierbei stieß ihn das rechte Handrad der Dampfspritze um, die Räder des schweren Fahrzeuges gingen über den Knaben hinweg. Ein Feuerwehrmann brachte den Verunglückten nach der Infirmerie in der Schönhauser Allee. Hier konnte aber der Arzt nur noch den Tod feststellen. Die Tante wartete unterdessen vergeblich auf die Heimkehr ihres Neffen. Erst um zehn Uhr hörte sie, daß ein Knabe überfahren worden sei. Durch sie wurde dann die Person des Getöteten festgestellt.

Im Luisen-Theater ging am Freitag Grillparzer's Trauerspiel: „Des Meeres und der Liebe Wellen“ bei guter Besetzung in Szene. Frau Rindt-Borensz vom Königl. Schauspielhaus gastierte als Peter und Wilhelm Ruff machte seiner Rolle als Oberpriester alle Ehre.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht hatte der 15. Zug in der Mathenowstr. 75 einen Kellerbrand zu löschen. Das Zwischengebälk u. a. brannte dort. Drei kleine Wohnungsabende beschäftigten die Feuerwehr in der Schönbergerstr. 17a, Koppenhagenstr. 78 und Gr. Frankfurterstr. 86. Ferner hatte die Wehr in der Badstr. 89 und in der Komintenerstr. 42 zu tun, wo Gardinen u. a. brannten.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Ueber die Besuchsziffern der Schöneberger Volksschulen im Oktober dieses Jahres hat der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung die übliche Zusammenstellung zugehen lassen, aus der ersichtlich ist, daß gegenüber der Aufstellung im April dieses Jahres eine bedeutende Verschlechterung eingetreten ist. Die Anzahl der Volksschulen hat seit der letzten Zusammenstellung keine Vermehrung erfahren. Es sind 14 Schulen mit 262 Klassen vorhanden, in welchen 12 803 Kinder unterrichtet werden. Mit eingerechnet sind dabei 6 Hilfsklassen mit 151 Kindern. Nach Abzug dieser Hilfsklassen stellt sich die Durchschnittsbesetzung der Klasse auf 47,4, während sie im April dieses Jahres 46,7 betrug. Statt der geforderten Verminderung der Schülerzahl in den einzelnen Klassen ist also eine Vermehrung eingetreten. Auch die Neueinrichtung von 8 fliegenden Klassen hat diesem Uebelstande nicht abhelfen können. Ingesamt sind zurzeit 14 fliegende Klassen vorhanden. Die Frauenganz der oberen Klassen ist ungefähr die gleiche geblieben; die Steigerung ist hauptsächlich in den mittleren und unteren Klassen eingetreten. 8 Klassen haben sogar 60 bis 65 Schüler aufzuweisen. In den Jahren 1904 und 1905 betrug der Zuwachs an Schülern ungefähr jährlich 600, im laufenden Jahre 800. Der Bau von neuen Schulhäusern vermag also in keiner Weise mit dieser Vermehrung der Schülerzahl Schritt zu halten. — In den Volksschulen unterrichten gegenwärtig 18 Rektoren, 100 Lehrer, 80 wissenschaftliche und 7 technische Lehrerinnen.

Eine Erhöhung der Hundsteuer von 20 auf 30 Mark ist in Schöneberg im kommenden Jahre zu erwarten. Diese Steuer brachte der Stadt im letzten Jahre 65 000 Mark. Der Magistrat glaubt jedoch, daß durch diese Erhöhung sich die Einnahmen aus dieser Steuer nicht wesentlich erhöhen werden, da die Zahl der zu versteuernden Hunde eine Abnahme erfahren wird. Man wollte eben nur dem fortgesetzten Drängen der Hausbesitzer nachgeben, deren Wunsch nämlich dahin geht, die Hunde aus Schöneberg ganz verschwinden zu sehen.

Wilmerdorf.

Die Stadtverordnetenwahlen finden für die dritte Abteilung vom 16.—18. Januar, für die zweite Abteilung am 22. und 23. Januar und für die erste Abteilung am 26. Januar statt. Für die dritte Abteilung sind 16 und für die zweite Abteilung 4 Abstimmungsbezirke vorgesehen, während die erste Abteilung den ganzen Stadtkreis in einem Bezirk umfaßt. Als Sitzungssaal für die neue Stadtverordnetenversammlung soll, bis größere Räume geschaffen sind, die Aula der Viktoria-Luisen-Schule benutzt werden.

Eine Ausstellung von Weihnachts- und Jugendchriften veranstaltet am Sonntag den 9. und 16. Dezember im Restaurant „Luisenpark“, Wilhelmstraße 112, die hiesige Parteibuchhandlung. Die Ausstellung ist geöffnet von 3—5 Uhr nachmittags. Um regen Besuch der Ausstellung wird gebeten.

Wrig-Bukow.

„Die wehren wir uns gegen die unerhörte Lebensmittelsteuer?“ lautete das Thema eines mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrages, den Genosse Peus in der am Dienstag stattgefundenen Wahlvereinsversammlung hielt. Redner zeigte, wie durch Finanz- und Schulzölle sowie durch indirekte Steuern den Arbeitern die notwendigen Lebensmittel enorm verteuert werden. Als Mittel zur Verbesserung der Lebenslage empfahl der Referent, neben den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen auch die Arbeiterschaft als Käufer beizutreten, zu organisieren. Denn durch die Konsumgenossenschaften wird ein

großes Stück wirtschaftlicher Macht erreicht und damit geht auch die politische Macht der Arbeiterklasse ein gutes Stück vorwärts. In der Diskussion wurde von allen Rednern auf die in der Werberstraße 38 befindliche Verkaufsstelle des „Käufersvereins“ hingewiesen und die Versammelten ersucht, möglichst nur dort ihren Bedarf an Lebensmitteln zu decken. — Unter Vereinsangelegenheiten wurde beschlossen, gegen die Genossen Max Dzugas, Wilhelm Gabel und Karl Ockert wegen Nichtbeteiligung an der letzten Gemeindefachwahl das Ausschlußverfahren einzuleiten. Die vom Kassierer gegebene Abrechnung vom Herbst zeigte bei einer Einnahme von 169,20 M. und einer Ausgabe von 145,20 M. einen Ueberschuß von 24,10 M. Zur Kreis-Generalversammlung wurden die Genossen Händel, Sandmann und Vogt delegiert. Genosse Kimmritz machte auf den Kampf aufmerksam, den die Rudower Genossen um Freigabe eines Versammlungsortes führen. Er wies darauf hin, daß der Besitzer des „Reichsadler“, der Wäldermeister Jahn, der Arbeiterschaft sein Lokal zu Versammlungen nicht zur Verfügung stellt, seine Bodware aber unter den Arbeitern, namentlich auch in Briz, abzugeben versucht und bittet, hieraus die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Zum Schluß machte der Vorsitzende auf die am 9. Dezember stattfindende „Vorwärts“-Agitation aufmerksam. — Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Genossen August Dreesbach in der üblichen Weise.

Lichtenberg.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins sprach Genosse Boeske über den „Preussischen Parteitag“. Redner vertrat den Standpunkt der Berliner Kommission und wies die von Krons, Müller und Brubach gemachten Einwendungen gegen den Dispositionsentwurf als unzutreffend zurück. Diskussion fand nicht statt. Genosse Anger wurde als Delegierter für den Preussischen Parteitag in Vorschlag gebracht. Ein Antrag an die Kreis-Generalversammlung, Forderung des Wahlverfahrens von Delegierten und Vorstandsämtern betreffend, wurde gegen fünf Stimmen angenommen. Zur Kreis-Generalversammlung wurden 29 Delegierte gewählt.

Röpenitz.

Ein großer Gelddiebstahl ist vorgestern mittag unter rätselhaften Umständen in Röpenitz verübt worden. Ein Angestellter der Firma Friedrich v. Hof, Kaiserin Auguste Viktorienstr. 1, hatte vormittags von dem Bank einen Betrag von 3000 M. abgeholt und legte das Geld in eine Kofferte, die im Bureau auf einem Tische stand. Als nach der Mittagspause das Personal wieder im Kontor erschien, stellte sich heraus, daß die Kofferte mit dem gesamten Inhalt gestohlen worden war. Der Diebstahl ist in der Ringassende verübt worden. Die mit einem Sicherheitsschloß versehene Tür mit einem Nachschlüssel geöffnet worden, der erst nach längeren Bemühungen nachgearbeitet sein kann. Von dem Personal der Firma kommt für die Täterschaft niemand in Betracht.

Hohen-Schönhausen.

Unter dem Verdacht des Kindesmordes verhaftet wurde das Dienstmädchen Lina Blad, das bei dem Landwirt H. tätig war. Vor längerer Zeit fanden Spaziergänger an einem Pflü die Leiche eines neugeborenen Kindes, das vermutlich getötet worden war. Als Mutter des Säuglings ist jetzt die Blad ermittelt und unter dem Verdacht des Kindesmordes in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

Waidmannslust.

Ueber Sozialpolitik und Fleischwucher referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Bergemann in Stolpe Genosse Störmer. In den mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion, in der die Genossen Reumann und Duade die Ausführungen des Referenten ergänzten. Zur Aufnahme hatten sich 20 Genossen gemeldet. Beschlossen wurde, im Schweizerhäuschen eine Silvesterfeier abzuhalten. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde in ehrender Weise des Genossen Dreesbach gedacht.

Nowawes-Neuendorf.

Die am Mittwoch stattgefundene Versammlung des Wahlvereins ehrte das Andenken des Genossen Dreesbach durch Erheben von den Siben. Einem Antrage des Vorstandes, die Wahlvereinsversammlungen im nächsten Jahre an jedem zweiten Mittwoch im Monat statt wie bisher am ersten abzuhalten, wurde zugestimmt. Hierauf hielt Genosse Daase-Königsberg einen Vortrag über die politische Lage. Redner verstand es, in packender Weise den Versammelten ein Bild zu geben von der jetzigen volkfeindlichen Politik der Regierung und erläuterte die traurigen Verhältnisse, in die wir dadurch hineingeraten sind. Eine Besserung dieser Zustände könne nur eintreten, wenn das gesamte Proletariat seine ganze Kraft daran setzt, die herrschenden Klassen niederzuräumen, und die Politik der Sozialdemokratie unterstützt. Reicher Beifall lohnte den Referenten für seine trefflichen Ausführungen. — In der darauf folgenden Besprechung über den Preußen-Entwurf wurde insbesondere betont, daß es im Interesse der unabhängigen Kreise notwendig wäre, die Delegationen zu den preussischen Parteitag dorthin zu regeln, daß aus jedem Kreise bis zu drei Delegierte gewählt werden können und die Kosten die Landesorganisation trägt. — Zu der Generalversammlung des Kreiswahlvereins wurden die Genossen Grubl, Lange und Otto delegiert. Genosse Schulz machte auf die am Sonntagvormittag 8 Uhr vom Lokale des Genossen Grubl aus stattfindende Flugblattverteilung aufmerksam und ersuchte um rege Beteiligung. — Zur Aufnahme haben sich 19 Genossen gemeldet.

Spandau.

Die Delegiertenwahlen der Allgemeinen Ortskrankenkasse finden am heutigen Sonnabend, abends 8 Uhr, im „Viktoria-garten“, Wilhelmstr. 1, statt. Es ist Pflicht sämtlicher organisierter stimmberechtigter Kassenmitglieder, sich an der Wahl zu beteiligen. Gewerkschaftsartikel für Spandau.

Potsdam.

Die letzte Versammlung des Wahlvereins beschäftigte sich mit dem Freientag. Genosse Staab ging auf die einzelnen Punkte des Organisationsentwurfs ein. Eine erwähnenswerte Debatte über diesen Punkt kam nicht zustande. Zu der am 9. Dezember in Reitzin stattfindenden Kreis-Generalversammlung wurden die Genossen Boaf, Stoof und Groll delegiert. Genosse Krakem beantragte, den Delegierten aufzugeben, sich nach dem Schicksal des Feinerzeit in der Rauerer Kreis-Generalversammlung angenommenen Antrages, betreffend Parteimitglieder, zu erkundigen. Besonders wurde die geringe Anteilnahme der Genossen an der Flugblattverteilung verurteilt; mit Recht wiesen die Redner darauf hin, daß durch die unzulängliche Mitarbeit einer großen Anzahl von Genossen eine umfangreiche Agitation nicht durchgeführt werden könne. Neu aufgenommen wurden 17 Genossen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Genossen Dreesbach.

Gerichts-Zeitung.

Experiment über die Auffassungsgabe einer Zeugin. Seit Mittwoch hat sich der 60jährige Kaufmann Richard R. vor dem Schwurgericht des Landgerichts Berlin I über die Anklage zu verantworten, am 12. Januar die unberechnete Elisabeth Wulz, seine Nichte, mit Vorlog und Ueberlegung getötet, also ermordet zu haben. Der Angeklagte hat die Verstorbenen erschossen, sich auch selbst einen Schuß beigebracht, der ihm eines Auges beraubte. Fraulein Wulz wird seit ihrem dritten Jahr als Kind in der Familie des Angeklagten erzogen. Dieser war ihr sehr zugeban, soll entgegen seiner Behauptung in intimen Beziehungen zu ihr gestanden und sie mit Eifersucht verfolgt haben, seitdem sie sich entgegen seinem Willen — lohr hatte. Die Verhandlung, in

Der etwa 60 Zeugen und eine große Reihe Sachverständiger vernommen wurden, bei diesem, abgesehen von dem nachstehend Geschilderten nichts die Öffentlichkeit Interessierendes dar.

Gestern spielte sich im Anschluß an die Vernehmung einer Zeugin, der Wastfrau Oldenburg, folgender Vorfall ab. Frau Oldenburg war an dem kritischen Tage der Tat infolge des Schießens und des daran sich knüpfenden Werts in die Kiewerische Wohnung und in die Stube geeilt, wo sich die Tat abgespielt hatte. Sie sagt a. a. aus, daß sie genau gesehen habe, wie der am Boden, mit dem Kopf nicht weit von der rechten liegende Angeklagte den Revolver noch einmal an den Hals der Wastfrau ansetzte. Der Revolver sei ihm aber weggenommen worden. — Diese Aussage wird von der Zeugin, trotz vieler Zwischenfragen der Verteidiger Rechtsanwälte Georg Lewy und Dr. Schachnow, aufrecht erhalten. Es kommt darüber zu einer lebhaften Szene im Gerichtssaal.

Rechtsanwalt Georg Lewy fordert plötzlich die Zeugin auf, genau auf ihn aufzupassen und zu sehen, was er mache. Sie solle ihm dann nachher sagen, was er gemacht habe. Der Verteidiger setzt sich auf seinen Platz, taucht die Feder in das Tintenfaß; macht mit der Hand eine Bewegung und fragt die Zeugin: „Was habe ich jetzt gemacht?“ — Staatsanwalt Dr. Lehmann: Ich beantrage, dieses Experimentieren und diese Frage nicht zuzulassen, denn sie hat mit der Wahrheit nichts zu tun. — Rechtsanwalt Georg Lewy: Wenn Professor Koch in Stag dies hören würde, würde er gewiß sagen, der Staatsanwalt habe sonderbare Ansichten über Kriminalpsychologie. — Staatsanwalt Dr. Lehmann: Das Experiment, welches der Verteidiger hier durchführen will, hat mit der Sache gar nichts zu tun und bereitet der Zeugin nur eine unzulässige Verwirrung. — Verteidiger: Um eine solche handelt es sich natürlich keineswegs, sondern um einen Versuch, zu prüfen, wie weit die Wahrnehmungen der Zeugin zuverlässig sind. — Staatsanwalt Dr. Lehmann: Ich beantrage wiederholt, die Frage nicht zuzulassen. — Rechtsanwalt Georg Lewy: Ich will durch das Experiment auf die Frage stellen, ob die Zeugin richtig wahrzunehmen vermag. Professor Dr. Vizt macht solche Experimente bekanntlich mit seinen Schülern häufig. (Bewegung auf der Geschworenentafel.) Ja, meine Herren, es handelt sich doch hier um eine wichtige Sache, es geht doch hier um den Kopf des Angeklagten! — Staatsanwalt: Wir sind hier nicht dazu da, um solche Experimente mit Zeugen zu machen, namentlich wenn es sich um Dinge handelt, die mit der Sache gar nichts zu tun haben. Die Zeugin muß doch ausgesagt und verwirrt werden, wenn hier der Verteidiger plötzlich die rechte Hand hebt, mit der linken eine Feder in die Tinte taucht und sie nun sagen soll, was geschah ist. — Verteidiger: Die Zeugin war ja jedenfalls in dem Augenblicke, als sie die beiden Verletzten am Boden liegen sah, auch aufgeregt und verwirrt und wird doch so bestimmte Wahrnehmungen gemacht haben! — Staatsanwalt: Dieses Experimentieren im Gerichtssaal halte ich für unzulässig und beantrage wiederholt Gerichtsbeschluß. Die Zeugin hat ihre Aussage ganz klar gemacht und es würde doch nur auf Hantelproben der Zeugenansage hinauslaufen. — Rechtsanwalt Georg Lewy: Ich würde eventuell die Ladung des Professors Dr. Vizt beantragen müssen, der wohl beabsichtigt würde, daß es sich bei einem solchen Versuch um eine wichtige Frage der Kriminalpsychologie handelt. — Nachdem die Zeugin Oldenburg auf Anordnung des Präsidenten den Saal verlassen hat, erklärt Rechtsanwalt Lewy auf Befragen, daß er nur folgendes feststellen wolle: er wolle die Feder in die Tinte tauchen und die Hand an das Papier legen und sei begierig, ob die Zeugin auf die Frage, was er getan, nicht antworten werde: „Sie haben geschrieben,“ während sie als zuverlässige Zeugin doch nur sagen könnte: „Sie haben die Feder eingetaucht und die Hand an das Papier gelegt.“

Der vom Verteidiger angerufene Geheime Rat Professor Wendt erklärt: Nach dem, was sich vor der Zeugin gesehen hier im Saal abgespielt hat, dürfte die Frau, wenn sie wieder herein gerufen wird, gewiß große Angst haben, daß sie eventuell eingesperrt werden könnte, so daß man aus ihrer Antwort auf die Frage des Verteidigers keine Schlüsse ziehen könnte. — Präsident: Ob die Frau am Tatorte glücklich gewesen ist, ist nicht zu erkennen. Im Gegenteil, sie scheint die einzige Person gewesen zu sein, die bei jener Gelegenheit Courage gehabt hat. — Rechtsanwalt Lewy: Ist Herr Geheimer Rat Wendt nicht der Ansicht, daß ein solches Experiment, wie ich es beschriebte, vom Standpunkte der Kriminalpsychologie berechtigt ist? — Geheimer Rat Wendt: Vom Standpunkte der Kriminalpsychologie wären Bedenken dagegen nicht zu erheben. — Nach kurzer Beratung beschließt der Gerichtshof, den Antrag des Verteidigers abzulehnen: 1. aus dem schon von Professor Wendt geltend gemachten Grunde, weil dabei nicht herauskommen würde und 2. weil es nicht angängig wäre, sondern eventuell durch eine völlig unparteiische Persönlichkeit vorgenommen werden möchte.

In später Abendstunde verneint die Geschworenen die Frage nach Wurd, bejahen aber die nach Totschlag (vorsätzliche, nicht mit Überlegung ausgeführte Tötung) unter Besorgung widerlicher Umstände.

Das Urteil lautete auf fünf Jahre Zuchthaus, also auf die gesetzlich niedrigste Strafe.

Zwei Urteile desselben Gericht.

Unter dieser Überschrift brachten wir kürzlich zwei Urteile aus Königsberg und Halle. Heute können wir zwei Urteile eines anderen Gerichts mitteilen, die gleich drastisch die allgemeine Rechtsgleichheit illustrieren. Vor dem Schöffengericht zu Reustadt a. d. Odi. hatten sich dieser Tage zwei Maurermeister vor dem Vorsitzenden, die gelegentlich eines Maurerkreises in Dahlsch auf der Straße zwei Arbeiter überfallen hatten, die nicht das geringste mit ihnen wollten. Lediglich der Grund, daß die Leute in einer Wirtschaft sich als Sozialdemokraten erklärten, genügte den Rohlingen, die Arbeiter zu Boden zu werfen und mit den Schirmen derart zu mißhandeln, daß sie 10 Tage arbeitsunfähig waren. Dem einen wurde ein Gehirnhämatom zerschlagen und auf beiden wurde mit den Fäusten herumgetrampelt. Die beiden wurden in die Wachen von 35 W. Karz bzw. 9 W. Karz Selbststrafe verurteilt. — Im anderen Fall war der Angeklagte ein Spinner, der am Landbrecher Weberstreik beteiligt war. Er wurde ebenfalls auf der Straße von einem Buchsen angehalten, dessen Schwefel Streikbrecherdienste leistete. Dieser Buchse hatte man aus irgend einem Grunde den „Eindruck“, daß der Spinner ihn auflockern wolle, und richtete eine entsprechende Frage an ihn. Dadurch geriet der Spinner in Zorn und verletzete dem anderen eine einzige Ohrfeige. Der Anwalt führte aus, unter normalen Umständen könnte, da die Ohrfeige keinerlei Nachteil mit sich brachte, eine geringe Strafe genügen, aber mit Rücksicht, daß die Tat unter dem Einfluß der Streikstimmung geschehen sei, müsse eine empfindliche Freiheitsstrafe eintreten. Er beantragte 14 Tage, das Gericht erkannte auf 5 Tage Gefängnis. Ist Justiz und Gerechtigkeit dasselbe?

Reisler-Rathspiel.

Die Genossen Dortmund hielten die letzte Reisler in der Aplerbecker Heide ab. Hundertausend Personen nahmen daran teil. Nach Ablehnung von Gesuchen, geschloffen, hinzugehen zu dürfen, dachte natürlich niemand an einen öffentlichen Aufzug. Aber eben selbsterfindlich ist es, daß auf bestimmten Zugangsstraßen zu einem Versammlungsort, dem viele Tausende zustromen, dies bemerkbar wird. So war es auch hier bei der Reisler. Das Polizeigewalt entdeckte nun zwischen den vielen Menschen, die zur selben Zeit der Weg zum Festplatz gingen, namentlich auf dem Südwall und der Marktstraße, einen Zusammenhang. Es regnete Anzeigen wegen Teilnahme an einem nicht genehmigten öffentlichen Aufzuge (preussisches Vereinsgesetz) und — wegen großen Unfugs. Die Polizei und die Staatsanwaltschaft hatten nämlich auch daran Anstoß genommen, daß eine Anzahl der Feiernden rote Blumen im Knopfloch trugen. Der angebliche Aufzug sollte damit im ganzen den Charakter einer das Publikum belästigenden und beunruhigenden sozialdemokratischen Demonstration gewonnen haben. In diesem doppelten Sinne sollten sich auch die Genossen Herford, Köhler, Hausmann, Rest und Opitz als Teilnehmer strafbar gemacht haben. Das Landgericht Dortmund als Berufungsinstanz verurteilte sie denn auch auf Grund des Vereinsgesetzes wegen Teilnahme an einem nicht genehmigten öffentlichen Aufzuge und auf Grund des § 360 Nr. 11 des Strafgesetzbuches wegen großen Unfugs zu Geldstrafen. Begründend wurde ausgeführt: Daß nur ein zufälliges Zusammenreffen stattgefunden habe, sei den Angeklagten nicht zu glauben. Sie hätten auch einen anderen Weg nehmen können. Von den Dahzulebenden hätten eine ganze Anzahl rote Abzeichen an den Kleibern gehabt, einer der Angeklagten eine rote Rose. Vorher hätten sozialdemokratische Vereine die Genehmigung zu einem Aufzuge nachgesucht. Aus allem folge die Absicht, zusammenzugehen. Wenn eine solche Menschenmenge sich auf einem Wege zusammenfinde, wenn dabei von vielen rote Abzeichen getragen würden und die Möglichkeit einer Verleumdung bestehe, dann liege ein öffentlicher Aufzug vor. Damit sei aber hier auch zugleich grober Unfug verübt worden, da das Publikum in seinem Sicherheitsgefühl gestört worden und der Aufzug geeignet gewesen sei, die öffentliche Ordnung zu gefährden.

Die Angeklagten legten Revision ein und suchten die Unhaltbarkeit des Urteils darzutun. Das Kammergericht verwarf am 8. d. M. das Rechtsmittel mit folgender Begründung: Die Verurteilung sei genügend rechtlich motiviert. Es liege kein Rechtsirrtum vor. Namentlich sei das, was über die Art und Weise solcher Aufzüge gesagt werde, durchaus geeignet, festzustellen, daß die Angeklagten durch ihre Teilnahme auch groben Unfug gewollt und verübt hätten. Wenn das Sicherheitsgefühl von Sozialdemokraten durch den Anblick von Spaziergängern, die rote Schleifen tragen, gestört wird, so müssen diese ein sehr böses Gewissen haben oder recht viel von der Natur von Hornochsen an sich haben. Es ist für die Begner der Sozialdemokratie in der Dortmunder Gegend nicht gerade schmeichelhaft, daß diese ihnen gegenüber getroffene tatsächliche Feststellung nach Ansicht des Kammergerichtes keinen Rechtsirrtum aufweist.

Von der Verantwortlichkeit der Koryphäen und Zeitungsboten. Die Verhalte, außer dem verantwortlichen Redakteur auch andere Personen, wie Zeitungsboten usw. für den Inhalt einer Druckschrift verantwortlich zu machen, werden gelegentlich von der Staatsanwaltschaft wieder aufgenommen. Eine Nummer der „Jugend“ enthielt — man erinnere sich — ein Bild, auf welchem sich zwei nackte Menschen am Altare die Hand reichten. Diese Nummer war von zwei Verkäufern, die früher Buchhändler waren, R. und B. in Hannover im Auftrage eines Buchhändlers öffentlich feilgehalten worden. Das Landgericht Hannover hat die beiden Verkäufer am 3. Juli von der Anklage des Feilhaltens einer unzüchtigen Schrift freigesprochen und sie nur wegen Uebertretung einer Vorschrift der Gewerbeordnung verurteilt. Die Angeklagten hatten nämlich behauptet, sie hätten das betreffende Bild überhaupt nicht zuwendig angesehen und deshalb von dem inkriminierten Bilde gar keine Kenntnis erlangt. Das Gericht hat ihnen dies geglaubt und im Urteile ausgeführt, daß man von solchen untergeordneten Hilfskräften eine Prüfung des Inhaltes der feilgehaltenen Schriften ebenso wenig verlangen könne wie z. B. von einem Verkäufer. Die Angeklagten hätten annehmen dürfen, daß ihr Auftraggeber bereits eine Prüfung des Inhaltes vorgenommen habe. — Gegen das Urteil hatte der Staatsanwalt Revision eingelegt. Er führte darüber Beschwerde, daß nicht wenigstens auf Einziehung der fraglichen Nummer der „Jugend“ erkannt ist. Der Reichsanwalt hielt die Revision nicht für begründet. Der Staatsanwalt habe Verurteilung nach § 184 und Einziehung beantragt gehabt. Da eine Verurteilung nach § 184 nicht erfolgt sei, habe das Gericht über den Antrag auf Einziehung (§ 41 des Strafgesetzbuches) nicht zu entscheiden brauchen. Dem Staatsanwalt siehe es frei, in einem objektiven Verfahren die Einziehung zu beantragen. — Das Reichsgericht war jedoch der Ansicht, daß das Gericht über die Einziehung auch unter den obwaltenden Verhältnissen hätte entscheiden müssen. Es hob deshalb am Donnerstag das Urteil auf, soweit es nicht auf Einziehung erkannt hat, und verwies die Sache in diesem Umfange an das Landgericht zurück.

Die Fälle, in denen das Reichsgericht das Urteil für den Angeklagten ungünstiger auslegt, als der Reichsanwalt, mehren sich. So weit freilich wie das Kammergericht, das die Zeitungsfrau zum Zensur erkennen ließ, ist es im vorstehend wiedergegebenen Fall noch nicht gegangen.

Der Tod im Gasthause. Wegen fahrlässiger Tötung ist am 21. September vom Landgericht Hof der Restaurateur Eugen Kuhnert zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden. Er ist seit Oktober 1904 Wächter der Wirtschaft „Germania“. Die Kellnerin, an der sich eine entsprechende Aufschrift mit Kreide befindet, wird niemals gelockert; 14 Stufen führen unmittelbar in den Keller. Im rechten Winkel dazu befindet sich die Pissotir. Ein Gast J. hatte am 11. November v. J. 7 Glas Bier getrunken, war hinausgegangen und wurde von der Kellnerin im Keller mit einem Schädelbruch aufgehalten. Er starb am 15. November. Der angetrunkene Mann hat offenbar die Türe verwechselt. Schon früher waren einmal infolge Verwechslung der Türe zwei Gäste einige Stufen hinuntergefallen. Als sie es dem Angeklagten sagten, erwiderte er dem einen: er, der Angeklagte, sei ja in der Haftpflichtversicherung. Das Gericht hat eine Fahrlässigkeit des Angeklagten festgestellt. Mindestens abends, wo der Verkehr in reger ist, mußte die Türe zum Keller geschlossen gehalten werden. Der Angeklagte mußte damit rechnen, daß sich bei ihm jemand befinde und die Türe verwechselt. — In seiner Revision behauptete der Angeklagte, er habe nur einen Teil des Kellers gepachtet, habe ihn also gar nicht abschließen dürfen; das wäre Pflicht des Hausherrn gewesen. Bei den Verhandlungen über die Konzeption sei vom Angeklagten verlangt worden, daß er den Zugang zum Pissoir beleuchte, was er dann auch getan habe. Durch Andringung der Aufschrift „Keller!“ habe er dann ein fähriges getan. — Das Reichsgericht erkannte am Donnerstag auf Verwerfung der Revision, da die Fahrlässigkeit des Angeklagten ausreichend festgestellt sei.

Die Gastwirte sind nach dieser Entscheidung zu ganz besonderer Sorgfalt rücksichtlich der Restaurationseinrichtungen verpflichtet.

Essentielle Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexanderstr. 25. Geöffnet täglich von 9^h—10^h abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesehallen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Berein ehemaliger Gütergüter und Bucher. Abends 8^h 1/2 Uhr im Kaiserhaus, Halberstr. 18 m.

Allgemeine Kranken- und Zierbetette der Metallarbeiter. (C. S. B., Hamburg), Filiale Berlin 5. Mitgliederversammlung heute abend 8^h 1/2 Uhr bei Frau, Dragowstr. 15. — Filiale Berlin 10, heute abend 8^h 1/2 Uhr bei Frau, Stephanstr. 11.

Sozialdemokratischer Distriktklub „Freie Zusammenkunft“. Heute abend 9 Uhr: Sitzung im Gewerkschaftshaus, Zimmer Nr. 16.

Arbeitervereine Gemeinde. Sonntag, den 9. Dezember, vormittags 8^h 1/2 Uhr, im Hofsaal (Eingang Jüdenstraße), Saal 100: Verammlung. Freiwirtschaftliche Vorträge. — Vormittags 10^h 1/2 Uhr in der Schulaula, Kleine Rosenstr. 6: Vortrag von Herrn Adolf Stern über: „Alte und neue Weltanschauung“. — Herren und Damen als Gäste sehr willkommen.

Montag, den 10. Dezember cr., abend 8^h 1/2 Uhr, Scharfstr. 29: Besprechende Versammlung für Mitglieder mit weicher Kultur.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet **Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Handelskammersekretariat, Durchgang nach Lindenstr. 101),** wochentags von 7^h bis 9^h Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

C. R. 101. Karte für Preiser und Nachschicken werden vom Staat voranhalten und von Zeit zu Zeit bekannt gegeben. Die Stadt Berlin veranstaltet solche Karte nicht. — **C. R. 87.** Der Ständesbeauftragte hat dem belagerten Geiz und der ministeriellen Instruktion entsprechend gehandelt. — **C. G. 6. 1002.** Die Sparkasse ist berechtigt, an den zu zahlen, der das Buch ihr vorzeigt. Sie können mit Erfolg schriftlich bei der Sparkassendirektion Sperrung des Buches beantragen und auf Herausgabe des Buches klagen. — **36.** Sie müssen sich mit den übrigen Erben auseinandersetzen. Vor dem Vormundschaftsgericht können Sie event. Abkürzung der Auseinandersetzung überhandlung, die wohl stattgefunden hat, klagen lassen. — **R. 60.** Rindel eine Anklage des Reichsanwalts hat, so müssen Rechtswahl ausgeübt werden. — **D. R. 100.** Sie müssen kündigen, können aber auf besondere Eingabe hin ohne Einhaltung der Kündigungsfrist Ihr Geld erhalten. — **Gemeindeverwaltung.** Die Witwe soll sich bei dem Landrat beschweren. — **J. R. 23.** Präzedenzfall 66 bei Hing. — **Zeichen.** 1. Ja. 2. Nein; Sie können aber gegen die Veranlagung rechtzeitig reklamieren. — **Tafel.** Der Wortlaut und Inhalt und nicht die bekannten Statuten ist für die Rechte der einzelnen Vereinsmitglieder und Vereinsbeamten maßgebend. — **R. V. 1.** Ihre Ansicht ist irrig. Die mündliche Vereinbarung genügt. Anders würde es liegen, wenn Sie den Vorschlag nicht angenommen hätten. — **G. R. 107.** Nein. — **V. 200.** Nein. — **R. R. 10.** Sie würden zur Zahlung verpflichtet sein. Ihre Frau und deren Eigentum haften für Ihre Schulden nicht. — **H. Z. 19.** Wie wiederholt von uns auseinandergesetzt, bringt § 23 der Einkommensteuerverordnung vom 19. Juni 1906 die Neuerung, daß Arbeitgeber verpflichtet sind, auf Verlangen der zur Aufnahme des Verordnungsbeschlusses betrauten Behörde Auskunft über das Einkommen der von ihnen beschäftigten Arbeiter zu erteilen, sofern das Einkommen den Betrag von 3000 M. nicht übersteigt. Das Verlangen, über das Einkommen zu erteilen, gelten wir für unbedeutend. Es ist nur zulässig, von Fall zu Fall bezüglich eines bestimmten Arbeiters Auskunft zu verlangen. Der Finanzminister vertritt die entgegengelegte Ansicht. Der Protest gegen das Urteil ist gerechtfertigt.

C. W. R. V. Uns nicht einmündlich. — **R. R. 1. Ja. 2. Nein. 3. Ja. — G. R. 318.** Erläutern Sie das Gericht, einen Gerichtsvollzieher mit der Pfändung zu beauftragen oder beauftragen Sie selbst einen Gerichtsvollzieher und wohnen der Pfändung bei. — **R. R. 70.** Ein gegenseitiges Lehament braucht weder geteilt zu sein, noch ist die Zuteilung von Zeugen erforderlich, es muß eigenhändig sein und unterschrieben und mit Angabe des Ortes und Tages versehen sein. Beispiele und Anleitung finden Sie auf den letzten Seiten des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten „Rührers“. Das Buch liegt in den öffentlichen Lesehallen aus. — **355.** Sie können Besuche empfangen, dürfen die Wohnung aber nicht mißbrauchen. — **Kidori, G. J. 100.** Sie können nicht geben, sondern können nur auf Veranlassung des Besizers und auf Schadenersatz klagen. — **U. D. 45. Ja.** — **R. G. Pflanzener.** 1. In der Strafkammer hängen nur gelebte Bilden nicht schiefen. 2. In Nummer 61 antizipieren beide Arten Beschäfte. — **C. R. 23.** 1. Eine Unterlegung ist nicht erforderlich. 2. Die notariellen und gerichtlichen Gebühren sind gleich hoch und richten sich nach der Höhe des Objekts. — **G. S. 5.** Bei der Berechnung der Höhe einer Invalidenrente kommt zunächst der Reichszuschuß von 50 M. in Betracht. Hierzu wird der Grundbetrag gerechnet. Der Grundbetrag beträgt für die 5 Wohnklassen 60, 80, 90, 100 M. Der Grundbetrag des Grundbetrages werden die 500 Beträge der höchsten Lohnklasse zu Grunde gelegt. Einlös kommt der Steigerungszuschuß zur Berechnung; es werden so viel mal 3, 6, 8, 10, 12 M. zu dem Reichszuschuß und dem Grundbetrage zugesetzt, als in der ersten bis fünften Lohnklasse Beträge einsteigen. Beispiele für die Berechnung einer Invalidenrente haben Sie auf Seite 293 des in den öffentlichen Lesehallen ausliegenden „Arbeiterrecht“. — **G. 1. Rein.**

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der hiesigen Marktpreise-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 65—73 per 100 Pfd., IIa 62—67, IIIa 56—61, IVa 50—55. Kalbfleisch, Doppelschaber 115—125, Ia 86—93, IIa 74—81, IIIa 60—72, holl. 64—58. Hammelfleisch Ia 69—77, IIa 54—67, Schweinefleisch 56—65, Schmalz Ia per Pfd. 0,60—0,77, IIa 0,50—0,58, Rohschmalz Ia 0,40—0,52, IIa 0,00—0,00, do. Räucher 0,40—0,55, Danmüll 0,40—0,55, do. Räucher 0,60—0,70, Bücklingsweins 0,45, Rindschmalz 0,60—0,76, Hohn per 100 Pfd. 3,00—3,20, do. Fein und IIa 1,75—2,90, Rindschmalz per 100 Pfd. 0,40—1,10, Weizenbrot per 100 Pfd. 0,00, Stralunder 0,00, Rehbücher, junge Ia 0,80—1,00, junge IIa 0,00, alle 0,80, junge kleine 0,00—0,00, Döner, alle per 100 Pfd. 1,50—3,00, alle IIa 0,80—1,40, junge per 100 Pfd. 0,50—1,50, Tannen per 100 Pfd. 0,30—0,58, Ital. 0,70—0,75, Feten; junge per 100 Pfd. 1,30—3,25, Hamburger, junge per 100 Pfd. 3,00, Wänke, Oberbrücker, per 100 Pfd. 0,40—0,58, do. Ia per 100 Pfd. 3,00—3,60, IIa 2,00—2,50, Geizte per 100 Pfd. 71—81, groß 0,00, Jander 132, Schleie 80—94, all. 0,00, mittel 0,00, kleine 123, Heie, groß 0,55—66, Kule, groß 0,00, mittel 0,00, klein 0,00, all. 0,00, Stöcken 51—61, Karpen, Wer 0,00, do. 30 er 65—70, do. 100 er 0,00, do. 60—80 er 64—66, 40 er 0,00, Warte 0,00, Stauscheiben 0,00, Weißfische 0,00, Weiß 0,00, Bunte Fische 0,00, American, Lachs Ia neuer per 100 Pfd. 110—130, do. IIa neuer 90—100, do. IIIa neuer 75, Seelachs 20—25, Sperrten, Kleier, Ball 0,75—1,25, Danziger, Ball 0,60—0,80, Rindern, pommerische Ia, per Schock 3—6, do. pommerische IIa 2—4, Kleier, Steige Ia 4—6, do. mittel der Riffe 2—3, Damb, Steige 4—5, halbe Riffe 1,50—2, Bücklinge, per Ball Kleier 3,50—5,00, Stralunder 4—5, Kule, groß per 100 Pfd. 1,10—1,20, mittelgroß 0,80—1,00, klein 0,50—0,60, Heringe per Schock 4—5, Schellfische Riffe 4—5, do. 1/2 Riffe 2—3,00, Rablian, a 100 Pfd. 20—25, Sellbut 0,00, Sardellen, 1902er per Anker 95, 1904er 95, 1905er 93, 1906er 73—75, Schottische Goldheringe 1905 0,00, large 40—44, fall. 36—38, mod. 35—42, deutsche 37—44, Heringe, neue Ratten, per 7, Lo. 60—120, Sardinen, russ., Ball 1,50—1,80, Heringsbröte, Bückfle (4 Liter) 1,50—1,75, Remagen, Schocklag 11, keine 5—6, Riefen 14, Dammern, keine, per Pfd. 0,00, Krebse, per Schock, groß 0,00, mittel 0,00, keine 0,00, unfer 0,00, Galtzer, groß 0,00, mittel 0,00, Gier, Lams, per Schock 4,00—4,60, Butter per 100 Pfd. Ia 123—125, IIa 115—123, IIIa 110—114, abfallende 65—105, Saurer Gänse Schock 3,50—4,00, Westergärten 3,50—4,00, Rostschinken per 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 2,00—2,10, Datsche 2,00—2,10, Kofen 0,00, weiße 1,75—2,00, Salatkartoffeln 4,00—6,00, Speial per 100 Pfd. 6,00—7,00, Karotten per Schockbund 3,00—4,00, Sellerie, hirsche, per Schock 4,00—5,00, do. pommerische 4,00—5,00, Zwiebeln groß, per 100 Pfd. 3,00—3,50, do. kleine 2,00—2,50, do. Weiße (Perk) 0,00, Schartotten 60—70, Petersfille, grün, Schockbund 1,25—1,50, Rostbrat per Schock 0,50—1,00, Keilig, bayr., per Schock 2,40—2,80, Rablchen per Schockbund 0,50—1, Salat, per Schock 0,00—0,00, do. Escarole, per Mandel 1,25—1,50, do. Grubinen 1,75—2, Broderäden per 100 Pfd. 3,00—3,50, Lettner Räden per 100 Pfd. 8—10, Weiße Räden, große 2—2,50, kleine 5—6, Note Räden 1,50—2, Blumenkohl holl. der Kopf 0,00, do. Ital. Kopf 0,00, Bückingstohl der Schock 3,00—6,00, Rostohl per Schock 3,00—8,00, Weichtohl Schock 2,00—3,00, Nofentohl p. 100 Pfd. 15—18, Grünstohl per 100 Pfd. 3—4, Schmitlauch 12 Köpfe 4—1,50, Rostläden, Schock 2—3, Radies 5—8, Rinnen, per 100 Pfd. hirsche 7—20, böhmische 8—20, Reipel, per 100 Pfd., hirsche 8—20, Grawenfeiner 0,00, Tröler in Hältern 17—30, Riffe 32—50, Amerik. 17—20, Weizgebren, schmeckliche 0,00, Gedings, 30—33, Radaufste per 100 Pfd. 16—20, do. rumänische 23—30, do. franz. Cornes 28—32, Parannüsse 60—65, Palenüsse lange 41—48, runde 32—35, Zitronen, Reifma, 300 Stück 8,00—12,00, 360 Stück 7,00—10,00, 200 Stück 7—10, 420 Stück keine 0,00, 500 Stück keine 0,00.

Wasserstand am 7. Dezember. Elbe bei Ruffig — Meter, bei Dresden — 0,54 Meter, bei Baydeburg + 1,56 Meter. — Ulfenr. bei Stranfurt — Meter. — Oder bei Kottbus + 1,72 Meter. — Reifemündung + 2,28 Meter. — Oder bei Bries + 2,42 Meter. — Oder bei Dreeslau Innerveg. — 0,56 Meter.

Vermischtes.

Entgleis. Bei der Einfuhr des Güterzuges Nr. 2744 in den Rangierbahnhof der Station Nürnberg entgleisten gestern nacht 2 Uhr aus unbekannter Ursache vier mit Kohlen beladene Wagen, die über das Gleis geschleudert wurden. Die zehn nachfolgenden Güterwagen fuhren mit solcher Wucht auf die vier entgleisten Wagen, daß sämtliche 14 Wagen einen Trümmerhaufen bildeten. Das Personal konnte sich durch Abspringen retten; der Materialschaden ist beträchtlich.

Eisenbahnsammler. Donnerstag abend 9 Uhr 63 Min. rief der von Rünster in den Wohnhof Osnabrück einfallende Personenzug 713 am Südende des Bahnhofes auf der Dasebrücke mit einer leersahrenden Maschine zusammen. Beide Maschinen und zwei Wagen des Zuges sind entgleist, die Maschinen stark beschädigt. Eine Brüstungswand der Dasebrücke ist herabgefallen. Drei Reisende und ein Schaffner sind leicht, der Zugführer etwas schwerer verletzt. Alle Verletzten konnten sogleich ihre Wohnungen aufsuchen. Der Personenverkehr ist durch Umfahrungen bzw. Umleitung aufrecht erhalten. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Berein der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Verlust und Umgegend. Abteilung Charlottenburg: Comandanten 8. Dezember, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Hofenstr. 3: Versammlung.

Wasserstand am 7. Dezember. Elbe bei Ruffig — Meter, bei Dresden — 0,54 Meter, bei Baydeburg + 1,56 Meter. — Ulfenr. bei Stranfurt — Meter. — Oder bei Kottbus + 1,72 Meter. — Reifemündung + 2,28 Meter. — Oder bei Bries + 2,42 Meter. — Oder bei Dreeslau Innerveg. — 0,56 Meter.

Warenhaus Wilhelm Stein

□ Berlin N. 39, Chausseestr. 65-66 □

Um eine sachgemässere Bedienung bewerkstelligen zu können und den Andrang in den letzten Tagen vor dem Feste abzuschwächen, verabfolgen wir

doppelte Sparmarken

von Sonnabend den 8. bis Donnerstag den 13. Dezember cr.

Wir geben sonst bei einem Einkauf von 1 Mark 4 Sparmarken, an diesen Tagen jedoch

8 Sparmarken^{*)}

Wir bitten unsere werte Kundschaft, diesen Vorteil beim Einkauf wahrzunehmen.

Sonder-Angebot von Sonnabend den 8. bis Dienstag den 11. Dezember cr. *so lange Vorrat.*

Westfälische Cervelatwurst Pfd. 1.50 M.	Westfäl. Schinkenwurst . . Pfd. 1.25 M.	Landleberwurst . . . Pfd. 0.90 M.
Westfälische Salami Pfd. 1.50 M.	Prima Kalbsleberwurst . . Pfd. 1.00 M.	Fleischwurst Pfd. 0.90 M.
Rügenwalder Cervelatwurst Pfd. 1.40 M.	Prima Jagdwurst Pfd. 0.95 M.	Pommerscher Schinkenspeck Pfd. 1.10 M.
Kassler Rippespeer Pfd. 0.85 M.		

Die Spielwaren-Ausstellung ist eröffnet!

^{*)} Ausgenommen sind einige Artikel und Sonderangebote.

Christbaum-Geläute! Musik!

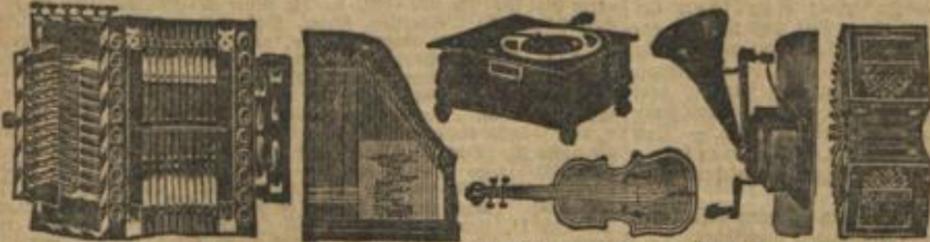


Das tollkühnste, schönste und großartigste Geläute und der hervorragendste Schmuck für jeden Weihnachtsbaum ist unser neues, mehrfach gesetzlich geschütztes und immer wieder zu gebräuchtem Continental-Engel-Christbaum-Geläute. Dasselbe ist das einzigste Geläute, welches tatsächlich auch dann funktioniert, wenn der Baum und namentlich die Spitze, noch gar nicht zu brennen ist, etwas schief steht. Ferner haben unsere Geläute keine Glasperlen als Klöppel, die leicht entzwei und verloren gehen, sondern eiserne. Unsere Geläute sind nicht nur als Christbaumspitze zu verwenden, solche werden vielmehr in der Ausführung 2 und 3 in beliebiger Anzahl einzeln in die Zweige des Baumes gehängt, um sofort in Tätigkeit treten zu können. Die Engel halten die einzelnen Apparate nach dem Anzünden der unter den Glöden befindlichen Kerzen erlösen ein tolles aus weicher Herne erdringendes Glöden-geläute, und so erfüllt die Bläueln, als ob in jeder Familie, die unser Geläute für den Weihnachtsbaum besitzet, das liebe Weihnachtsfest durch die Engel aus Lichter Höhe eingeläutet würde.

Ausführung Nr. 1, als Christbaumspitze, mit 1 großen Stern, 3 Engeln, 3 Glöden und je 8 Engeln, 3 Kerzenhalter, 3 Glöden und über dem Stern, in bunten Farben bemalt, der Engel trägt „Ehre sei Gott in der Höhe“, darüber am Rufe des Geläutes mit dem „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ (jetzt Köpfe) findet, folgt in unübertroffener Schönheit nur 1 Mk. (Wollige Ichen von 20 Pfg. an.) Ausführung Nr. 2, bestehend aus 3 einzelnen Geläuten, 3 Engeln, 3 Kerzenhaltern, 3 Glöden und einem Suber mit 1 Mk. Ausführung Nr. 3, mit 1 Geläute, 1 Engel, 2 Kerzenhaltern und 3 Glöden und einem Suber kostet nur 60 Pfg. (Vorteil bei Nachnahmeendung 40 Pfg. bei Lieferung des Betragtes, inkl. Porto, nur 20 Pfg. 3 bis 15 Stück kosten nur 40 Pfg. Porto.)

Wiederverkäufer erhalten bei Abnahme von mindestens 6 Stück von einer Sorte oder von allen 3 Sorten 10% Rabatt. Bei Abnahme von 100 Stk. 20% u. bei mindestens 1000 Stk. 25% Rabatt. Wann bestelle rechtzeitig.

Stauend billige Preise



bei anerkannt bester Qualität erhalten Sie, wenn Sie Ihren Bedarf in Harmonikas, Zithern, Drehorgeln, Phonographen, Gelgen, Spielzeugen u. bei uns beden, und liegt es in Ihrem eigenen Interesse, bei anderweitigem Kauf stets gratis und franko unsern Hauptkatalog zu verlangen.

Herfeld & Compagnie in Neuenrade No. 450 WESTFALEN.

Tatsächlich größte und leistungsfähigste Harmonikfabrik in Neuenrade. Unsere in diesem Jahre noch bedeutend verbesserten Christbaumgeläute haben schon im vorigen Jahre einen hervorragenden Anklang gefunden, daß wir viele tausend Bestellungen nicht ausführen konnten, während andere Firmen von andern Geläuten ganz abgesehen bei uns zurück erhalten haben, weil solche nicht funktionierten.

Wichtig für Zigarren-Händler!

Zigarren- u. Zigaretten-Weihnachts-Packungen

In allen Preislagen, Sorten und Formaten. Streng abgelagerte Ware von 10 Stück an in einfachen bis zu den elegantesten Ausstattungen.

Max Ziegenhals,

Fabriklager: Keibelstraße 20, dicht am Alexander-Platz.

Zigaretten, Rauch-, Kau- und Schnupftabake der bekanntesten Fabrikate.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Berlin, pass auf!

Ein Teil der Konkurrenten hat zur Täuschung des Publikums Schilder an seinen Geschäften angebracht, wie Blitzschnell, Blitz-Ausverkauf, Blitz-Verkauf, Blitzschnell-Verkauf usw. Dieses

Betrugs-Manöver

soll dazu dienen, unsere treue Kundschaft zu veranlassen und in den Glauben zu versetzen, es wäre ebenfalls eine Filiale von uns. Wir haben nun die Angelegenheit

Dem Gericht

übergeben; unsere allbekannte Firma

Blitz

welche das gesamte Lager von Herrn S. Böhm, Kommandantenstr. 43, aufgekauft hat und daselbst auch große Waren aus unseren Filialen mit

Ausverkauft.

Wir werden über den Verlauf dieses Prozesses seinerzeit weiter berichten. Es gelangen folgende Posten diese Woche zum Verkauf: 165/7

Herren-Anzüge bis zum feinsten von	6 ⁸⁵ M. an
Herren-Paletots bis zum allerneuesten von	7 ⁴⁰ M. an
Kinder-Anzüge und Paletots von	2 ²⁵ M. an
Joppen, Hosen, Westen, Schlafröcke zu jedem nur annehmbaren Preise.	
Herren-Paletots, Herren-Anzüge	19 ⁵⁰ M. an
das Wunder Berlins pro Stück	

137 Gr. Frankfurterstraße | Chausseestraße 80
9 Rosenthalerstraße Ecke Auguststr. | Kommandantenstraße 43

Ausschneiden! Alle Kunden, welche uns mitteilen, daß sie durch irgendwelche Manipulationen, wie durch Schilder oder Ansprechen! Hier ist auch Blitz, veranlaßt werden, anderwärts zu kaufen, erhalten ihre Spesen von uns zurückvergütet.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Hus der Partei.

Zur heftigen Gratulationsangelegenheit sendet uns Genosse David folgende Zuschrift:

Um die Legendenbildung in Sachen unseres Glückwunsches an den Großherzog von Hessen nicht weiter wuchern zu lassen, gestatte ich mir folgende Bemerkungen: Von einer „Unterzeichnung“ der Adresse war keine Rede; solche Adressen werden überhaupt nicht namentlich unterzeichnet; das ist freie Erfindung des Einbringers der Friedberger Resolution.

Durch die ausdrückliche Erklärung, daß wir der Adresse nur im Sinne eines rein menschlichen Glückwunsches zustimmten, haben wir selbstverständlich alles in Form und Inhalt darüber hinausgehende abgelehnt. Da wir unmittelbar vorher dem offiziellen Hoch auf das regierende Haus ferngeblieben waren, so konnte umsoweniger ein Zweifel über Charakter und Grenze unserer Zustimmung aufkommen.

Ein Glückwunsch gilt immer und überall nur in dem Sinne, in dem der Darbringende ihn meint. Niemand in der Kammer konnte darum unsere Zustimmung anders auffassen, als sie von uns gemeint war, und meines Wissens hat sie auch niemand in der Kammer oder in der gegnerischen Presse anders aufgefaßt. Deshalb halte ich auch das Bestreben eines Teils der Parteipresse, unserem Vorgehen die weitergehende Bedeutung beizumessen, gegen die wir uns ausdrücklich verwahrt hatten, für durchaus unbegründet und verfehlt.

Auch der Umstand, daß das neugeborene Kind der präsumtive Thronfolger ist, spielt dabei gar keine Rolle. Es ist nebenbei bemerkt, auch für die Frage des Fortbestands des monarchischen Systems im Großherzogtum Hessen ganz gleich, ob der Großherzog einen leiblichen Erben hat oder nicht. Es handelte sich für uns lediglich darum, dem Großherzog ein Zeichen persönlichen Mitempfindens und persönlicher Achtung zu geben. Das glaubten wir dem Manne geben zu sollen, der im Falle Eignert einer Welt von Vorurteilen und einem einflussreichen Parteiklüngel zum Trotz sich auf unsere Seite gestellt hatte.

Selbst wenn sich das nicht mit unserem prinzipiellen Standpunkt vereinbaren ließe — was ich aber ganz entschieden bestritte — so müßte ich es doch dem Nachdenken der Parteigenossen überlassen, ob unser Vorgehen nicht in der Situation geboten war, in der wir uns an jenem der Verhandlung über den Fall Eignert gewidmeten Tage befanden. Ein Parteiblatt erklärt zornig: Sozialdemokraten haben im Parlament nur die Interessen der Arbeiter zu vertreten, sonst nichts. — Der Satz trifft in seiner Allgemeinheit zwar nicht zu, in diesem Falle aber stimmt. Um die wirksamste Vertretung der Interessen unserer Arbeiterwähler handelte es sich für uns an diesem ganzen Tage, und als wir spät am Abend den Kampfplatz verließen, hatten wir das frohe Bewußtsein, das auch mit gutem Erfolg besorgt zu haben.

Eduard David.

Wir haben unsere Stellung zu der Angelegenheit dargelegt und müssen gestehen, daß uns die Zuschrift ganz und gar keine Veranlassung gibt, sie zu ändern. Wir haben kein Verständnis für die schäme Umgehung eines grundsätzlichen Hindernisses, wie sie die heftige Kammerfraktion in diesem Fall ausgeübt hat, auch kein Verständnis für die feine diplomatische Taktik, die Genosse David zum Schlusse darlegt.

Verfehlt ist die Verurteilung des Genossen David auf die gegnerische Presse. Wenn wir der Angelegenheit größere Bedeutung beimessen würden, so könnten wir ihm das mit Zitaten aus der „Arbeits-

zeitung“, der „Post“ und dem „Berliner Tageblatt“ belegen. Wir begnügen uns indes mit der Anführung der Anfangsstrophe eines Gedichts, das heute der „Mf“, die Wigblattbeilage des „Berliner Tageblatts“ bringt. Sie lautet:

Großmächt'ger Herr von Hessen!
Wir wollen nicht vergessen,
Das Anstand heißt und Brauch,
Euch ist ein Prinz erkunden:
Das freut in Euren Landen
Den roten Umsturz auch!
Wir freuen uns mit dem Säbchen,
Doch wollen die Prinzipien
Wir drum vergessen nie.
Wir rufen: Heil und Segen!
Und gleichfalls allewegen:
Fort mit der Monarchie!

Es wäre besser gewesen, wenn die heftige Kammerfraktion unseren Gegnern nicht so wohlfeile Gelegenheit zum Spott geboten hätte.

Gemeinbewahlen.

Einem bemerkenswerten Erfolg erlangen unsere Genossen in Schönhaide bei Eibenrod (Sachsen). In der Klasse der Unanfähigen wurden drei Genossen gewählt, die als erste Sozialdemokraten in das dortige Gemeindeparlament einzuziehen.

Bei einer Wahlbeteiligung von 41 Proz. gingen in Jwiskau die Stadtverordnetenwahlen vor sich. Die bürgerliche Liste vereinigte auf ihre Kandidaten 1314 bis 1412 Stimmen. Die sozialdemokratische Liste brachte es auf 447 bis 579 Stimmen. Bei den letzten Wahlen wurden bis 588 Stimmen für die sozialdemokratischen Kandidaten gezählt. Die sozialdemokratischen Stimmen haben sich also nur unwesentlich vermehrt.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Breslau unterlagen unsere Genossen in allen fünf Bezirken den bürgerlichen Kandidaten. Die Mehrheit der vereinigten Liberalen ist damit von zwei auf acht Sitze angewachsen. Die Sozialdemokraten haben, wie bisher, zwei Sitze.

Von kleineren sächsischen Gemeinden haben Wahlen sozialdemokratischer Kandidaten zu verzeichnen: Unterweihig bei Dresden, Pulsnitz, Schmiedeberg, Groß-Lupa, Lausa, Schmöden bei Wurzen, Neukirchen und Reichenbrand bei Chemnitz.

Der Zentralwahlverein „Ost-Prignitz“ hielt in Wittstock eine außerordentliche Generalversammlung ab. Erschienen waren aus dem Kreise etwa 80 Genossen. Ferner waren anwesend: der Genosse B. Raab, Berlin, als Kandidat des Kreises; als Vertreter der Agitationskommission der Genosse C. Schulz, Berlin, und vom 6. Berliner Reichstagswahlkreis war der Genosse W. Klauß belegiert.

Den Tätigkeitsbericht des Vorstandes gaben die Genossen Nagel, Schudath und Schulz, da der Vorsitzende Partels sich dazu außerstande erklärte. Im Bericht wie in der anschließenden erregten Diskussion wird von allen beteiligten Genossen die mangelhafte Tätigkeit des Vorstandes aufs schärfste gerügt.

Genosse Schulz berichtete, daß es bei der diesjährigen Kalenderverbreitung, die ohne jede Störung erfolgt sei, gelungen ist, die Zahl der Orte, mit denen Verbindungen bestehen, auf über 80 zu erhöhen. Die „Fadel“ werde nunmehr in über 1000 Exemplaren im Kreise verbreitet. Der Vorschlag des Genossen Schulz, in absehbarer Zeit eine Zusammenkunft aller „Fadel“-Empfänger des Kreises zu veranstalten, wurde einstimmig angenommen.

Genosse Raab skizzierte nun in kurzen Zügen die Tagesordnung und die Bedeutung des preussischen Parteitages. Das von Groß-Berlin ausgearbeitete Statut wird nach längerer Debatte gutgeheißen. Zum Delegierten wurde der Genosse Raab gewählt.

Stockholms Arbeiterbibliothek. Ein großartiges Unternehmen der organisierten schwedischen Arbeiterschaft, die Arbeiterbibliothek in Stockholm, hat Anfang dieses Monats sein fünfzehnjähriges Bestehen gefeiert. Am 4. Dezember 1891 wurde die Bibliothek durch den Arbeiterbibliothekverband gegründet, der jetzt aus 142 Organisationen mit 23 000 Mitgliedern besteht. Sie zählt jetzt über 17 000 Bände; 70 Zeitungen und Zeitschriften werden gehalten, meist schwedische, aber auch norwegische, dänische und deutsche. Die Bibliothek hat zwei Hauptlokale, die Zentralbibliothek im Volkshaus und die Subbibliothek. Außerdem 8 Ausleihstationen, die das Entleihen und Abkriegen der Bücher in allen Stadtteilen so bequem wie möglich machen sollen. Die Zahl der Bücherentlehnungen ist von 3008 im Jahre 1892 auf 82 507 im Jahre 1906 gestiegen, und die Ausgaben der Bibliothek betragen im Jahre 1905 rund 18 000 Kronen. Seit zwei Jahren gibt die Stadt Stockholm einen Zuschuß von 4000 Kronen zu dem Unternehmen.

Der Sozialismus in Japan. Unsere japanischen Genossen sind kürzlich auf neue Verfolgung worden infolge der Unruhen, die gegen die Tramwaygesellschaft ausgebrochen waren. Einer unserer Genossen hatte sich vor Gericht zu verantworten, weil seine Broschüre: „Der Kampf zwischen Reich und Arm“ als Aufreizung zum Klassenhass betrachtet wurde. Er mußte aber freigesprochen werden. Eine Zeitung unserer Genossen: „Die Volkszeitung“, die wöchentlich erscheint, ist ebenfalls unterdrückt worden. Es wird aber in der nächsten Zeit ein sozialistisches Tageblatt erscheinen. Sehr regsam sind die japanischen Genossen, die in San Francisco leben. Vom 1. Dezember ab wurde eine Monatschrift „Labor“ in San Francisco herausgegeben.

Hus der Frauenbewegung.

Fortschritt der politischen Frauenorganisation. In Rempten, einer roden-schwarzen Stadt im bayerischen Allgäu, hat sich eine Gruppe sozialdemokratischer Frauen gebildet. Demnächst soll eine Versammlung stattfinden, in welcher eine Vertrauensperson gewählt wird.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Adlershof. Montag, 11. Dezember, bei Wölkstein, Wilmersdorferstr. Vortrag. Frau Jerge.

Witterungsübersicht vom 7. Dezember 1906, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag, Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Temp. u. d. Tag. Rows include Swinemünde, Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M., Kopenhagen, Wien, Daprunba, Petersburg, Sibirien, Aberdeen, Paris.

Wetterprognose für Sonnabend, den 8. Dezember 1906. Zunächst etwas kälter, vorwiegend heiter bei schwacher Luftbewegung; später wieder lebhaftere südwestliche Winde, neue Erwärmung und Trübung, ohne erhebliche Niederschläge.



Grosse Mengen aussortierter Knaben-Mäntel und Anzüge

werden zu teilweise weit unter dem Herstellungswert herabgesetzten Preisen ausverkauft und zwar, so lange Vorrat reicht . . . von 2 M. an

Knaben-Winter-Joppen warm gefüttert 9.-7.-6.-5.- 4 M.

Baer Sohn

Spezial-Haus größten Massstabes.

Chausseestrasse 24a/25 • 11 Brückenstrasse 11 Gr. Frankfurterstr. 20.

Der Haupt-Katalog No. 39 (neueste Wintermoden) wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.

Advertisement for A. Grün, Optiker, Brunnenstr. 4. Weihnachts-Ausstellung. Includes list of optical instruments like binoculars, cameras, and lenses with prices.

Advertisement for Schuhwarenhaus. Schuhmachermäster, jetzt Neue Köstr. 12. Includes list of shoe types and prices.

Advertisement for Beka-Platte à 3. Includes image of a gramophone and text about music records and weekly payments.

Advertisement for Versandhaus Germania. Hochvornehme Herren-Paletots und Anzüge. Includes list of clothing items and prices.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 8. Dezember.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Schauspielhaus. Hamlet, Prinz von Dänemark.
Deutsches. Das Wintermärchen.
Westen. Der Schmetterling.
Nachmittags 3 1/2 Uhr: Kindestreue und Weihnachtsbrot.
Vorabend. Die Fledermaus.
Nachmittags 8 Uhr: Peter und Paul reisen ins Schlaraffenland.
Anfang 8 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Salomé.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Hoffnung auf Segen.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.) Donna Diana.
Leitung. Der heimliche König.
Neues Schauspielhaus. Die Hochzeitsfackel.
Nachmittags 3 Uhr: Aschenbrüdel.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Berliner. Missetat.
Neues. Die Condottieri.
Komische Oper. Lakmé.
Reizend. Florette und Patapon.
Zentral. Der Vogelhändler.
Nachmittags 3 1/2 Uhr: Schneewittchen und die sieben Zwerg.
Lustspielhaus. Jafarenleber.
Nachmittags 3 1/2 Uhr: Gänsefelle.
Deutsch-Amerikanisches. Im wilden Westen. Herr Hauptmann v. Köpenick.
Nachmittags 3 1/2 Uhr: Eine Reise durch das Märchenland.
Thalia. Eine lustige Doppelse.
Nachmittags 4 Uhr: Rotkäppchen.
Süden. Flotte Weiber.
Nachmittags 4 Uhr: Frau Holle.
Bernhard Rose früherer Carl Weich. Die neue Welt.
Nachmittags 4 Uhr: Rag und Moch.
Trionon. Wo ist der Papa? Vorher: Herr Dupp.
Walhalla. Spezialitäten.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Kaffee. Die beiden Champignol.
Spezialitäten.
Gelbes Caprice. Debüt Fleischmann.
Passage. Berlin paß' auf! Spezialitäten.
Reichshallen. Steffiner Säng.
Wintergarten. Spezialitäten.
Urania. Tändelei (18/19). Im Theater abends 8 Uhr: Der jüngste Ausbruch des Vesuv.
Sternwart. Invalide (57/62).

Ferdinand Bonn.
Berliner Theater.
Heute abends 8 Uhr:
Sherlock Holmes.
Sonntag Gastspiel Lucie Blerna: Liala.
Montag: Sherlock Holmes.

Theater des Westens
Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12.
Nachm. 4 Uhr: Kindevorstellung Keine Peine.
Kindestreue und Weihnachtsbrot.
Abends 7 1/2 Uhr:
Der Schmetterling.
Fritz Werner a. G.

Neues Schauspielhaus
Nachmittags 3 Uhr:
Aschenbrüdel.
Abends 8 Uhr:
Die Hochzeitsfackel.
Sonntag 8 Uhr: Die Hochzeitsfackel.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Condottieri.
Morgen und folgende Tage:
Die Condottieri.

Kleines Theater.
Zum 133. Male:
Ein idealer Gatte.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtasy.
Abends 8 Uhr: Ein idealer Gatte.
Montag: Ein idealer Gatte.

Komische Oper.
Abends 8 Uhr: **Lakmé.**
Indische Tänze.
Sonntag nachmittag: Carmen.
Abends: Hoffmanns Erzählungen.
Montag: Figaros Hochzeit.

Lortzing-Theater
Bellalliancestr. 7/8.
Nachmittags 3 Uhr:
Mischerischenvorstellung: Peter und Paul reisen ins Schlaraffenland.
Abends 7 1/2 Uhr:
Zar und Zimmermann.
Abendmenschen gütig.
Lustspielhaus.
Nachmittags 3 1/2 Uhr: Gänsefelle.
Abends 8 Uhr:
Hasenleber.

Zentral-Theater.
(Cigarette.) 3 1/2 Uhr halbe Preise: Schneewittchen und die 7 Zwerg.
Abends 8 Uhr: Der Vogelhändler.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Heute im Theater 8 Uhr:
Der jüngste Ausbruch des Vesuv.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung:
Frau Holle.
Weihnachtsmärchen in 6 Bild. v. Görner.
Abends 8 Uhr:
Flotte Weiber.
Sonntag 3 Uhr: Ein Volksfest.
Abends 8 Uhr: Des Moores und der Liebe Wolfen. Montag: Flotte Weiber.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Florette und Patapon.
Schwan in 3 Akten v. M. Demmequin und Pierre Weber.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Eine Hochzeitsnacht.

Rixdorfer Theater
Burgstraße 147.
Sonntag, 8. Dez., nachm. 3 Uhr:
Sollsvorstellung:
Die Jüdin von Toledo.
Abends 7 1/2 Uhr:
Wilhelm Tell.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Zum 110. Male:
„Im wilden Westen“
und der große Lachertag
Herr Hauptmann v. Köpenick.
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Pr.
Ueber'n großen Teich.

Bernhard Rose-Theater
Woche Anstaltsstr. 182
Nachm. 4 Uhr Kindevorstellung
Max und Moritz.
Abends 8 Uhr:
Morgen nachm.: Der Glöckner von Notre-Dame. Montag: Ausgewiesen.

W. Noacks Theater.
Direktion Rob. Dill. Schumannstr. 16.
Große Extra-Vorstellung:
Nur vielfachen Wunsche
Königin Luise.
Schauspiel in 3 Akten und einem Schlußbilde.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.
Sonntag: Im Edelgrund und tiefen Wald.

Metropol-Theater
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollander. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.

Massary, Wolf, Bender.
Giampietro, Josephi.
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.
Sonntag, 9. Dez., nachm. 3 Uhr:
Ermäßigte Preise
Auf in's Metropol.

Apollo Theater
Die neueste Attraktion des Varietés:
Athletik-Klub.
Kunst von Julius Eindehofer.
36 Damen! 36 Damen!
Barra-Truppe, Barlett, Jirko mußf. kom. Akt. von Paul Sander.
Dazu 8 erstklassige Spezialitäten und Berlin im Omnibus.

Passage-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Berlin paß' auf!
Vorlesung in 2 Akten v. Leop. Gll. Musik von Rudolf Reifson.
In den Hauptrollen: Josefina Dora, Paulette van Roy, Georg Kaiser, Martin Bendix.
Außerdem: Die glänzenden Dezember-Spezialitäten.

Folies Caprice
Linienstr. 132
Ecke Friedrichstraße.
Dir. Felix Berg.
Heute:
Debüt Fleischmann!
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf von 10-2 Uhr u. b. Wertheim.

Palast-Theater.
Burgstraße 24.
Massen-Vorstellungen
— von erstklassigen Spezialitäten vom 1. bis 31. Dezember 1906 —
arrangiert von der
Internationalen Artisten-Loge. E. V. Berlin.
Anfang der Vorstellungen: Sonntags 7 1/2 Uhr, wochentl. 8 Uhr.

Zirkus Schumann
Heute Sonnabend, 8. d. D., abends präz. 7 1/2 Uhr:
X. Grande Soirée High Life, Gala-Programm.
u. a.: Die jugendliche Schilkeleiterin
v. Dora Schumann.
Will. H. Hill?
genannt
das Phänomen.
Ferner: Zum erstenmal in Europa:
Moki-Indianer-Truppe
Direktor Alb. Schumanns neue und moderne Dressuren.
Außerdem: Die großartigen neuen Spezialitäten.
Um 10 Uhr: Die große Ausstattungspantomime: Ein
Tag in Monte Carlo.
Sonntag: 2 Galanokt., nachm. 3 1/2 Uhr (ein Kind frei) und abends 7 1/2 Uhr.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergweg 19/20
Am Rosenthaler Tor.
Eine Variété-Vorstellung einzig in ihrer Art.
60 internationale Artisten 60.
Unter anderem:
Die 12 Akrobaten doch in ihren phänomenalen ständigen Spielen mit 3 Bohnen und Eiern.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.
Morgen Sonntag:
2 Vorstellungen
nachm. 3 1/2 Uhr keine Preise.
Jeder Erwachsene ein Kind frei.

Sanssouci, Kottbuser Straße 4a
Direktion Wilhelm Reimer
Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutscher Säng.
und Tanzkränzen.
Nächsten Sonntag:
Gr. Elite-Soirée. (Durchweg neues Progr.)
Sonntag Beginn 5, Montag 8 Uhr.
Dienstag, 11. Dez.: Theater-Abend.
Der Leiermann und sein Pflegekind.

Reichshallen-Theater.
Steffiner Säng.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 8 Uhr.
7 Uhr.

Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Programm.
Verbindung mit größter Film-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
♦ Den ganzen Tag Vorstellung. ♦
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Gustav Behrens Theater, Berlin O., Frankfurter Allee 85.
Das vollständig neue
Dezember-Programm.
Neu! Der Hauptmann v. Köpenick großer Lachertag. Neu! 22 Nummern.
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntag 5 1/2 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Hoffnung auf Segen.
Schiffer-Drama in 4 Bildern von Hermann Heijermans jun.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die rote Robe.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Doppelselbstmord.
Montag, abends 8 Uhr:
Die Hoffnung auf Segen.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelms-St.)
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Donna Diana.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Moreto.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Das Lumpengestadel.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Heimat.
Montag, abends 8 Uhr:
Mathias Gollinger.

Prater-Theater.
Kastanien-Allee 7/9.
Massen-Vorstellungen
— von erstklassigen Spezialitäten vom 1. bis 31. Dezember 1906 —
arrangiert von der
Internationalen Artisten-Loge. E. V. Berlin.
Anfang der Vorstellungen: Sonntags 7 1/2 Uhr, wochentl. 8 Uhr.

Zirkus Busch.
Heute abends 7 1/2 Uhr:
Um 7,9 Uhr: Die größte
Tiger- u. Löwengruppe,
dressiert und vorgeführt vom
Dompteur Herrn Willy Peters.
Außerdem:
Gr. Origin.-Musik-Pantomim. in 7 Bild.
Bel. hervorzuh.: Rabium-Pollett.
Die großen Kampfsportler I. Jitkas
Galgula. Die Todesfahrt über
die zerprengte Brücke. Phant.
Allegorie in feinsten Licht-
und Wasserpielen.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergweg 19/20
Am Rosenthaler Tor.
Eine Variété-Vorstellung einzig in ihrer Art.
60 internationale Artisten 60.
Unter anderem:
Die 12 Akrobaten doch in ihren phänomenalen ständigen Spielen mit 3 Bohnen und Eiern.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.
Morgen Sonntag:
2 Vorstellungen
nachm. 3 1/2 Uhr keine Preise.
Jeder Erwachsene ein Kind frei.

Sanssouci, Kottbuser Straße 4a
Direktion Wilhelm Reimer
Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutscher Säng.
und Tanzkränzen.
Nächsten Sonntag:
Gr. Elite-Soirée. (Durchweg neues Progr.)
Sonntag Beginn 5, Montag 8 Uhr.
Dienstag, 11. Dez.: Theater-Abend.
Der Leiermann und sein Pflegekind.

Reichshallen-Theater.
Steffiner Säng.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 8 Uhr.
7 Uhr.

Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Programm.
Verbindung mit größter Film-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
♦ Den ganzen Tag Vorstellung. ♦
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Gustav Behrens Theater, Berlin O., Frankfurter Allee 85.
Das vollständig neue
Dezember-Programm.
Neu! Der Hauptmann v. Köpenick großer Lachertag. Neu! 22 Nummern.
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntag 5 1/2 Uhr.

Colosseum
Dresdenerstr. 97.
Das urkomische
Dezember-Programm.
Neu! Am Kongerplatz: Neu!
D' Wundschinbrüder.
Seit Wiener Schrammeln
und sechs erstklassige Melangekräfte.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Stets erstklassige Nebenpiele.
Nach der Vorstellung: **Gr. Tanz.**
Tanzleitung: B. Sachse.
Anf. Sonntag 5, Donnerstag 8 Uhr.

Passage-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Berlin paß' auf!
Vorlesung in 2 Akten v. Leop. Gll. Musik von Rudolf Reifson.
In den Hauptrollen: Josefina Dora, Paulette van Roy, Georg Kaiser, Martin Bendix.
Außerdem: Die glänzenden Dezember-Spezialitäten.

Folies Caprice
Linienstr. 132
Ecke Friedrichstraße.
Dir. Felix Berg.
Heute:
Debüt Fleischmann!
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf von 10-2 Uhr u. b. Wertheim.

Palast-Theater.
Burgstraße 24.
Massen-Vorstellungen
— von erstklassigen Spezialitäten vom 1. bis 31. Dezember 1906 —
arrangiert von der
Internationalen Artisten-Loge. E. V. Berlin.
Anfang der Vorstellungen: Sonntags 7 1/2 Uhr, wochentl. 8 Uhr.

Zirkus Schumann
Heute Sonnabend, 8. d. D., abends präz. 7 1/2 Uhr:
X. Grande Soirée High Life, Gala-Programm.
u. a.: Die jugendliche Schilkeleiterin
v. Dora Schumann.
Will. H. Hill?
genannt
das Phänomen.
Ferner: Zum erstenmal in Europa:
Moki-Indianer-Truppe
Direktor Alb. Schumanns neue und moderne Dressuren.
Außerdem: Die großartigen neuen Spezialitäten.
Um 10 Uhr: Die große Ausstattungspantomime: Ein
Tag in Monte Carlo.
Sonntag: 2 Galanokt., nachm. 3 1/2 Uhr (ein Kind frei) und abends 7 1/2 Uhr.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergweg 19/20
Am Rosenthaler Tor.
Eine Variété-Vorstellung einzig in ihrer Art.
60 internationale Artisten 60.
Unter anderem:
Die 12 Akrobaten doch in ihren phänomenalen ständigen Spielen mit 3 Bohnen und Eiern.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.
Morgen Sonntag:
2 Vorstellungen
nachm. 3 1/2 Uhr keine Preise.
Jeder Erwachsene ein Kind frei.

10 000 Mark Strafe

Bei der Deutschen Bank deponiert, verpflichtet wir uns an die Armen Berlins zu zahlen, wenn dieses Angebot nicht streng reell ist und auf Wahrheit beruht. Arbeiter! Handwerker! Wollt Ihr Euch billig und gut kleiden, laßt uns die von unserer Kundenschaft nicht abgenommenen feinen **Maßanzüge** und **Paletots** ab, welche wir zum Selbstkostenpreis und darunter abgeben, damit unsere guten Sachen nicht den Kaufleuten zum Opfer fallen. Infolge unseres großen Versandgeschäftes hat sich wieder ein Vorrat angehäuft und möchten wir bis Weihnachten räumen. Jeder, der ein Kleidungsstück braucht, frage bei uns nach, wer nichts findet, kann unbedenklich gehen. Es kommen noch andere Waren (spottbillig mit zum Verkauf. 29872*

Gehr. Heinemann, Modehaus Gentleman,
Mittelstraße 46 (Haupteingang: Mittelstr. 46, 1 r. Kein Laden.
Unter den Linden 55/56! Bitte auf Firma zu achten:
Geöffnet: Sonntags 9-10 und 12-2 Uhr.
Wochentags 8-12 und 3-8 1/2 Uhr.
Um zu beweisen, wie streng reell unser Verkauf ist, erklären wir uns bereit, jedes Kleidungsstück, wenn auch getragen, nach drei Tagen gegen Rückzahlung des vollen Kaufpreises zurückzunehmen.

Jeder Herr!!
ist verpflichtet, mein Angebot zu prüfen!
S. Littmann
Zentrale für Herren- u. Knaben-Moden
nur No. 2 Oranienstraße nur No. 2
nahe Station Hochbahn Oranienstraße. 29122*

Ohne Kaufzwang
offerierte ich:
Elegante Winter-Paletots von Mk. 10,50 an
Hochfeine Eskimo-Paletots " " 14,50 "
Fein, fein englische Paletots in allen Fassons " " 13,50 "
Fein mit Seide gesteppte Eskimo-Paletots in allen Farben und Fassons " " 19,50 "
Hochfeine Einsegnungs-Anzüge " " 10,75 "
Elegante Herren-Anzüge " " 13,— "
Solide Herren-Anzüge " " 14,50 "
Hochfeine Rock-Anzüge, 1- u. Zweifig " " 22,50 "
Hochfeine Kammer-Anzüge " " 16,50 "
Elegante Lodenjoppen in allen Farben u. Fassons " " 5,50 "
Feine Barschen-Anzüge " " 5,75 "
Schöne Knaben-Anzüge für jedes Alter " " 3,50 "
Elegante Radfahr-Anzüge " " 12,50 "

Anzüge sowie Paletots für extra korpulente Herren in großer Auswahl vorrätig von 18,50 Mk. an.
Vorzeiger des Inserats erhält beim Einkauf 5 Prozent Rabatt.
Bestellungen nach Maß sowie Reparaturen werden sauber und billig ausgeführt.
Prinzip: Großer Umsatz — Kleiner Nutzen.

S. Littmann, Zentrale für Herren- und Knaben-Moden
nur No. 2 Oranienstraße nur No. 2.
Bitte genau auf Firma u. Hausnummer zu achten!

SALAMANDER
DAS HERRVORAGENDSTE ERZEUGNIS DER DEUTSCHEN SCHUH-INDUSTRIE
EINHEITSPREIS:
FÜR DAMEN U. HERREN Mk. 12,50
LUXUS-AUSFÜHRUNG Mk. 16,50

SALAMANDER
SCHUHEGESellschaft m. b. H.
BERLIN W. FRIEDRICH-STRASSE 182
C. KÖNIG-STRASSE 47
SW. FRIEDRICH-STRASSE 221.

ahnleidende sparen!
Schmerzen, Zeit und Geld! Vollständig schmerzlose Behandlung.
Zähne 2 Mk. 12 Jahre Garantie.
Sprechst. 9-7.
Wöchentliche Teilzahlung!
„Deutsch-Amerikanische Zahn-Klinik“ Prinzenstraße 45 (am Moritzplatz).

Arbeiter-
Berufs-Kleidung.
Trifotagen
Winter-Artikel
Brunnenstraße 158
zweites Haus von d. Anflammetzt.
Gelber Laden.

Prüfen, Ueberzeugen, Kaufen Praktische Weihnachtsgeschenke.

Wir verkaufen Weihnachtsartikel **fabelhaft billig** und geben ausserdem vom 8. bis 13. cr. bei einem Gesamt-Einkauf von **5 Mark** an, einen

Gratisbon auf Weihnachtsbäume

Die Ausgabe der Weihnachtsbäume erfolgt vom 12. bis 18. cr. gegen Rückgabe der Bons.

Obstkäse, Majolika, mit sechs Tellern 2.95 M	1 Briefmarken-Album, div. Ausführung 48 Pt.	Jacquard-Servietten, 6 Stück 1.45, 2.75 M	Weiche Berrenhüte, mod. Formen 1.85 M
Eryll-Käseglocken, geschliffen 3.50 M	Poesie-Album, eleg. gebunden 45 Pt.	Kaffeegedeck mit 6 Servietten 1.85, 2.95 M	3 Berrencrawatten L. Carton, Schließen und Regatta 98 Pt.
Eryll-Butterglocke, geschliffen 2.95 M	Stollwerk-Album 95 Pt.	Teegedecke mit 6 Servietten 3.25, 5.95 M	12 Stück Berrenfederkragen, div. Form 2.45 M
6 Stück Römer-Glaser, dekoriert 2.25 M	Zigarrentafel, Ia Leder . . . 3.60 M	Wärmestücker Kämmler-Tischdecken . . 4.95 M	6 Stück weisse oder bunte Serviteurs 2.00 M
6 Stück Römer-Glaser, hoch. Fuss, sehr eleg. 3.25 M	Zigarrentafel, Metall, mod. . . 48 Pt.	Wärmestücker Kämmler-Tischläufer, mod. 2.65 M	3 weisse Berren-Oberhemden 5.75 M
Wecker, gutgehend m. dopp. Alarmgl. 2.65 M	Brieftasche, Kunstleder 48 Pt.	Kaffeedecken, grosse Muster-Auswahl 95 Pt., 1.65 M	6 Paar Manschetten, stark m. zwei Knöpfchen 2.75 M
Stubenuhr, elektr. gleichz. & Wecker 4.50 M	Brieftasche, Ia Leder 1.85 M	Abenddecken, sehr eleg. von 4.25 bis 16.00 M	1 eleg. Seldener Kragenschoner 75 Pt.
Vernickelte Kämmlerschäufel mit Beisen 1.25 M	Vilfentenkartentafel 48 Pt.	Damast-Tischgedecke für Personen 4.95 M	3 Paar weisse oder farbige Damenglacéhandschuhe L. Carton 2.95 M
Nickel-Service, 4stellig 9.85 M	Schreibmappe 95 Pt.	Küchenhandtücher, Dreif. rote str. 1.65 M	1 Paar Herren-Nappahandschuhe 1.95 M
Schaukelstuhl, elegant 18.50 M	Buchhüllen, eleg. Ausführung . 2.10 M	Serifenkornhandtücher, Ia Qual. 2.20 M	Spazierstock mit silbergriff, 800 g. 2.50 M
Kindertafel mit Weihnachtsbild . . 48 Pt.	Ketentafel, modern 95 Pt.	Stubenhandtücher, Ia Dreif. 2.20, 3.25 M	Berren-Paletot, Ia Qual. 10.50, 15.00 M
Weihnachtsbaumständer mit Musik 11.75 M	Reliefafel, Kunstleder 1.85 M	Damasthandtücher, ganz u. gebündert 4 Stück 3.25 M	Berren-Anzüge, modern gearb. 9.50, 14.50 M
Orgel mit Platten 5.25 M	Operngläser, von 1.60 bis 28.00 M	Damasthandtücher, 6 Stück 3.75 M	Berren-Weiten, Herren-Fantasie 1.75, 2.25, 3.95 M
Symphonium 7.85 M	Schulmappen für Knaben u. Mädchen 95 Pt.	Küchentücher, mit diversen Inschriften 6 Stück 1.75 M	Berren-Schlafrocke, elegante Ausführung 8.50 M
Ziehharmonika, vollstimmig . . . 3.45 M	Portemonais, für Damen u. Herren sehr elegant 1.10 M	Polier- u. Staubtücher 6 Stück 55 Pt.	Berren-Haus- und Morgen-Joppen 10.50 M
Zither, zum Erlernen 2.95 M	Zeltungsmappen, Lincroster . 1.95 Pt.	Rolltücher, Ia Qualität 80 Pt., 1.35 M	Berren-Beinkleid 2.25, 3.75, 4.95 M
Phonographen, gutspielend . . . 3.50 M	Stereoskop 1.10 M	1 geflicktes Damenhemd und Beinkleid mit Stickerei 2.45 M	Knaben-Anzüge 3.25, 4.65, 8.75 M
Phonographen mit Biamentrichter, sehr eleg. ant. 12.50 M	Briefkassette 48 Pt.	1 Damenballhemd u. Knabenkleid, mit Sottee 6.25 M	Knaben-Paletot 4.50, 6.50, 9.75 M
Schaukelpferd, hübsch ausgest. 2.95 M	Mädchenbücher 24 Pt.	1 Damenballhemd mit Band und Spitze 2.75 M	1 eleg. Plüschdecke mit Kurbel 10.75 M
Puppenwagen, elegant 4.50 M	Klaffker, sämtliche Werke, elegant gebunden 1.25 M	3 Stck. Damennachtjaken mit Spitze u. breiter Stickerei 2.85 M	1 Filzstulchdecke mit Kurbel 2.45 M
6 Stück Dessertteller, sehr dekoriert 1.75 M	Jugendschriften, eleg. gebunden 95 Pt.	1 eleg. Damenunterrock m. breiter Stickerei 2.95 M	1 eleg. Tuchlichdecke, moderne Ausst. 7.85 M
Milchtopfe, sehr, Satz 6 Stück . 1.45 M	6 Stück Vellidenseife im Carton 95 Pt.		

Ein Transport Kanarienhähne gute Roller Stück 6.55	Ein Transport chinesischer Nachtigallen (Hähne) Stück 5.25	Ein Transport roter Tigerfinken Stück 1.25
--	--	--

Vorratsformen, echt 4 Stück Delft, weiss-gold 5.50 M	2 Stück Seife 1 Flasche Parfüm im Carton 48 Pt.	6 Stück Seidenbatist-Tafelhandtücher mit bunter Kante 1.65 M	1 Retsedecke, div. Ausführungen . . 8.50 M
Coldrandtassen od. Teedial. Paar 1.60 M	Weihnachtslichte, Prund 55 Pt.	6 Stück Linon-Tafelhandtücher im Cart. 1.15 M	Challielonguedecken, eleg. 4.45, 7.85 M
Küchenbrett, elegantes, mit 6 div. Küchen-Utensilien 2.95 M	1 eleg. Parfüm-Zerstäuber . . . 78 Pt.	6 Stück klein Berrenhandtücher, gest. 2.25 M	3 Paar Damen-Tricothandschuhe 1.20 M
Kinderbetteck, 3stellig 42 Pt.	Eleg. Balltücher, ganz mit Malerei 78 Pt. 1.10 M	3 Stück Herren-Bardier-Hemden 3.75 M	3 Paar Damen-Strümpfe, geringelt Woll 2.85 M
Kinderbetteck, elegant 4stellig, Alpaca u. Ebenholz 1.45 M	Eleg. Federfächer, 98 Pt. 1.65 M	1 weisse Bettbezug u. 3 Kopfkissen 3.85 M	Cändelschürze u. Hauschürze 1.65 M
Ceeldöfel, Alpaca, 6 Stück 1.65 M	Eleg. seid. Handtäschchen mit Perle-stück 2.95 M	1 Bettlaken, Dewia- oder Halbblinen 1.25, 2.25 M	1 Satin-Unterrock mit warmem Futter 2.55 M
Ehldöfel, Alpaca, 6 Stück 2.25 M	Cachenez, reine Seide für Damen u. Herren 95 Pt. 1.65 M	1 eleg. Damenunterrock m. Spitzen u. Borten 5.25 M	1 Damencorlett m. Strumpfhalter und Soletten 1.85 M
Bettecks, vernickelt, 6 Paar 2.75 M	Kammgarnitur, komplett, 95 Pt., 1.45 M	1 Molton-Damenunterrock u. Beinkleid 2.95 M	1 Herr.-Normal-Hemd u. Hose 2.75 M
Bettecks, Ebenholz, 6 Paar 5.00 M	Eleg. Chiffonjabot 75 Pt., 1.35 M	3 Badehandtücher 2.25 M	Berrenweite, gestrickt 2.75, 3.25, 4.50 M
Obstmesser, Bein, 6 Stück 2.25 M	Nutria-Collier 3.95 M	Robe im Carton, 7 Meter 2.75, 3.90 M	1 elegante Teeschürze 1.45, 1.75, 2.50 M
Britannia-Ceeldöfel, 12 Stück . . . 90 Pt.	Kindergarnitur, Kragen und Muff 1.35, 1.75 M	Robe im Carton, 6 Meter Halb-tuch, Nonpouff 2.90, 5.25 M	3 Paar Herren-Socken Woll 1.75, 2.25, 2.85 M
Britannia-Ehldöfel, 12 Stück . . . 2.00 M	Canin Collier, schwarz 4.95, 5.75 M	Blouse im Carton, 1/2 Meter, mod. kariert 1.95 M	1 Damen-Unterrock 2.25, 2.95, 3.75 M
Büngelampe, Majolika, elegant 7.25 M	Tibet-Collier, schwarz, extra anc. 9.75, 12.75 M	Wollstoffe für Blusen und Kinderkleider Mr. 85 Pt. 1.25 M	1 Alpaca-Damen-Unterrock 9.75 M
Nachtlampe, elegant 2.95 M	Congress-Läufer elegant gestickt 2.25 M	Blouse im Carton, 4 Mr. Seiden-sammlet 3.95, 4.80 M	1 Damen-Theaterhawl 1.45, 1.95 M
Ofenvorsetzer, elegant 1.75 M	Stuben-Ueberhandtuch, elegant gestickt 98 Pt.	Blouse im Carton, 4 Mr. Seiden-tuch 3.75, 4.75 M	3 Paar Bandschuhe Damen und Kinder 1.60 M
Pfisteln, vernickelt 2.45 M	Küchenhandtuch, elegant gestickt . 95 Pt.	4 Mr. Chinée, reine Seide, mod. Farben 7.50, 8.90 M	1 Damen-Reformschürze mit Besatz 1.95 M
Reibmaschine, fein und grob mälend 2.25 M	Bärstentafel, gestickt 58 Pt.	Eleg. garn. Damenhut 3.95, 4.50 M	3 Kinder-Bänderchürzen 2.25 M
Wirtschaftswaage, mit Regulier-schraube 2.10 M	Wäscheidrankgarnitur, gestickt 1.45 M	Kinder-Velpelhüte mit schleier Schleiße 4.25 M	1 Damen-Umichlagetuch 2.45, 3.25 M
Fleisch-Hackmaschine 3.75 M	Bandarbeitsständer, elegant . . . 2.95 M	Kinderkapotten in Tuch 75, 95 Pt.	Damen-Suaven-Jacke 1.75, 2.25 M
Holzkafeemühle m. Nickeltricht. 2.95 M	Besenhandtuch, gestickt 2.85 M	Kind.-Matrolen-Eisfellmütz. 1.75 M	1 Paar Kinder-Gamaschen und 2 Paar Kindershümpfe 1.25 M
Küchenlampe, dekoriert 95 Pt.	Wäschebeutel, gestickte 1.35 M	Eleg. Seidenblouse, div. Farben 4.95 M	1 Herren- und Knaben-Sweater 3.75 M
Wassereimer m. Deckel, dekoriert 2.95 M	Damentlederhandschuhe mit Fleck 2.65 M	Velourblouse, modern gearb. 3.25 M	3 Paar Damenstrümpfe 1.35, 1.80 M
Militär-Ausrüstungen, komplett 98 Pt.	Damentleder-Strassenschuh mit Plüschbeinschoner 2.95 M	Wollblusen, ganz auf Futter . . . 5.50 M	1 Paar Spitzenhandschuhe und 1 Paar Bandschuhe mit zwei Druckkn. 1.40, 1.90 M
Pferdelistalle, reich ausgestattet, 48 Pt. bis 12.50 M	Damen-Kameelhaar-Schallens-tiefel 3.25 M	Kostüm-Faltenröcke 3.95, 5.75 M	1 Damen-Normalhemd und 1 Paar Beinkleider 2.95 M
Kinder-Automobil zum Selbstfahren, eleg. ausgestattet, 80 M	Berren-Lederhandschuhe mit warm-m Futter 3.25 M	Kinder-Bardier-Kleid mit Sammetpasser 1.10 M	1 elegant. Damen Summigrüfel mit Stahlpoints . 95 Pt., 1.45, 1.95 M
Kinderfahrbpulve, vorschritt-mässig 13.50 M	Berren-Saphian-Hauschuhe 3.10 M	Reinwoll. Kinderkleider mit Kurbel 3.25 M	1 gestrickter Damen-Unterrock 90 Pt., 1.45, 2.50, 3.25 M
Ellenbahnen, 4stellig, mit Schienen 98 Pt.	Jacquard-Tischtücher, mod. Muster 95, 1.25 M	Herren-u. Damenregenschirme reine Seide 5.90 M	
Dampfmaschinen, gutgehend . . . 98 Pt.	Jacquard-Tischtücher, Ia Qual. 1.75, 2.25 M	Damenchirme mit bunter Kante, Habécide 3.50 M	
1 Photographie-Album, eleg. Ausst. 95 Pt.	Tafeltücher in grosser Auswahl 3.75, 4.65, 6.25 M	Berrenchirme, reine Seide, m. Silber-griff, 800 gestempelt 7.50 M	
1 Postkarten-Album für 100 Karten 95 Pt.			

Heute Sonnabend: **Grosses Bockwurst-Essen.** Portion mit Kartoffelsalat 20 Pfg.
Im Erfrischungsraum: Streich-Konzert.

Warenhaus Jacob Gebrüder Nachflg.

Charlottenburg, Wilmersdorfer Strasse 55-56. Ecke Pestalozzi-Strasse.

Weihnachts-Aufträge für photographische Aufnahmen werden noch bis z. 20. cr. entgegen genommen.

Vermischtes.

Eine große Feuerbrunst zerstörte nach einer Meldung aus New-York in Lynne sechs große Schiffsfabriken.

Noch ein Opfer der Koburttataktrophe. Bei den Aufräumungsarbeiten in Witten ist noch die Leiche eines vermögenden Arbeiters gefunden worden.

Verschönerung Balparaisos ist heute veröffentlicht worden. Es ermächtigt die Regierung zur Aufnahme einer Anleihe von 1.100.000 Pfund Sterling.

Ueber das Unwetter laufen aus allen Hafenstädten Stobsposten ein. In Oberburg gelang es nur mit Mühe, mehrere Paddeldampfer in den Hafen zu bringen.

Der Wiederaufbau Balparaisos. Santiago de Chile, 6. Dezember. (B. L. B.) Das Gesetz über den Wiederaufbau und die

Allen Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der Schriftsetzer Philipp Schmitt

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer. Unsere verehrlichen Mitgliedern bringen wir hiermit zur Kenntnis, daß unser ehemaliger langjähriger Gauvorsteher, Kollege Philipp Schmitt

Castans Panopticum Friedrichstraße 163 Der Räuberhauptmann v. Köpenick. Die zusammengewachsenen Schwestern. Abends 6 1/2 Uhr: Familien-Bier-Kabarett.

Jeder Herr lese und überzeuge sich, denn unser Angebot ist einzig!!! Aus feinsten Massstoffen, teils auf Maße gefertigte, nur hochvernehme Herren-Anzüge Paletots

Allen Kollegen zur Nachricht, daß unser lieber Kollege Philipp Schmitt am 6. Dezember 1906 verstorben ist.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Die Beerdigung des Kollegen Hermann Bauch,

Alle Freunde nebst Familie und Bekannte lade ich hiermit Sonntag, den 9. Dezember 1906 stehenden Einweihung meiner neu erbauten Restauration

Spezial-Geschäft für Uhren 1 neue Uhr-Jeuer Ja 75 Pf. 1 neue Uhr-Rapier 15

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser Ernst Triebisch

Anna Sebastian. Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 2 Uhr auf dem Dorothienstädtischen Kirchhofe, Reinickendorf, Best, Scharnweberstr. 132, statt.

„Canaria“ Ausstellung und Verkauf von edlen Kanarienvögeln. Kaiser Wilhelm-Str. 18a Königs-Café. (Ecke Münz-Straße).

Größte Spezial-Pelzwaren-, Hut- und Mützen-Fabrik des Nordens. Sämtl. Pelzwaren werden in eigen. Werkstatt angefertigt.

Verein Berliner Hausknecht. Zentralverband der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Todes-Anzeige.

Max Kliem Sparbüchse für kleine Leute! Unterzeichnet hat sich entschlossen, seine in der Gemarkung Groß-Röris und Schwerin, herrlich an Seen gelegenen Grundstücke, eingeteilt in 120 Parzellen, gegen Teilzahlungen

Lassen Sie sich nicht durch ungläubliche Reklame verleiten und kaufen Sie keine billige Zither, die keine Stimmung hält. Ein solches Instrument ist etwas fürs Auge, aber wertlos.

Kraft-Rothwein feinsten Blutarmer u. kränkerkräftlich. Santa Lucia F. 150 u. 2 M. Überall zu haben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter Albert Wagner

Dem Volke sollten doch endlich einmal die Augen aufgehen, dass in der bisherigen Weise nicht mehr weiter gewirtschaftet werden kann, sollen die Verhältnisse nicht direkt zur Revolution führen.

Einzelverkauf zu Engrospreisen. Eigene Werkstätte. Pelzstolas Krüger, Kürschnerstr. Großes Lager aller Pelzarten. Billigste Preise. Kein Laden. Prenzlauer Allee 210, part.

Billiges einmaliges Angebot. 1 Tuchkleid nur 3 Mk. 90 Pf., bestehend aus 6 Meter doppelfarbigem Damast.

Am 6. Dezember nachmittags verstarb nach kurzem schweren Leiden unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der Gastwirt Andreas Finke

Zur Ansicht 2-reihige Künstler-Harmonika mit 21 Tasten (keine 19 wie bei andern), 4 Doppelklässen, 110 Stimmen, offen, Nickelklaviatur, Größe ca. 30 cm.

Alfred Krug, Brunnenstraße Nr. 54, Schönhauser Allee 115 u. 173 Herrenfilzhüte M. 1.90, 2.40, 3.-, 4.50.

Pelz-Waren in allen Preislagen u. Fassons. Eigene Anfertigung. Anerkannt größtes Spezial-Geschäft des Nordens.

Für die herzlichste Teilnahme und Anteilnahme bei der Beerdigung meines lieben, unerschöpflichen Mannes, des Tischlers August Schmager

Husberg & Comp., Neuenrade No. 802 Westfalen. Beste und billigste Besagquelle. 1 Jahr zur Probe! 100% Garantie: Umtausch oder Geld zurück.

Wurms Magendoclor, conc. Kräuterlikör, das Beste für den Magen. Apotheker A. Wurms Generaldepot, Zigarrenfabrik, Berlin O. 27.

Max Rosenthal, Kürschnermeister, 179, Brunnenstr. 179 gegenüber Necks Theater.

Turmstr. 76.

Lachmann & Scholz

Ottostraße 1.

Warenhaus

Bis auf Weiteres:

Bei einem Einkauf von je M. 5.— für 50 Pf.

Doppelte Rabattmarken. * Pfefferkuchen gratis nach Wahl.

Spandauer-Straße 45. Das Wunderhorn, Spandauer-Straße 45.

von natürlicher Stimme nicht zu unterscheiden.

Wegen allzu großen Andranges in unseren Geschäfte Dirksenstraße haben wir eine **Spezial-Abteilung in Grammophonen und Sprech-Maschinen** in unserem Engros-Hause **Spandauerstraße 45** eingerichtet und offerieren **zu Ausnahme-Preisen:**

Wunderhorn I

mit Tonarm, hochelegante Konzertschalldose und 5 Platten

nur **18 M.**

Wunderhorn II

mit 5 Stück 25 cm großen Beka-Platten, nach Wahl, neueste Schlager

nur **35 M.**

Wunderhorn III

erstklassige Konzert-Maschine

Aufsehen erregend

Preis **50 M.**

Größtes Lager in Grammophon-, Zonophon-, Odeon- und Beka-Platten

„Die neuesten Schlager und allerneuesten Weihnachts-Aufnahmen“

zu den billigsten Preisen

Spandauerstr. 45 L. Katz & Co. Spandauerstr. 45

am Molkenmarkt. am Molkenmarkt.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 10 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Bestbett, Unterbett, Kissen mit glattstem Anlet 10,50, Handliche Andreasstraße achtunddreißig 20429*

Wortje-gestreiftes Bestbett, Unterbett, zwei Kissen 18,00, Andreasstraße achtunddreißig, Handliche.

Bauerndebett, Unterbett, zwei Kissen 27,00, Große Waten 1,00, Leibhaus Andreasstraße achtunddreißig, Elektrische nach Bedarf.

Weihnachts-Ausverkauf! Großer Vollen Japaner- und Berliner Teppiche, 2 Meter lang, 2,35, 3,65, 5,85, Bettvorleger, Stuhl 0,38, 0,84, 1,25, 1,85, 2,15, 2,65, 2,95 usw., nur so lange Vorrat. 20018*

Robrikammer, echte Plüschteppiche, unbedeutende Befehler, 15 Prozent Rabatt, nur kurze Zeit, Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, zweites Haus von der Koppentstraße. 20028*

Robrikammer, Plüschteppiche mit kleinen Tischlern, reiche Stühle, 10 Prozent Rabatt, 6,85, 7,50, 9,85, 12,50 usw. 20038*

Suchportieren, Robrikammer, mit Durchbohrung, reich gefärbt, 7,35, 7,85, 8,90, 9,50 usw. 20058*

Stülcherdecken, Kellermuster, nur kurze Zeit, 1,85, 2,25, 2,85, 3,65, 4,35 usw. 20068*

Teppichdecken, seltene Gelegenheits, 2,85, 3,50, 4,35, 5,50, 6,50, 7,85 usw. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, zweites Haus von der Koppentstraße. 20078*

Vollständiger Ausverkauf, Jurafärbte Gardinen, 1-6 Fenster, bis 30 Prozent herabgesetzt, noch extra 15 Prozent Rabatt. 20088*

Vorzehgardinen, weiß, creme, gold und rot, Fenster 1,40, 1,85, 2,15, 2,45, 2,85 usw. 20098*

Einmaliges Angebot: Amsterdamer Kamelhaardeden, jetzt Stück 3,85, schwere Schafwolldecken, jetzt Stück 6,35, wert das Doppelte, Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, zweites Haus von der Koppentstraße. 21008*

Gardinenband Große Frankfurterstraße 9, parterre. 17

Teppiche mit Farbenflecken Robrikammer, Großer Frankfurterstraße 9, parterre. 11

Teppichdecken billigst Robrikammer, Große Frankfurterstraße 9, parterre. 11

Teppiche mit kleinen Befehlern, solange Vorrat, fast für die Hälfte, Teppichhaus Joseph, Rosenthalerstraße 2, am Tor. 21128*

Plüschdecken in diversen Größen und Farben mit kleinen Druckstellen, kolossal billig, Teppichhaus Joseph, Rosenthalerstraße 2, am Tor. 21138*

Gardinenreste, von 1 bis 3 Fenstern, sowie angehängt, kolossal billig, Gardinenhaus Joseph, Rosenthalerstraße 2, am Tor. 21148*

Bücherhülle in Jute, Coco, Blau, diese spottbillig, Teppichhaus Joseph, Rosenthalerstraße 2, am Tor. 21158*

Teppichdecken, schönste praktische Weihnachts-Geschenke, spottbillig und reell, direkt Fabrik, Große Frankfurterstraße 60, I. kein Laden. Sonntags geöffnet. 21028*

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Braun, Godesberger Markt 4, Bahnhof Straße. 20814*

Herderbetten, Stand 10,50, große 15,00, Gardinen, Wäsche, Decken, Winterpaletots, Uhren, Goldschmuck, spottbillig Plüschdecken Küstnerstraße 7. 21238*

Damenuhren, verfallen, goldene, 10,00 an, Herrenuhren, Nierensteine, Ketten, Ringe, Armabänder, spottbillig Leibhaus Neue Schönhauserstraße 11.

Gasttronen, Petroleumkonen ohne Anschlag, Woche 1,00, Louis Böttcher (fett). — Spezialhäuser: Bogdangenerstraße 32 (Bahnenverbindung Barckauerstraße), Reimkendorferstraße 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247 (Germannplatz.) 19898*

Hochbornedee Herrenanzüge, Herrenpaletots aus feinsten Stoffen 18 bis 25,00, Kosten 7-12,00 verkauft täglich, Sonntag, Deutsches Verbandshaus, Rögertstraße 68, I. *

Gänse! Gänse! frühgeschlachtet, außerst billige Preise, sind zu verkaufen Samariterstraße 21, Weißbier-Berkauf, Paul Hoff. 18416*

Monatsanzüge und Winterpaletots von 6,00, Joppen von 4,50, Hosen von 1,50, Westanzüge von 12,00, Frack von 2,50, sowie für luxuriöse Figuren, Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Plüschdecken verfallene Sachen, kann man am billigsten bei Ros, Weinstraße 14. 1526*

Parteilokal, täglich eine halbe Dose, sehr viel Schnaps, wenig Bier, da Verwaltung zu übernehmen; auch für Anfänger, Ausverkauf Plüschdecken, Brauhaus, Johannisstraße, Damerstraße, 188*

Musikwerke, Sprechmaschinen, Teilzahlungen, Invalidenstraße 20, Stahlstraße 40. 19968*

Parteilokal abzugeben, 75-80 Personen fassend, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 202/3. 1115*

Krautstraße 50, Spottbilliger Verkauf von Möbeln, Spiegeln, Volkswaren, großes Lager im Rixdorspeicher, Hof 3 Etagen, kein Laden, Saalhof, Krautstraße 50. 1695*

Winterpaletots, elegante, 12,00 und 15,00, Karl, Betten billig, Gubenstraße 3, Handliche. 1785*

Möbel-Lager, Speiser, Brunnenstraße 182, Neben zum Schlemmen, Verkauf: Schreibtisch, Kuchentisch, Banquette, Tischchen, Tisch, Kommode, Stühle, Spiegel, Gardinen, Westronen, Truhen, Garderobenspiegel, Kuchentisch, Tisch, Kommode, bunte Kuchentisch, Bilder, alles spottbillig. 20868*

Winterpaletots, Monatsanzüge, wenig getragen, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Rixdorf, nur Rosenthalerstraße 10, habe keine Ärmel.

Kinderwagen, Kinderbettstellen, gebrauchte, zurückgelassene Puppenwagen spottbillig, Schneider, Rixdorsstraße 172. 815*

Bekannt billigste Bezugsquelle für Möbel, Spiegel, Sofa, Truhen, Bettstellen, reiche Kutschen, nur Hermann Dornhagen, Grünweg 81.

Gasheizapparate! Gasbratofen! 7,00, Juchelgasofen 8,00, Gasbrennstellen, Gasheizapparat! Gasbrennstellen 1/2, Gaslampe! 9,00, Wollaner, Wollnerstraße 32.

Nähmaschinen! Vergüte bis 15 Mark, wer Teilzahlung kauft oder nachweist, sämtliche Systeme, Brauner, Wollnerstraße 90. 1735*

Herrenanzüge, Anzüge, Paletots, nachfärbig, nach Maß befestigt, nicht abgeholt, verkaufe Hälfte Kostenpreis, Prenzlauerstraße 23 II. 756*

Teppiche, Portieren, Gardinen, Plüschdecken, Teppichdecken, Tischdecken, Bettvorleger, Kuchentische spottbillig bis Weihnachten wegen Mangelung, Potsdamerstraße 100, Conrad Rixdorf. 20848*

Gelegenheitskauf, Brautpaar, Winterjoppe 6,00, keine mehr 8,00, reelle Jamer 12,00, dieselbe mit Falten 14,00, Korden elegant 17,00, u. bei Hermann Schlegler, Turmstraße 58.

Tisch-Teppichdecken, Bettgröße, Gebälk, reichgefasst, 6,35, Englischstil 2,50, Teppichhaus Ernst Leffler, nur Dammstraße 158. 20268*

Hochelegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen 25-40 Mark, Verkauf Sonnabend und Sonntag, Verbandshaus Germania, Unter den Linden 21, keine Ärmel, 19778*

Herderbetten, schöne breite, Stand 20 Mark, 5 Zimmer wenig gedrehte Möbel sofort zu verkaufen, Dresdenerstraße 28, vorn II links. 18420*

Monatsanzüge, Winterpaletots von 6 Mark an, auch neue elegante Herrenanzüge, kauf man den dritten Teil billiger als im Laden beim Schneidermeister Rixdorf, nur Straußbergerstraße 46, parterre.

Geheißdreiwad, außerst billig, 50,00, Holz, Blumenstraße 36 b. 1735*

Herrenanzüge, Damenanzüge, wie neu, 45,00, Holz, Blumenstraße 36 b. 1735*

Konkurrenz, Selbstkosten, Rixdorf, Rixdorfstraße 32. 113*

Piano, maholm, freytag, 140,00, Turmstraße 8, I. 185/5

Nähmaschinen 10 Mark bar, Teilzahlung, wer kauft oder nachweist, Reimel, Rixdorfstraße 38. 1986*

Vermietungsbett, Portieren, verfallene Möbel, Plüschdecken, Plüschdecken, Weidenweg neuangehoben, alles spottbillig. 18318

Mengenhaus - Rührer, 8,00, Stahl, Brunnenstraße 100. 197*

Christbaumschmuck für Kinder, verfallene Kunststoffe 18. 1906*

Küchenschiffchen, Singermaschine 12,00, Alexanderstraße 12. 210/8

Hochwald-Reisbaustellen, 40 Stück, jeder Größe, für jeden sehr annehmbaren Preis, tulan, Bedauungspläne genehmigt, im schönen, ruhigen idyllischen Eggertsdorf bei Strausberg, Perle der Rixdorf, Gebiete Zukunft, 5 Minuten vom Bahnhof, Verkäufer täglich Terrain, nur der bekannte Otto Joch, Pantow, Wilmbergweg 10.

Reisbaustellen, alle Sorten, zu jeden annehmbaren Preis, Rixdorf, Rixdorfstraße 28, vorn I rechts, früher Holzmarktstraße. 2026

Reisbaustellen, Gelegenheitskauf, Sonntag oder Woche, von 6 Uhr abends, Demichiel, Urbanstraße 50, Hof IV. 2045

Materialwaren, Loh- und Gemüsegüter, mit Generung, zu ertragen Expedition Petersburger Platz 4.

Rixdorf, großes Festzelt, Anzeigerstraße 113, Restaurant, Garten, Verbandszimmer, Parteilokal (600 Personen), Sonntags Ball. 1114*

Kunstoperette von Frau Kolosta, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Hilfsamt! Gemeinnützige, sozialärztliches Institut, Chausseestraße 2 B, Hof II. 270/4*

Tanzunterricht! Gruppe, Kamenstraße 16, Bis Weihnachten sämtliche Rundtänze (Walzer), Herren 5,00, Damen 3,00, Vorortbesuchern empfohlen. 216/15*

Saal Sonnabends frei, Weidenbergsstraße 14. 178*

Plüschdecken, alte Goldschmuck, Brautgold, Silber, Gebilde, Rehring, sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände, kauf Goldschmelze Brod, Brangelstraße 4, Telefon IV, 6958, Sonntag geöffnet. 185/1*

Glas, Komiker, Gropiusstraße 6. 197/8

Die aber Frau Anna Rührer ausgeproben Verleumdung und Beleidigung nehme ich zurück, E. Pole, Prenzlauerstraße 22. 197

Saal (200 Personen fassend) einige Sonnabende und Sonntage, Weihnachts- und Silvester nach frei, Dampf, Stalferstraße 54, Täglich Kinematograph-Vorstellung. 110*

Verbandszimmern, wahren Hause auf abgeben, mit Garten, dauernde Beschäftigung, August Julius Schloß, Weidenbergsstraße 11, Rixdorfstraße 60. 1122*

Wohnung, 2 Zimmer, Kuchentisch, (Bolero) Rixdorf, Rixdorfstraße 21. 1122*

Im Arbeitsmarkt durch besondere Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Rechnerinnen, Intelligente junge Damen, welche Rechnen können, zum sofortigen Eintritt gesucht, Meldungen mittags 1-2 oder abends 8-9 Uhr. [31812*

A. Jandorf & Co., Bellealliancestraße 1-2.

Gütige Schleifer, schon in galvanischen Anstalten gearbeitet, die auch auf Schraffel polieren können, sofort verlangt. Galaputz, 213/14, Rixdorfstr. 3132.

Jüngerer Laekschriftschreiber wird zum baldigen Eintritt für ein Warenhaus in Rixdorf gesucht, nur Bewerber, welche bereits in größeren Geschäften tätig waren, wollen Offerten mit Angabe von Referenzen und Gehaltsansprüchen an Warenhaus M. Hirsch, Spandau, abgeben.

Achtung! Achtung! Klavierarbeiter! Ueber die Pianofabrik Bell & Co., Andreasstr. 32 und Grinow & Co. 79, die unter der Firma Neugebauer Nachf. Rixdorf, wohnen, ist nach längstem Streit die **Sperre dauernd** verhängt. 141/10*
Zugang streng fernhalten, Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.

Achtung! Marmorarbeiter! Berlin II. Die Steinarbeiter der Firma Deutsche Steinindustrie haben im Solidaritätsstreik. Bitte jedes Arbeitsangebot streng zurückzuweisen. Dies gilt auch für Hilfsarbeiter. 193/1*
Der Vorstand, J. A. Durrer.